1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 27 vom 8. Juli 1983 17. Jahrgang 1 DM

Der heimliche Kahlschlag

Zur Lage in der Stahlindustrie und den Widerstandsaktionen der letzten Tage

Siehe Seite 4



Die Hoesch-Arbeiter-Demonstration in der letzten Woche

Naturwissenschaftler-Kongreß

Auf dem Mainzer Kongreß von Naturwissenschaftlern über die atomare Aufrüstung wurde neben der Verabschiedung des „Mainzer Appells" auch immer wieder direkt gefordert, daß die Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung der Mittelstreckenraketen zurückgezogen werden müsse. Für ein Land, in dem gerade die Naturwissenschaftler eine lange und schlechte Tradition haben, sich weitgehend politisch zu enthalten (bis auf berühmte Ausnahmen), stellt die Tatsache, daß sich Tausende von ihnen gegen die Aufrüstung stellen, erst einmal einen wichtigen positiven Schritt dar.

Die Verschwörung

„Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" — diese Leitlinie scheint, in der Presse zumindest, befolgt zu werden, wenn es um die berüchtigten 41 Dioxin-Fässer geht. Nichts mehr war zu hören, seit sie in einem nordfranzösischen Schuppen aufgefunden wurden. Kaum jemand weiß, daß sie heute mitten in Basel liegen, bei Hoffmann-La Roche.

Unter dem Titel „Die Dioxin-Verschwörung" wurde nun am vergangenen Sonntag auf WDR 3 in einem Fernsehmagazin die gesamte Geschichte nochmals aufgerollt.

Dabei wurde deutlich, daß das Wort „Verschwörung" wahrlich nicht übertrieben gewählt ist. Wie man den französischen Zoll hinters Licht führte, das wurde anhand der Post zwischen Fuhrunternehmen, Konsultationsfirma und der Mannesmann Italiana ausführlich dokumentiert. Zweierlei wurde außerdem ersichtlich: Erstens, daß noch eine viel größere Menge Dioxin nach wie vor in Seveso ist. Und zweitens, daß es genauso gut jedes andere europäische Land hätte sein können, daß sich diese gewissenlosen Geschäftemacher ausgesucht haben könnten, um ihr Gift abzulagern.

Das hessische Gesetz, Ablieferungszwang für Giftabfälle zu erheben, ist hier sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Die Chemiemultis vor allem drohten deswegen schon mit einem Investitionsstreik, da es sie „zu teuer" käme. Wie sie auch dafür gesorgt haben, daß in den anderthalb Jahren seit der Verabschiedung des Bundeschemikaliengesetzes dieses — bestimmt nicht besonders scharfe — Gesetz nicht ein einziges Mal angewandt wurde.

Keine Stellungnahme wollten sie — einmal mehr — zur Fernsehsendung abgeben, schließlich sind sie wohl froh darüber, daß sich die breite öffentliche Empörung gerade etwas gelegt hat.

Hunderte Kilos, wenn nicht mehrere Tonnen von Dioxin-Giften sind auf diese Weise schon unter bundesdeutschen Boden gekommen. Kostensenkung für die Konzerne. Vergiftung — bewußt betrieben und verheimlicht.

Kabinett billigte Stoltenbergs Etatentwurf

So wird Armut geschaffen!

6,5 Milliarden Mark werden gekürzt

Der größte Schlag trifft die Rentner, bei denen allein runde fünf Milliarden Mark eingespart werden. Aber auch in Dutzenden anderer Sozialbereiche wird gekürzt. Und gekürzt wird auch weiterhin bei der Steuerverteilung, so daß auf Landes- und kommunaler Ebene weitere Einsparungen geradezu aufgezwungen werden. Und die Bundesregierung auch klare Vorgaben dazu gemacht hat, vor allem in Richtung auf Sozialhilfeempfänger. Daß zur selben Zeit wie der Haushaltsentwurf auch Steuererleichterungen für die Kapitalisten im Kabinett besprochen wurden, zeigt nur nochmals in aller Deutlichkeit den Klassencharakter dieser Politik: den Armen nehmen, den Reichen geben.



Aber hier unterscheidet sich der CDU/CSU/FDP-Haushalt nur in seinem Ausmaß von seinen Vorgängern der SPD/FDP-Regierungen. In diesem Ausmaß allerdings unterscheidet er sich beträchtlich und spürbar.

Wichtiger ist jedoch bei „Stoltenbergs Werk" (siehe auch den letzten RM), daß es eindeutige Angriffe auf soziale Strukturen enthält, daß damit soziale Recht grundsätzlich abgeschafft werden sollen.

Um nur ein Beispiel dazu zu nennen (siehe auch Bericht dazu auf Seite 2): die Ausgaben für behinderte Umschüler werden um bis zu über 50 Prozent gekürzt. Dabei sollen bei diesen etwas mehr als 20000 Menschen rund 150 Millionen Mark eingespart werden. Bei den gesamten Größenordnungen des Bundeshaushalts sozusagen ein „Klacks". Aber faktisch bedeutet des das die finanzielle Aufhebung eines ganzen Gesetzes, nämlich des Rehabilitandengesetzes. Faktisch bedeutet dies für alle Behinderten, daß ihnen künftig der Weg einer spezifischen Umschulung verschlossen bleibt, der ja erst 1974 eingerichtet worden war und schon anschließend Opfer verschiedener Einsparungen war — jetzt wird hier, mehr oder minder in aller Stille (bis auf den Protest der Betroffenen) ein Schlußpunkt gesetzt.

Und solche entscheidenden Einschnitte gibt es noch eine ganze Reihe. Die gesamten Änderungen in den Rentenansprüchen beispielsweise fallen ebenfalls in diese Kategorie.

Von den gesamten Maßnahmen, die gegen die Arbeitslosen getroffen wurden, ist schon viel geschrieben worden — sie machen das antisoziale, Armut schaffende Vorgehen dieser Regierung vollends deutlich.

Auf der anderen Seite stehen direkte und neue Steuergeschenke von rund 2,5 Milliarden Mark an die „Wirtschaft". Auf der anderen Seite stehen „Verteidigungsausgaben" die jetzt auch offiziell schon die 50-Milliarden-Grenze überschritten haben.

Und dahinter stehen weitere, noch keineswegs einberechnete Ausgaben, die in die Tresore der Kapitalisten wandern: Ausfallbürgschaften für Auslandsgeschäfte in nicht näher angegebener Höhe und ebenfalls noch offengehalten, die zusätzlichen Kosten die eventuell für die EG-Geschäfte der Konzerne anfallen können.

Natürlich wird das alles hinter großem Geschwafel versteckt, solch ein Haushalt nutze „allen". Dieser Lüge kann nur durch die Offenlegung der Tatsachen begegnet werden. Der Haushalt nützt keineswegs allen. Sondern ganz direkt nur ein kleiner radikalen Minderheit von Großkapitalisten, die alle sozialen Errungenschaften als „Parasitentum" verleumden, weil sie die Gelder selbst haben wollen. Wer hier der Parasit ist, dürfte auf der Hand liegen.

Unter dem Vorwand angeblicher „Ausschreitungen"

Polizei-Prügelorgie in Hannover

Die Ereignisse des vergangenen Wochenendes in Hannover waren in Vor- und Nachbereitung durch die bürgerliche Presse genauso, wie es sich die Polizei nur wünschen kann. Während die Springer-Presse schon vorher mit Schlagzeilen wie „Angst" auf Polizeieinsätze einstimmte, wurde nachher so getan, als hätte sich die niedersächsische Polizei sozusagen nach allen Seiten prügelnd neutral verhalten. Teilnehmer und Augenzeugen aber, solche ohne Uniform, versteht sich, berichten anderes...

Nicht zuletzt war es den „Initiatoren" des Hannoveraner Treffens darum gegangen, die Umtriebe von Nazibanden unter den Skins, die sich da mit Punks trafen, auszugrenzen.

Erst als solche Typen mit Hitler-Gruß usw. erschienen, kam es zur Randale. Wobei nicht zuletzt zahlreiche Zivilpolizisten eine provozierende Rolle spielten.

Es ist offensichtlich so, daß der wöchentliche Polizeieinsatz gegen verschiedenste Gruppen von Jugendlichen zum innersten Bestandteil der vielberüchtigten Wendepolitik gehört. Nach dem „Modell Berlin" in der letzten Woche gegen Hausbesetzer nun das „Modell Hannover" gegen Punkies.

Denn zwar gab es auch Auseinandersetzungen von Polizisten mit einzelnen Nazis, aber der Hauptschlag der Polizei galt eindeutig den Punks, und, wenn gerade keine da waren, auch anderen Jugendlichen oder auch schon mal sonstigen Passanten. Daß dabei auch Pistolen gezogen wurden, ist fotografisch dokumentiert. Und hat man einmal aus der Nähe gesehen hat, wie die sogenannten verletzten Polizisten zustandekommen, die ja stets als erneutes Argument für noch mehr staatliche Aufrüstung dienen, der kann auch die Hannoveraner Angaben kaum glauben. Aber: Man will Argumente für schärfere Gesetze haben...

Lambsdorff macht Front gegen 35-Stunden-Woche

Ende Juni veröffentlichte der sogenannte wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums eine Stellungnahme zur Arbeitszeitverkürzung. Bestimmt nicht zufällig war sie inhaltlich identisch mit der am selben Tag vorgelegten Studie des „Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung", das von der Industrie direkt bezahlt wird. Beide wandten sich mit denselben Argumenten und teilweise sogar mit denselben Worten gegen jegliche verkürzte Arbeitszeit, vor allem aber gegen die 35-Stunden-Woche.

Der Streit geht zwischen beiden nur darum, ob auch eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich zu verurteilen oder nur skeptisch zu beurteilen sei...

Diese beiden Stellungnahmen so kurz vor der Urlaubszeit läuten offensichtlich den Endspurt in der langen Kampagne der Kapitalverbände gegen die 35-Stunden-Woche ein. Daß dabei die aus Steuergeldern bezahlten sogenannten Wissenschaftler Lambsdorffs dieselben Ergebnisse erarbeiten, darf bei der Gesinnung und den Plänen ihres Chefs nun wahrlich keinen überraschen.

Mit Sicherheit wird die Kampagne des Kapitals und der Reaktion gegen diese Forderung schärfer und stärker werden, je mehr der Termin der Auseinandersetzung näher rückt. Heute wird hier schon massiv die Öffentlichkeit gesucht.

Währenddessen hat die IG Metall gerade erst ihre Sondernummer ihrer Funktionärzeitschrift „Der Gewerkschafter" herausgegeben, mit den Argumenten für die 35-Stunden-Woche. Allerhöchste Zeit, die gewerkschaftliche Kampagne zu verstärken und klare Aussagen in bezug auf Lohnausgleich zu treffen!

Die Losung heißt „Keine Entlassungen"

Erneute Kampfaktionen der Stahlarbeiter

Während in den einzelnen Stahlbetrieben — faktisch — die Vernichtungsvorgaben des sogenannten Moderatorenkonzeptes erfüllt werden, erschien es in der Öffentlichkeit in den letzten Wochen eher so, als ob es eine gewisse „Ruhe an der Stahlfront" eingekehrt. Die letzten Junitage mit den großen Aktionen in Dortmund und im Saarland, mit weiteren Aktionen in Duisburg und Oberhausen, Protesten in Bremen und Salzgitter machten deutlich, daß dies eher die Ruhe vor dem Sturm war.

Die Aktionen der vergangenen Woche richteten sich dagegen, daß auf dem Weg betrieblicher Notprogramme die Vorgaben des Moderatorenpapiers in jedem einzelnen Betrieb durchgeführt werden, daß serienweise Entscheidungen zur massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen gefällt werden.

Dabei stand, deutlicher als früher, die ebenso einfache wie gerechtfertigte Forderung „Keine Entlassungen" im Mittelpunkt einiger der Aktionen und sie muß in naher Zukunft noch viel mehr in den Mittelpunkt treten. Die Entwicklung in den Stahlbetrieben ist eindeutig: Fast alle produzieren heutzutage über ihren zugeteilten EG-Quoten. Zur selben Zeit aber hat im Hintergrund dieser Vorgehensweise ein lebhafter Quotentausch (und auch Quotenkauf) begonnen, der dazu dient, die Pläne für die einzelnen Konzerne schon jetzt festzuschreiben. Dabei kommt es den Konzernherren gegenwärtig gar nicht etwa auf aktuelle Verkaufszahlen in erster Linie an, sondern vor allem auf diese Zukunftspläne.

Dieses Vorgehen macht die Willkürlichkeit der Arbeitsplatzvernichtung noch deutlicher. Zugleich erhebt sich immer schärfer die Frage offener Entlassungen, da mit Bonn faktisch nur noch über Stillegungs- und Entlaßprämien verhandelt werden wird.

Das eben war es, was zum verstärkten Widerstand der Belegschaften geführt hat — wobei dies „selbstverständlich" für die IG Metall bisher kein Grundwar, ihr sozialpartnerschaftliches Gehabe abzulegen.

Bezeichnend für diese Haltung war bei der Dortmunder Aktion nicht nur das Auftreten des IGM-Chefs von Dortmund, Möller, sondern auch der Antrag im Aufsichtsrat, die Frage der P4-Schließung „jetzt" nicht zu behandeln. Dabei ist deutlich, daß gerade jetzt nur noch entschlossene Kampfmaßnahmen die Pläne der Stahlbarone durchkreuzen können. Dabei steht offensichtlich die Absicht der Bosse auf der Tagesordnung, ihre Entscheidungen in der Urlaubszeit zu fällen, ...

Demonstration behinderter Umschüler in Bonn

Massenmobilisierung „aus dem Stand"

(Leserbericht aus Frankfurt)

Am 28. Juni demonstrierten in Bonn ungefähr 5000 behinderte Umschüler. Anlaß sind die drastischen Sparmaßnahmen, die die Rehabilitanden an den Nerv ihrer Existenz treffen. Erst eine Woche vorher war ihnen der Referentenentwurf des „Hauses Stoltenberg" bekannt geworden, der beschreibt, wie die 150 Millionen Mark Einsparungen im einzelnen aussehen sollen.

- Das Übergangsgeld für Rehabilitanden mit Kindern soll auf 70 Prozent des Nettoeinkommens gekürzt werden;
- für Rehabilitanden ohne Kinder soll es gar auf 65 Prozent gesenkt werden;
- dazu ist eine Eigenbeteiligung an den Unterbringungskosten in der Ausbildungsstätte vorgesehen (und da es nur 14 Zentren gibt in der BRD sind die Allermeisten auf Internatsunterbringung angewiesen): sie soll 90 Mark bzw. (ohne Kinder) 210 Mark betragen!

Stoltenbergs Referenten dazu zynisch: Das ganze sei deshalb tragbar, weil sich die Rehabilitanden so immer noch besser stehen würden als die Arbeitslosen. Was außerdem noch schlicht erlogen ist.

Dazu ein Rechenbeispiel. Angenommen ein Rehabilitant verdiente früher 1200 Mark netto. Jetzt erhält er also 780 Mark, (entspricht 65 Prozent). Davon werden 210 Mark einbehalten. Bleiben ihm 570 Mark. **Was nichts anderes heißt, als daß hier eine Kürzung auf sage und schreibe 47,5 Prozent vorliegt.** Das längst überfällige Rehabilitationsangleichungsgesetz, das 1974 in Kraft trat, garantierte den Umschülern eine 100prozentige Sicherung des Nettoeinkommens.

Aber gestrichen wird schon seit 1977 unter Ehrenberg (SPD). Jetzt allerdings sollen die Streichungen ein solches Ausmaß annehmen, daß nur gefolgert werden kann: Die neue Bundesregierung will die Rehabilitation mit wirtschaftlichem Druck kaputtmachen.

Die Umschüler haben das in ihrer Mehrheit sofort begriffen. Ihre Sprecher nahmen Kontakt zu anderen Berufsförderungswerken auf. Es wurde beschlossen, für eine zentrale Demonstration nach Bonn zu mobilisieren. Der Erfolg war umwerfend. Ungefähr ein Viertel aller Umschüler traf sich in Bonn! Manche Werke erreichten einen Mobilisierungsgrad von über der Hälfte aller Umschüler.

Eine solche Aktion „aus dem Stand" hat natürlich Mängel. Die Demonstrationsroute, die vom Telefon aus natürlich nicht im einzelnen mit der Polizei abgesprochen werden konnte, war nach deren Geschmack. An Vorgärten und Bahndämmen entlang durch Godesberg. Allerdings erhielt die Polizei dann schon einen kleinen Schock als statt der angemeldeten 2500 die doppelte Zahl von Teilnehmern erschien.

Die polizeiliche Verwirrung wuchs noch mehr, als der von ihr vorgesehene Platz für die Abschlußkundgebung, der Hinterplatz eines Godesberger Nobelhotels von den Demonstranten, die eine gehörige Wut im Bauch hatten, nicht akzeptiert wurde. Ohne auf die Polizei zu hören marschierten sie einfach auf den Münsterplatz nach Bonn — wobei man anmerken muß, daß viele Teilnehmer schwer gehbehindert sind.

Alle politischen Parteien im Bundestag waren von dem Marsch informiert worden und aufgefordert, sich zu den Anliegen zu äußern. Alle, auch die Grünen, glänzten durch Abwesenheit. Das erbitterte manchen, der doch geglaubt hatte, wenn man nach Bonn käme und mit den Abgeordneten reden könne, werde sich etwas bewegen. Das Ganze war ein Schulbeispiel bürgerlicher Demokratie. Erst die Sonntagsausflugsroute, dann die Abstinenz der Volksvertreter, dann die magere Fernseh- und Pressereaktion. Viele Umschüler sagten danach, man müsse es machen „wie die Radikalen", auf den Putz hauen, sonst nimmt keiner Kenntnis von uns. Das Verständnis für Startbahn-West-Gegner oder Bush-Gegner (Krefeld) ist gewachsen. Und die Wut auf die Politiker, die ihre Parteien aus Steuergeldern sanieren, der Flick-Skandal und die Diätenerhöhung, alles dies hat die Wut zur Verbitterung werden lassen.

Die Rehabilitanden sind sich nicht ganz sicher, wie ihre Aktion einzuschätzen ist. Aber diejenigen, die nicht mitgegangen sind und vorher abgewiegelt hatten, daß das Ganze nichts bringe, die haben jetzt keine Chance mehr.

Die werden jetzt einfach an der Solidarität gemessen und sind auch ziemlich kleinlaut. Denn die Mehrheit ist entschlossen, nach der Sommerpause weitere Aktionen folgen zu lassen und sagen: Gegen das System des sozialen Kahlschlags muß Front gemacht werden. Wobei man, als Nachtrag, festhalten sollte, daß es für gut 95 Prozent der Teilnehmer die erste Demonstration ihres Lebens war — was Wunder, daß es da viel zu lernen gibt!

Zimmermanns Zensur und der Kampf um Film und Fernsehen

Kulturpolitische „Wende": Gegen alles Kritische

Gespenster gegen Gespenst

Mit Achternbuschs Film fing es erst an. Wird man so einmal geschichtliche Betrachtungen über den Kulturkampf in der BRD der 80er Jahre einleiten? Es ist schon ein ungeheuerlicher Vorgang, wenn ein zuerkannter Preis im Nachhinein nicht ausbezahlt wird. (Die letzte Rate wurde einbehalten). Das weiß auch ein Herr Zimmermann. Deshalb will er künftig auch „Förderung" erst nach Fertigstellung eines Films gewähren.

Zwei Argumente sind es vor allem, die die Bonner Möchtegernzensoren anführen, um ihr Losschlagen auf deutsche Filmemacher zu begründen. Zum einen gäbe es eben nicht nur die künstlerische Freiheit (für die die ganzen Zimmermanns und Waffenschmidts usw. natürlich sind, selbstverständlich, sowieso), sondern eben auch andere Verfassungsgrundsätze.

Im Falle Achternbusch die Religion. Zimmermann, Kunstkenner, der er nun mal — von wessen Gnaden? — ist, fand den Film „säuisch". Nun sollte man sich nicht über diese Kategorie der Filmkritik auslassen. Sondern einfach überlegen, was es denn noch für andere Verfassungsgrundsätze geben kann, die, in aller Freiheit, versteht sich, zu weiteren Zensurmaßnahmen führen könnten. Ein Tip: Verfassungsorgane schlechtmachen, scheint ein Hobby deutscher Filmemacher zu sein. Da gab es erst kürzlich einen, der tatsächlich wagte anzudeuten, daß bundesdeutsche Gerichte mit der Frage des Dritten Reiches auf seltsamem Fuß stehen würden … Das geht doch gegen die Freiheit der Justiz, diesen Eckpfeiler von Zimmermanns Demokratie. Solche Filme in einem CSU-freiheitlichen Staat? Die Liste wäre lang. Und sie beweist, daß, wenn erst einmal mit solchen Argumenten angefangen wird, die Möglichkeiten in der Tat gewaltig sind. Da könnte man einen regelrechten filmpolitischen Kahlschlag machen.

Zum zweiten, im Konkreten, geht es um das religiöse Empfinden. Abgesehen davon, daß die offiziellen Kirchen hier ganz deutlich ihre Machtstellung zeigten (denn von unteren kirchlichen Ebenen gab es durchaus — zumindest — Diskussionsbereitschaft), kann ein Film, der lediglich im Programmkino läuft, eine so große Mehrheit gar nicht stören. Aber es geht ums Prinzip.

Und da ist eben für die regierenden „C"-Parteien die christliche Religion, so fern sie auch sozialen Aussagen derselben in ihrer Politik sein mögen, als Knüppel, als Unterdrückungsinstrument ihrer „geistig-moralischen Wende" gerade recht.

Und so werden nicht nur von oben politische Diktate gefällt, Verträge und Versprechungen gebrochen, sondern es werden auch von unten die Gespenster der Vergangenheit mobilisiert, mittelalterliche Glaubenssekten, ganz so wie in Reagans Amerika.

Und, ganz nebenbei, die Zimmermannsche Politik ist nicht nur, wie sollte das auch ausgerechnet da so sein, von reaktionärer Ideologie bestimmt: Sie entspricht, keineswegs zufällig, den kürzlich erhobenen Forderungen der „deutschen Filmwirtschaft". Und die lauten, es sollen nur kassenträchtige Filme bezuschußt werden. Alles klar für die „Kulturwende".

Der sofortige Protest zahlreicher in der Filmemacher-Szene Tätiger, ihre öffentliche Erklärung, die nicht nur für Achternbusch Stellung nimmt, sondern gegen die Grundsätze der neuen Förderungspolitik, der Beschluß, einer Zensursammelstelle auf den Weg zu helfen, alles das zeigt, daß so ohne weiteres Zimmermann seine besondere CSU-Art von „freiheitlicher" Kulturpolitik nicht durchsetzen können wird …

Flugzeugabsturz in Biberach

Todesopfer für Tiefflieger

(Leserbericht aus Bad Wurzach)

Liebe Genossen!
Heute, am 27.06.83 schrieben wir zwischen 11 Uhr und 12 Uhr ein Diktat in der Schule. In dieser Zeit flogen mehrere Düsenjäger im Tiefflug über Biberach, so daß wir kaum unser eigenes Wort verstehen konnten.

In der anschließenden Mittagspause erfuhren wir dann von dem furchtbaren Unglück. Wie bekannt, kamen beim Absturz einer französischen Mirage sieben Menschen ums Leben, am Abend waren noch drei Menschen vermißt. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht bekannt.

Nur knapp kamen wir hier an einer noch größeren Katastrophe vorbei. Die Maschine konnte noch knapp ein Einkaufszentrum überfliegen und schlug 200 Meter hinter der pharmazeutischen Fabrik Thomae ein, in der große Mengen Chemikalien und Brennstoffe lagern. Seit langem schon fliegen die französischen Maschinen im Tiefflug über Biberach und die Bevölkerung hat sich schon häufig an die Behörden gewandt, und die Einstellung der Tiefflüge gefordert.

Vielleicht überdenken die Bonzen die Sache jetzt noch einmal. Wir müssen generell ein Überflugverbot für Städte fordern.

Gerade deshalb hier: **Raus aus der NATO! Neutralität!**

Kommentare

Jubel für das Urteil

Das Urteil von Gauting ist also gefällt. Todesschütze Konzack wurde zu sechs Monaten auf Bewährung verurteilt. Überraschend? An sich sicher nicht. Dieser Richterspruch steht in einer langen Reihe. Der nächste steht an: In der letzten Woche wurde ein Mann in Castrop-Rauxel erschossen, der den Polizisten durch ein winziges Fensterchen angesprungen haben soll …

Gemischt sei die Reaktion im Saal gewesen, als der Richter seinen Spruch verkündete. Einen Urteilsspruch, der einmal mehr jede Polizeiaussage als unumstößliche Wahrheit voraussetzte, ja, der sogar die problematischen Aussagen des Angeklagten selbst einfach mißachtete. „Was ist ein Menschenleben wert" fragte empört und bestürzt die Mutter des getöteten Jungen danach. Direkt gesagt kommt das eben immer noch darauf an, wer dieser Mensch war oder ist.

Aber nicht vor allem von diesem Aspekt der bürgerlichen Klassengesellschaft soll hier die Rede sein. Ebensowenig wie es um eine Polemik über Strafmaße gehen kann.

Was das Bezeichnende dieses Prozesses, dieser Urteilsverkündung war, war der Beifall im Publikum. Beifall, der selbst von der bürgerlichen Presse eindeutig „lokalisiert" wurde. Es seien eben viele Polizisten im Saal gewesen, hieß es da.

Und sie klatschten Beifall, sie bejubelten das Urteil. Das heißt: Sie wollen freie Bahn für den Schußwaffengebrauch. Darum geht es. Dabei geht es nicht einmal in erster Linie um solche tragischen Ereignisse wie in Gauting, obwohl es nicht das erste Mal war, daß ein Junge das Opfer war. Es geht auch nicht nur um die Einschüchterung von politisch motivierten Widerstandsaktionen, obwohl gerade dies ins für den Herbst vorbereitete Bild paßt. Es geht auch und ganz einfach darum, daß jeder, der sich gegen Polizeimaßnahmen zur Wehr setzt, mit der Pistole rechnen muß. Sie wollen überlegen sein, schießen dürfen. Dafür hat man jahrelang die Legende vom angeblich so gefährdeten Polizisten geschaffen und gepflegt. Wozu braucht man da dann noch den Henker, wenn er schon in Uniform durch die Straßen läuft?

Berlin gegen Krefeld

Während die Bonner Reaktion über die „Krefelder Ereignisse" tobt, während die rechten Scharfmacher hetzen und nach bewährtem Rezept mehr Polizei, mehr Überwachung, mehr Verbote, mehr Prozesse, mehr Härte verlangen und die angeblich sozialdemokratische Laschheit angreifen, während all diesem inszenierten Schauspiel haben sie auf der anderen Seite ihre „Berliner Linie" am Tag nach Krefeld, als Kontrastprogramm serviert.

Aufmarsch, Einmarsch, Durchmarsch. So einfach war die Polizeitaktik bei der jüngsten Räumung besetzter Häuser. Nur eine Woche nach dem Schutz für die „KA"-Faschistenbande hat die Berliner Polizei deren Forderung nach Räumung der besetzten Häuser mit harter Hand erfüllt.

Nicht kleinere Gruppen aussondern und sie isolieren, wie in Krefeld, sondern das Ganze angreifen und einschüchtern, das ist angesagt. Und die Konsequenz ließ ja auch keinen Tag auf sich warten: Die verstärkte Debatte um die Beschneidung des Demonstrationsrechtes. Nach dem Motto, weil wir „so frei" sind, darf weniger demonstriert werden. Es ist eindeutig, daß nicht nur der deutsche Spießbürger aller Klassen der vielen Demonstrationen überdrüssig ist, sondern daß heute auch das große Geld in diesem Land Taten dagegen sehen will, und sein Wille geschehe, wie im Süden so auch im Rest des Landes. Schließlich sind viele Demonstrationen, und das ist keine Propagandalüge, zu einem sogenannten Investitionshemmnis geworden. Man denke nur an AKWs. Oder an Hausspekulanten, usw.

Denn die Wiedereinführung von alten Landfriedensbruchparagraphen, um die es ja im Kern geht, nach dem alten Motto „mitgefangen — mitgehangen", könnte durchaus ein wichtiges Mittel werden, die Zahl der Demonstrationen und ihrer Teilnehmer vor allem zu senken. Denn der Kern solcher Vorschriften ist die pure Angstmacherei, mit ganz konkreten und massiven Strafandrohungen.

Berlin gegen Krefeld: Das ist der Unterschied zwischen Konfrontation und Integration. Der Kurs der Bonner Reaktionäre ist eindeutig und das letzte liberale FDP-Fleckchen flattert im Wind davon, wenn Kohl und Zimmermann sich der Sache annehmen. Im Dienst der Investitionen und deren Freiheit.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



Hungerstreik für Manfred und Andreas

Appell an den Ministerrat der DDR übergeben

Am Freitag, dem 1. Juni, hat Dr. Knut Bortfeldt, Bruder des in der DDR im Gefängnis sitzenden kommunistischen Oppositionellen Andreas Bortfeldt die umfangreiche Unterschriftensammlung für die Gefangenen Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt im Namen der Angehörigen der beiden bei der ständigen Vertretung der DDR in Bonn übergeben. Zur gleichen Zeit wurde der Appell auch dem Botschafter der DDR in Bern in der Schweiz überstellt.

Seit Mittwoch dem 29. Juni führten vier Mitglieder des Solidaritätskomitees für die in der DDR einsitzenden kommunistischen Oppositionellen auf dem Bonner Münsterplatz einen Hungerstreik durch. (Bild oben) Von der dortigen Öffentlichkeit vielbeachtet, gelang es allein dort, rund 250 weitere Unterschriften für den Appell zu bekommen und eine Menge Flugblätter und Broschüren zu dem Fall zu vertreiben.

Vom Stand des Hungerstreiks aus, wurde mehrmals telefonisch bei der ständigen Vertretung der DDR protestiert, die Nachrichtenagentur ADN informiert, beim Ministerium für „innerdeutsche" Beziehungen angerufen.

Als Dr. Bortfeldt am Freitag vormittag die Unterschriften übergeben wollte, war das Gebäude der ständigen Vertretung der DDR völlig abgeschottet. Nur über eine Gegensprechanlage konnte er sein Anliegen vortragen, die Unterschriften mußten in den Briefkasten geworfen werden, er wurde aufgefordert, sich zu entfernen und konnte erst von weitem sehen, wie die Listen ins Gebäude geholt wurden.

Trotz des absurden Verhaltens der DDR-Vertretung, das sicherlich keine andere ausländische Vertretung in Bonn an den Tag legt, ist die Übergabe des Appells ein Erfolg für die Solidaritätsbewegung mit Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeld.

Am 25.6. haben auch Wilhelmshavener Genossen einen Stand zur Solidarität mit den Genossen der KPD der DDR gemacht und in nur zwei Stunden immerhin 25 Unterschriften gesammelt. (Bild unten).



Korrespondenz: Neues Sparprogramm

Die Rentner sollen früher sterben

Dies ist die einzig sinnvolle Schlußfolgerung, wenn man sich die Pläne der CDU zur Kostendämpfung in den Alten- und Pflegeheimen ansieht. In Schleswig-Holstein bekamen vor kurzem einige Pflegeheime einen Brief aus dem Kieler Sozialministerium, in dem gefordert wurde, die Pflegestellen um 30 Prozent und die sonstigen Planstellen (Küche, Haushilfen) um 50 Prozent zu kürzen und die Therapie (Krankengymnastik, Gehübungen usw.) ganz zu schließen. Die makabre Begründung lautet in diesem Brief:

„Sozialhilfe ist ihrem Charakter nach eine — aus öffentlichen Mitteln finanzierte — Nothilfe, die ganz fraglos eine Mindestqualität z.B. der heim- und anstaltsmäßigen Hilfe gewährleisten muß, in Standard jedoch nicht losgelöst von der staatlichen Leistungsfähigkeit gesehen werden kann, um die es derzeit nicht gut bestellt ist. Unter diesen Gesichtspunkten kann der personellen Besetzung eines Heimes nur insoweit zugestimmt werden, als sie dafür Gewähr bietet, daß die erforderlichen Pflegearbeiten ausreichend gemacht werden können."

Hier wird mit einem Schlag deutlich, was wir in den nächsten Jahren zu erwarten haben. Die DAG hat sich in Kiel mit einem treffenden Flugblatt an die Kollegen und an die Bevölkerung gewendet.

Diese Angriffe der Kieler Landesregierung konnten zunächst abgewehrt werden. Ein ziemlich breiter Protest von fast allen Heimleitern bis hinein in die SPD-Bürokratie kam zustande. Es wurde festgestellt, daß das Land bisher keinerlei juristische Grundlage hat, so einen sozialen Kahlschlag durchzuführen. Aber was heute nicht ist, kann morgen sein: Die CDU-Regierung plant jetzt, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen. Alles natürlich unter der Parole: „Den Hilfsbedürftigen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen" (Originalton CDU)

Es lassen sich zwei Pläne ausmachen, mit denen nach der Wende in Bonn bei den Alten und auf Kosten der Werktätigen gespart werden soll. Einmal soll ein rücksichtsloser Abbau der Sozialhilfe stattfinden, von der bisher die Versorgung der Alten im besonderen Maße bezahlt wurde. So finden sich von der Seite der CDU in dieser Diskussion zunehmend Äußerungen wie: „Die Sozialhilfe ist zur Volksrente entartet. Sie mußt wieder auf Hilfe in echten Notlagen zurückgeschraubt werden" oder: „Die Ausgaben in der Sozialhilfe müssen sich wieder an den Einnahmen der Länder und Gemeinden orientieren." Das heißt im Klartext: Wenn durch Arbeitslosigkeit und steigende Lebenshaltungskosten Hunderttausende zu neuen Sozialhilfeempfängern gemacht werden, dann soll diese sich die Sozialhilfe möglichst mit denen teilen, die bisher Sozialhilfe bekommen haben!

Stoltenberg hat in den letzten Tagen ganz konkrete Überlegungen in dieser Richtung gemacht.

Zweitens soll eine Pflegeversicherung eingeführt werden. Bisher mußte der Staat weitgehend für die Versorgung der alten Menschen in den Pflegeheimen aufkommen. Denn ein Pflegesatz kostet in Kiel jetzt schon mehr als 3000,— Mark im Monat. Und wer hat schon so eine Rente? Das kostete jährlich zwischen 4 und 6 Milliarden Mark, die besonders die Länder bezahlen mußten. Der Plan ist nun: Diese 4 bis 6 Milliarden sollen von einer Pflegeversicherung getragen werden, die ähnlich wie die Krankenversicherungen funktionieren soll. Bisher hat der Staat ja diese 4 bis 6 Milliarden bezahlt. Soll er nun auch diese Pflegeversicherungen finanzieren? Nein, weit gefehlt! Diese Milliarden sollen die Kollegen mit 1 Prozent ihres Bruttolohnes bezahlen, die ihnen wie das Krankengeld gleich vom Lohn abgezogen werden!

Bringt man also diese Bonner Pläne auf einen Nenner, dann sieht das so aus: Die Kollegen bekommen 15,— bis 20,— Mark weniger im Monat und die alten Kranken sterben in den Pflegeheimen früher, weil dort nicht mehr gepflegt, sondern bis zum möglichst schnellen und stillen Tod aufbewahrt werden soll. Von fahrlässiger Tötung kann hier wohl nicht mehr gesprochen werden, denn alles ist geplant, nichts „aus Versehen" passiert. Ist es dann nicht richtig, von den Schreibtischmördern zu sprechen?

Korrespondenz:

Ärzte beschleunigen Sozialabbau

Nach einer Mitteilung der Apothekerverbände wurden im April allein im Saarland 21,6 Prozent weniger Kassenrezepte durch die Kassenärzte als in den Vormonaten ausgestellt. Was ist passiert?

Seit dem 1.4.83 läuft ein ernster Angriff der Bonner Regierung auf unsere Gesundheit. Ärzte dürfen einige „Bagatellmedikamente" nicht mehr auf Kosten der Kassen verordnen — wir sollen sie selber bezahlen. Diese Sparmaßnahme war schon unter der SPD-Regierung vorbereitet worden. Zunächst war geplant worden, viele übliche Medikamente aus der Kassenmedizin herauszunehmen:

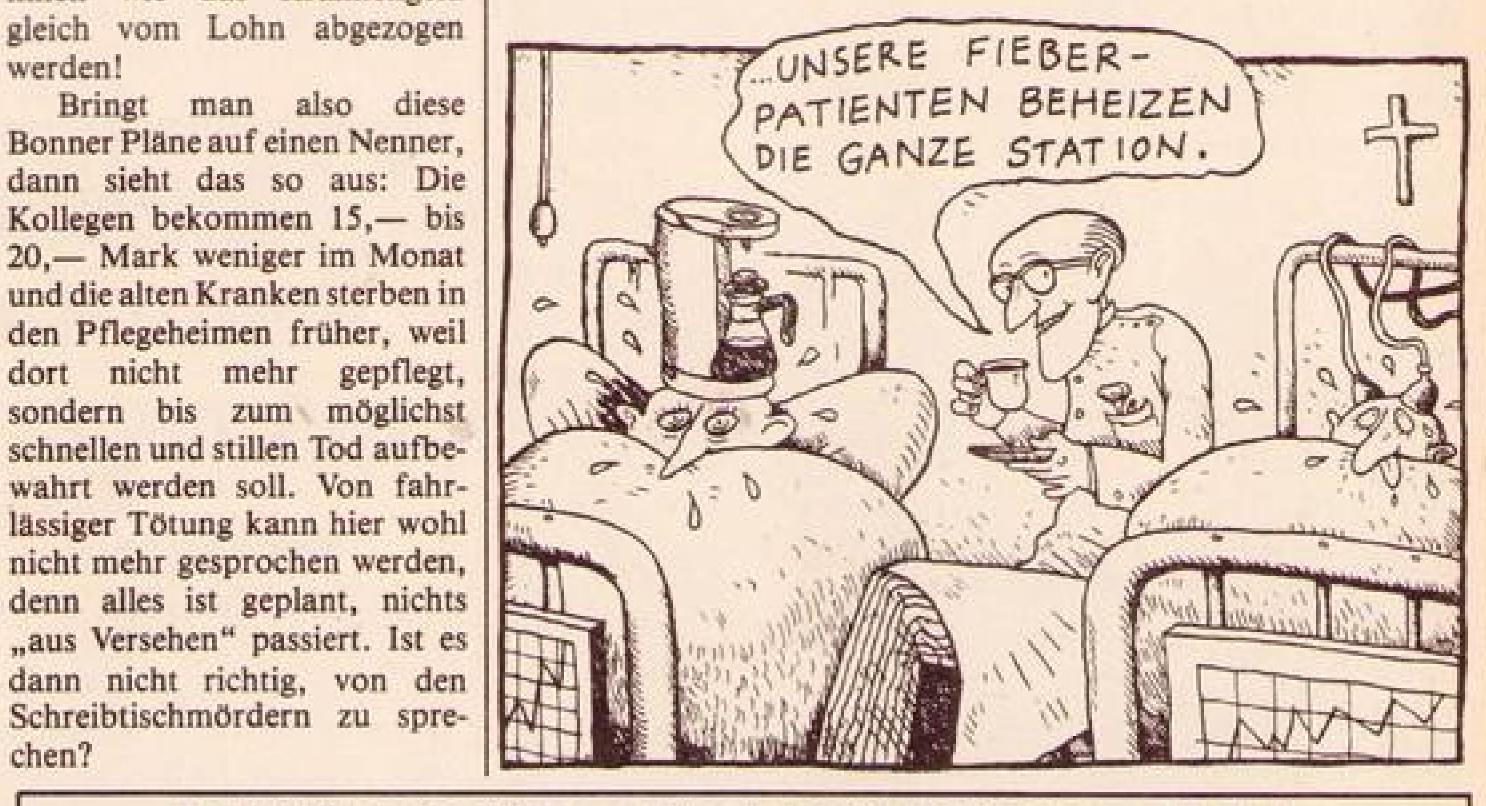
Alle Erkältungsmittel, Hustenmittel, Schmerzmittel, Schlaf- und Beruhigungsmittel, Abführmittel, Venenmittel, Salben usw. Der ziemlich breite Protest zog diesem Gesetz aber viele Zähne. So dürfen seit dem 1.4. eigentlich nur Abführmittel und Medikamente gegen Reisekrankheit nicht mehr verordnet werden. Zwar steht auch in dem Gesetz, daß Medikamente gegen Erkältungskrankheiten nicht mehr verordnet werden dürfen. Aber wenn Symptome wie Husten, Fieber, Gliederschmerzen vorliegen, darf der Arzt alle Medikamente außer Lutschtabletten ohne Einschränkung weiter verordnen. Und bei welcher ernsteren Erkältung finden sich diese Symptome nicht?

Leider unterlaufen viele Ärzte diese Bestimmungen zum Nachteil ihrer Patienten und behaupten täglich rücksichtslos: Medikamente gegen Erkältungen, auch wenn sie ernst sind, dürfen nicht mehr verordnet werden. Und das Ergebnis: 21,6 Prozent weniger Rezepte ausgestellt als in den Monaten zuvor! Wir können deshalb jedem Kollegen nur raten, „seinen" Arzt unter Druck zu setzen, und wenn er ihm die Mittel nicht verordnet, ihm zu sagen, daß er sich einen anderen sucht.

Jeder sieht: Viele Ärzte funktionieren besser als die Kohl-Regierung vorgesehen hatte. Warum? Sie rechnen so: Je weniger die Kassen für Medikamente ausgeben, desto mehr bleibt für die Ärzte übrig. Oder im Originalton: „Je kleiner der Kuchen für die anderen, desto größer der Kuchen für uns".

Dieses gesundheitsschädigende Verhalten vieler ärztlicher Staatsdiener zieht weitere Nachteile für die Kassenpatienten nach sich. Einmal wird nach und nach allen anderen sozial eingestellten Ärzten, die zugunsten ihrer Patienten wie bisher verordnet haben, diese Möglichkeit genommen. Denn sie werden kontrolliert. Wenn sie deutlich mehr als andere Ärzte verordnen, werden sie ermahnt und müssen — wenn sie sich nicht „bessern" — diese Verordnungen selbst bezahlen.

Und das weitere Ergebnis dieses ärztlichen Wohlverhaltens: In den Bonner Ministerien wird wieder laut darüber nachgedacht, welche Medikamentengruppen demnächst zu „Bagatellmedikamenten" erklärt werden sollen. Wir haben oben einige Beispiele genannt. Wohin das führt? Gerade alte Menschen sind z.B. wegen ihrer chronischen Erkrankungen auf diese Mittel angewiesen. So müssen sie bald 50,— Mark oder mehr monatlich selbst bezahlen.



Ankündigung:

3 Wochen Pause — danach eigene Ausgabe in türkischer Sprache!

Lieber Leser!
Was so anfängt, geht meistens auf Preiserhöhungen aus. Diesmal nicht. Oder doch indirekt. Aber nur insofern, als wir dieses Jahr (und wohl künftig in der Regel) drei Wochen kollektive Sommerpause machen. Das heißt konkret, daß am 22. und 29. Juli sowie am 5. August kein „Roter Morgen" erscheinen wird. Und in diesem Zeitraum (13.7. — 6.8.) ist der Verlag geschlossen. Wir haben dies aus zwei Gründen so beschlossen. Einmal sind die Ausgaben in diesem Hauptferienzeitraum immer diejenigen, von denen am wenigsten verkauft werden. Zum anderen ist es durch den abwechselnden Jahresurlaub der Redakteure des „Roten Morgen" so, daß dann über eine längere Zeit (je nachdem 2 — 3 Monate) immer mit reduzierter Mannschaft gearbeitet werden muß, und das heißt eben weniger sorgfältig, weniger gründlich, also auch weniger gut. Da halten wir diese jetzt gewählte Alternative für die wesentlich bessere. Die Nummer vor der Pause und die beiden danach werden als Doppelnummer herausgegeben, um auf die 52 Ausgaben im Jahr zu kommen.

Nach der Sommerpause wird es auch keine türkischsprachigen Seiten im normalen „Roten Morgen" mehr geben, sondern 12 deutsche Seiten. Die türkische Ausgabe erscheint ab dann unter dem Namen „Kizil Safak" wie bisher als eigene Monatszeitung für Kollegen und Genossen aus der Türkei. Dies ist nicht nur eine arbeitsorganisatorische Änderung, sondern entspringt der Überlegung, daß dies besser dazu geeignet ist, die Politik der KPD unter den Arbeitern aus der Türkei gründlicher bekanntzumachen als bisher, weil es sowohl systematischere Vorbereitung als auch konzentriertere Verbreitung erlaubt.

Wir hoffen, daß diese beiden Neuerungen dazu beitragen, daß der „Rote Morgen" seinen Lesern, ob deutscher, türkischer oder kurdischer Nationalität mit mehr Qualität besser nützt.
Für Redaktion und Verlag
Helmut Weiss

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3,** Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171 / 41318.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Kampf den verschärften Angriffen der Stahlbarone und der Bonner Rechtsregierung auf die Stahlarbeiter!



Die Forderung der Hoesch-Belegschaft

Tage, Ende Juni

Innerhalb weniger Tage kam es in zahlreichen Stahlbetrieben zu Widerstandsaktionen der Belegschaften. Unsere Bilder aus Dortmund, Oberhausen und Völklingen sind nur ein Teil dieser Aktionen, die zudem von zahlreichen Versammlungen gewerkschaftlicher Vertrauensleute usw. begleitet waren. „Jetzt oder nie", war dabei eine durchaus verbreitete Stimmung, wobei die Antwort der IG-Metall-Spitze eindeutig lautet „jetzt nicht".

In verschiedenen Betrieben sind weitere Aktionen vorbereitet (siehe auch nebenstehenden Artikel).

So wird in dieser Woche der Gesamtaufsichtsrat der Hoesch-Werke erneut über den Antrag des Vorstandes beraten, die P4 auf der Dortmunder Westfalenhütte zu schließen. Was nicht nur dort, sondern auch bei Union als Konsequenz die Vernichtung weiterer Arbeitsplätze hätte und den Endspurt in Richtung von Rohwedders gewünschtem Kaltwalzwerk Dortmund bedeuten würde.


Der Autokorso von Phoenix wird von Union empfangen


„Keine Entlassungen" die Forderung dieses Transparents stand im Mittelpunkt der Proteste der Arbed-Belegschaft in Völklingen



Demonstration bei Thyssen Niederrhein Oberhausen (TNO)

Die nebenstehenden aktuellen Meldungen aus den letzten Tagen machen klar, was den Stahlarbeitern, ihren Familien und den betroffenen Stahlregionen droht:

• Radikalen Kahlschlag an allen Stahlstandorten von Bremen bis Völklingen, von Oberhausen bis Peine wollen in einem offensichtlich abgesprochenen Schlag die Stahlkonzerne durchsetzen.

• Unter dem Stichwort „Notprogramme, um das eigene Unternehmen zu retten" wollen die jeweiligen Unternehmensvorstände die Betriebsräte und Belegschaften zur Zustimmung für weitere Betriebsschließungen und Arbeitsplatzvernichtung gewinnen.

• Nachdem schon vor Monaten für das Saarland gefordert, haben die Kapitalistenverbände jetzt allgemein dazu aufgerufen, in Gebieten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit geringere Lohntarife abzuschließen. Dies ist ein neuer Angriff besonders auf die Stahlstandorte, in denen durch die Betriebsschließungen der Vergangenheit die Arbeitslosenzahl schon extrem hoch ist.

• Die Bonner Rechtskoalition beschloß vor kurzem 3,3 Mrd. DM Zuschuß an die Stahlkonzerne — nichts anderes als eine Kopfprämie für jeden vernichteten Arbeitsplatz von 100000 DM. Denn wie schrieb die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahl Mitte Juni: „,5. Die bereits gemeldeten Strukturmaßnahmen werden jedoch erhebliche Personalkürzungen zur Folge haben. In der Zeit von 1983 bis 1985 ist nach heutigem Planungsstand mit einem Abbau an Beschäftigten in folgenden Größenordnungen zu rechnen:

ARBED Saarstahl 3500*, Hoesch 7000, Krupp 6000, Peine-Salzgitter 2000, Thyssen 8500, Klöckner und sonstige 6000.

Insgesamt werden also nach dem gegenwärtigen Entscheidungsstand bis 1985 weitere 33000 Beschäftigte in den nächsten drei Jahren ihren Arbeitsplatz in der Stahlindustrie verlieren.'

* Zusätzlich ab 1.1.1983 maximal 5500 Beschäftigte in Dauerkurzarbeit.'

• Nach der Erpressung vom Jahresende 1982 im Saarland — Verzicht der Stahlarbeiter auf Weihnachtsgeldzahlungen — soll nun offenbar erneut an der Saar eine „Wende" erreicht werden, denn „in dem Beschluß des Kabinetts (über die Genehmigung von 180 Millionen DM Zuschüssen) ist ausdrücklich von Massenentlassungen an der Saar die Rede, so rasch wie möglich". Damit würde nicht nur ein weiterer Punkt des Saarvertrages von 1978 hinfällig, sondern der Vorreiter gespielt für ähnliche Aktionen auch in anderen Stahlrevieren.

Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf?

Die Stahlarbeiter haben die Zeichen der Zeit erkannt, indem sie — wie Bilder der nachfolgenden Seiten zeigen — gegen diese Pläne mobilgemacht haben. So rief z.B. die Vertrauenskörperleitung Hoesch zur Demonstration am 30.6.83 unter der Losung „Ohne Kampf läuft nichts" auf. Aber auch im Saarland, in Duisburg und Oberhausen wurde gestreikt oder wurde wie in Leverkusen demonstriert.

Die genannten Pläne stellen ja nur die Spitze eines Eisbergs dar, denn die EWG rechnet in den nächsten zwei bis drei Jahren mit „weiteren Entlassungen von etwa 150000 Beschäftigten" in Europa — so der für Stahl zuständige Graf Davignon.

Immer drängender wird die Frage in den Betrieben gestellt: Was hat die bisherige Politik der Zustimmung der Arbeitnehmervertreter im Rahmen der Mitbestimmung in den Aufsichtsräten denn gebracht? Unter dem Druck — angeblich zur Rettung des Unternehmens zu arbeiten — wurde der Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen zugestimmt — sozial abgefedert — u.a. mit der Konsequenz: höchste Arbeitslosenquoten an den Stahlstandorten.

Vor diesem Hintergrund klingt die Äußerung Judiths vom Juni des Jahres wie Hohn, wenn er sagt: „Ich möchte aber auch betonen, daß die Montanmitbestimmung gerade in der Krise als hervorragendes Konfliktregulierungsinstrument erwiesen hat. Wir können (...) alle Maßnahmen sozial abfedern. Wir konnten mit der Mitbestimmung aber nicht jeden Arbeitsplatz halten. Das werden wir auch in der Zukunft nicht schaffen." (Mitbestimmung 6/83)

Konfliktregulierung im Interesse der Kapitalverwertung, im Interesse eines möglichst hohen Profits, das sind Ergebnisse der Mitbestimmung in der Stahlkrise, wie sie sich an der Anzahl der abgebauten Plätze ablesen lassen.

Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf, Eintreten für die Logik des Kapitals, Mitmachen beim Konkurrenzkampf jeder gegen jeden oder konsequente Verteidigung der eigenen Interessen der Stahlarbeiter — so steht die Frage vor den Stahlbelegschaften und ihrer Gewerkschaft, der IGM, deutlicher denn je.

Krupp:

• Gut 15 Prozent der Produktion des Stahlwerks in Duisburg-Rheinhausen geht an die Firma Wuppermann — also etwa zwei Monatsproduktionen im Jahr. Sollte Wuppermann „ausgeschlachtet" werden, ist nicht nur die Stillegung der Stranggußanlage in Rheinhausen, sondern auch eine weitere Kürzung im Stahlwerksbereich zu erwarten.

• Im Bochumer Schmiedebereich wird — unabhängig von der noch nicht durchgeführten Fusion mit Thyssen — weiter nach dem Fusionskonzept stillgelegt.

Hoesch:

• „Notprogramm" mit mehreren tausend Kurzarbeitern jeden Monat bis hin zu Null-Stunden Arbeitszeit.

• Über die im Strukturkonzept vom Mai 81 schon festgelegten Stillegungen hinaus, sind weitere Stillegungen geplant — insbesondere der Feineisenstraße. Im Tausch der Quoten sollen von Arbed Saarstahl Flachquoten nach Dortmund verlagert werden. Zusätzlich soll Arbed noch 25 Millionen Mark zahlen — von der Bundesregierung genehmigt, soll insbesondere diese Summe bei Arbed durch Auflagen bei der Gewährung neuer Zuschüsse wieder reinkommen, denn:

ARBED Saarstahl:

• Die von bonn und Saarbrücken bewilligten 180 Millionen sollen teuer bezahlt werden, denn, so schreibt die Börsenzeitung vom 30.6. 1983: „Die entscheidende Bedingung der Bundesregierung besteht freilich darin, daß Arbed bis Mitte Oktober seine bisherigen Planungen für die Gesundung des Unternehmens grundlegend überarbeitet. Dieses erwünschte Rationalisierungspapier soll konkrete und über den bisherigen Stand weit hinausgehende Vorschläge vor allem auf personalpolitischem Gebiet enthalten. Arbed Saarstahl beschäftigt derzeit 17800 Mitarbeiter. Nach Ansicht informierter Kreise sollte die Zahl mindestens halbiert, wenn nicht gedrittelt werden"

Thyssen:

• Stillegung der 3,4-Meter-Grobblechstraße in Oberhausen geplant. Mindestens 1500 Arbeitsplätze zum Abschuß vorgesehen.

• Stillegung der 2,8-Meter-Grobblechstraße in Hattingen — mindestens 700 Plätze sollen sofort vernichtet werden — weitere einschneidende Folgen werden für den Hochofen und Stahlwerksbereich erwartet.

Klöckner:

• Sofortprogramm in Bremen geplant mit dem Abbau von 1200 Arbeitsplätzen bei gleicher Produktion wie heute — und die liegt so hoch wie noch nie — über 300000 Monatstonnen Warmbreitband.

• Übernahmepoker um die Leverkusener Firma Wuppermann — zu dem die sicher nicht arbeiterfreundliche FAZ am 29.6.83 schrieb: „Es geht Klöckner um die Quoten für die Beschäftigung seiner Breitbandstraße. Dafür soll Wuppermann ausgeschlachtet werden."

Wuppermann:

• Dieser Familienbetrieb mit rund 1700 Beschäftigten in Leverkusen wird von der Eigentümerfamilie zur Zerschlagung meistbietend auf dem Markt angeboten. Neben Klöckner haben British Steel und Krupp ihr Interesse an einer Übernahme erklärt. Dieselbe Firma Krupp, die im Rahmen der Fusionsgespräche die Stillegung des Hauptbetriebes — der Warmmittelbandstraße — vorsah.

Mannesmann-Röhrenwerke

• In Düsseldorf sollen über 1200 Arbeitsplätze nach einem im April/Mai 83 abgeschlossenen Interessenausgleich vernichtet werden.

Peine/Salzgitter:

• Die Kündigung des Beherrschungsvertrages und des Gewinn- und Verlustabführungsvertrages zwischen der Salzgitter AG und den Stahlwerken Peine-Salzgitter bedeutet: Auslaufen der Montanmitbestimmung im Konzern und praktisch das Freigeben des staatlichen Stahlkonzerns zur Vernichtung — ähnlich wie bei den Werften, wo die in Staatsbesitz befindlichen HDW-Werften zugunsten der privaten den stärksten Arbeitsplatzabbau durchführten.

Urteil im Prozeß gegen Signal

Entlassung von Beate Hasenjürgen war ungerechtfertigt

Verfügung auf Wiedereinstellung angekündigt

Ungefähr 80 Menschen waren im Dortmunder Arbeitsgericht anwesend, als der Prozeß von Beate Hasenjürgen gegen die Signal-Versicherungen verhandelt wurde. Noch vor Beginn trafen letzte Solidaritätstelegramme vom Vorstand der Gewerkschaft HBV und von Krupp-Kollegen aus Bochum ein. Der Urteilsspruch ist eindeutig: Die Kündigung der Betriebsrätin war nicht gerechtfertigt. Kollegin Hasenjürgen kündigte anschließend an, sie werde eine einstweilige Verfügung auf sofortige Wiedereinstellung beantragen, was der Richter abgelehnt hatte.

Das große öffentliche Interesse an diesem Prozeß, das sich nicht nur in der Zahl der Zuschauer ausdrückte, die den Rahmen des Saals fast sprengten, sondern auch in der Zusammensetzung von zahlreichen gewerkschaftlichen und betrieblichen Funktionären und verschiedenen politischen Parteien, war mit Sicherheit ein Faktor, der zu dieser, in der Hauptfrage klaren Entscheidung beigetragen hat.

Die Solidarität verschiedenster Kreise war nicht zuletzt deshalb in recht breiter Weise zustandegekommen, weil klar wurde, daß es dabei um eine grundsätzliche Frage ging, um die Frage nämlich, was ein Betriebsrat seinen Kollegen überhaupt sagen darf.

Im Rahmen der gesamten Aktivitäten zur Vorbereitung dieses Prozesses (siehe die Berichterstattung im „Roten Morgen") war auch immer wieder die Mehrheit des Signal-Betriebsrats angegriffen worden für seine Zustimmung zur Entlassung. Sie haben im Verlauf der Sache ebenso an Ansehen eingebüßt, wie die Arbeit der HBV-Betriebsgruppe einen gewissen Aufschwung genommen hat.

Dieser Angriff auf die Betriebsratsrechte konnte also zurückgeschlagen werden, darin liegt die Bedeutung dieses Urteils. Wobei natürlich die Wiedereinstellung ein weiteres Kampfziel ist. Ebenso wurde in der Stadt durch die ganzen Vorgänge um diese Kündigung eine größere Aufmerksamkeit für die ganzen Personal-Infosysteme geschaffen.

Betrügerischer Konkurs bei Maico

Leserbericht aus Tübingen

Erst in der letzten Woche war eine allgemeine Wirtschaftsstatistik bekanntgeworden, nach der rund 1000 betrügerische Bankrotte usw. im letzten Jahr stattgefunden hätten. Daß dies weiter geht, auch bei größeren Firmen zeigt dieser aktuelle Leserbericht aus Tübingen...

Die Firma Maico, Fahrzeugfabrik, bekannt durch Moto Cross und Geländemotorräder, ist pleite. Über 200 Kollegen bekamen ihr Entlassungsschreiben.

Nach Zanker bedeutet das einen weiteren sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit in Tübingen und Umgebung, eine ganze Anzahl von kleinen Zulieferbetrieben und Handwerksbetrieben sind von dieser Pleite ebenfalls betroffen.

Die Pleite bei Maico, bedeutet seit Gründung der Firma in den dreißiger Jahren den dritten Konkurs, und jedesmal waren die Unternehmer, die Familie Maisch, reicher als zuvor.

Anfang der sechziger Jahre war Herr Maisch schon einmal im Gefängnis, weil er in einem Konkursverfahren seine eigenen Taschen füllte, aber sogar während seiner kurzen Gefängniszeit machte Herr Maisch weiter Gewinne.

Während der siebziger Jahre erzielte die Firma Höchstgewinne, die in Immobilien, Auslandsniederlassungen und die Verschwendungssucht der vielen am Firmenvermögen beteiligten Familienmitgliedern investiert wurden.

Ab 1980 gab es in einem der zahlreichen Unternehmungen, der GmbH, Zahlungsschwierigkeiten. Es handelte sich ausgerechnet um das Unternehmen, in dem unternehmensrechtlich die Familie nur mit ihren Einlagen haftete und in dem die 200 Beschäftigten arbeiteten.

Ende 1982 blieb die Zahlung des Weihnachtsgeldes aus. Der Betriebsrat stimmte gegen den Willen der Belegschaft einer Regelung zu, nach der das Weihnachtsgeld nachbezahlt werden sollte. Jetzt, im Konkurs, ist das Geld erst mal verloren, und kann lediglich über die Aushandlung eines Sozialplanes wieder rechtlich geltend gemacht werden.

Seit Januar 83 wurden die Löhne nicht mehr regelmäßig bezahlt. Ab März gab es keine Lohnzahlungen mehr.

Die Belegschaft bei Maico wurde von der Geschäftsleitung systematisch betrogen und vom Betriebsratsvorsitzenden über Wochen hin vertröstet.

Nur durch Stundung der Löhne könnten die Arbeitsplätze erhalten bleiben, war ihre gemeinsame Argumentation. So kam es in der Belegschaft nur zu einer größeren Aktion gegen die Nichtzahlung der Löhne, eine Abteilung streikte eine Stunde lang.

Erst Anfang Mai stellte Otto Maisch dann den Konkursantrag. Obwohl klar ist, daß die Firma nicht aus Absatzschwierigkeiten kaputtgegangen ist, die Rennmotorräder sind trotz Konkurrenz aus Japan sehr gefragt, wurden 3/4 der Belegschaft gekündigt, unter Konkursverwalter Grub.

Inzwischen regte sich in der Belegschaft doch Widerstand. Auf den Betriebsversammlungen wiesen Kollegen der Unternehmensleitung Betrug nach, der Betriebsratsvorisztenden wurde angegriffen und die Unterstützung der Gewerkschaft eingeholt.

Inzwischen ist es stadtbekannt, daß es sich bei Maico um einen betrügerischen Konkurs handelt.

- Otto Maisch verlieh Maschinen seiner eigenen KG (diese Firma besitzt Maschinen und Grundstücke bei Maico) zu überhöhten Mietpreisen an seine eigene GmbH.
- Noch kurz vor Konkurseröffnung gingen Maschinen an eine familieneigene Vertriebsfirma in den USA, obwohl von dort Zahlungen um die 7 Millionen Mark ausstehen.

Dieses Geld ist im Augenblick nicht aufzutreiben, wahrscheinlich ist es über dunkle Kanäle in die Taschen Otto Maischs und seiner Nachkommen geflossen.

Jedenfalls ist offensichtlich, daß trotz hoher Umsätze eine Überschuldung der Maico-GmbH eingetreten ist und die Arbeiter in die Röhre gucken sollen.

- Dunkle Stellen gibt es auch im Ersatzteilgeschäft. Es wird angenommen, daß eine weitere Maico-Tochter Firma Ersatzteile verkaufte und auch dieses Geld in der Konkursmasse fehlt.
- Weiterhin klagt der Betriebsrat inzwischen gegen telefonische Bespitzelung der Angestellten.

Der Nachweis eines betrügerischen Konkurses wäre sehr nützlich für die Existenz der Arbeitsplätze. Ein am Betrug nicht beteiligter Familienteil hat Interesse, die Firma weiter zuführen. Die Gewerkschaft zieht mit diesem Familienteil an einem Strang, Herrn Maisch einen Betrug beweisen zu können und damit eine private Haftung zu erreichen.

Gegen diese Zusammenarbeit ist nichts zu sagen, wenn es dadurch möglich ist, den Betrieb weiterzuführen. Allerdings ist unerträglich, daß die Kollegen der Firma Maico auf der Straße stehen, noch nicht einmal das volle Konkursausfallgeld vom Arbeitsamt erhalten haben und Otto Maisch von Polizei und Staatsanwaltschaft nach wie vor mit Samthandschuhen angefaßt wird.

Nur etwa 20 Prozent der Kollegen waren gewerkschaftlich organisiert. Einige Kollegen hatten versucht, gegen die Nichtzahlung der Löhne anzugehen und wurden vom Betriebsratsvorsitzenden zurückgepfiffen. Erst jetzt haben die meisten Kollegen kapiert, daß Lohnverzicht keine Arbeitsplätze sichert. Inzwischen ist es schwierig, den Kontakt der noch arbeitenden mit den aktiven entlassenen Kollegen zu halten. Viele Kollegen bieten jetzt der Gewerkschaft und dem Betriebsrat ihre Hilfe beim Betrugsnachweis an.

Es besteht nun die Gefahr, daß die IGM alle Aktivitäten auf einen „gerechten" Sozialplan verwendet, statt auf eine sofortige Weiterführung der Firma und die Wiedereinstellung aller entlassenen Kollegen zu orientieren. Diese Forderung ist realistisch, auch und gerade weil ein anderer Familienteil an einer Weiterproduktion interessiert ist, aber sicher nicht alle Kollegen einstellen will.

Der Kampf um Arbeitsplätze ist vordringlich, denn die vielen älteren und ausländischen Kollegen werden sich auch mit einer Abfindung aus dem Sozialplan keinen neuen Arbeitsplatz kaufen können.

Eine neue Drehung an der Daumenschraube...

Verhaltensbeurteilung für Lehrlinge soll wieder eingeführt werden

Auf der jüngsten Vollkonferenz der Jugendvertreter der IG Bergbau und Energie der BAG Westfalen wurde bekannt, daß der RAG-Vorstand die Vereinbarung über den Lernerfolgsbericht,, die von Mitte Juni 80 datiert, wieder aufheben will. Der Kern dieser Maßnahme: Verhaltensbeurteilung, damals abgeschafft, soll wieder eingeführt werden.

Damals, 1980, hatte man nach einer Reihe von Protesten dem Vorstand das Zugeständnis abgerungen, eine solche Verhaltensbeurteilung müsse künftig wegfallen, da sie keinerlei objektive Grundlagen habe.

So wurde ein neuer Lernerfolgsbericht geschaffen. Nur: In drei Jahren wurde das neue Schema nur in einer Teilgesellschaft, der BAG Niederrhein eingeführt. Offensichtlich sollte diese betriebsinterne Reform unterlaufen werden.

Nach diesem faktisch dreijährigen Boykott von oben heißt es jetzt, dieser Lernerfolgsbericht habe sich nicht bewährt, es müsse eine neue Leistungsbeurteilung in der Ausbildung her. Und in dieser neuen Leistungsbeurteilung ist eben die Verhaltensbeurteilung wieder enthalten.

„Behindert, bedroht, gefährdet oder verletzt andere bzw. die Gruppe durch sein Verhalten in absichtvoller oder fahrlässiger Weise."

Das ist einer der Punkte, in denen das Verhalten beurteilt werden soll. Und er widerspiegelt den gesamten Tenor.

Zu Recht haben deshalb die Jugendvertreter unterstrichen, daß es hier offensichtlich darum gehe, die schlechte Lage in bezug auf Lehrstellen dazu zu nutzen, einmal erkämpfte Rechte wieder rückgängig zu machen, zu einer Politik der offenen Einschüchterung zurückzukehren, die damals zurückgekämpft worden war. Deshalb beschloß die Jugendvertretung auch, diesem Vorhaben entschieden Widerstand zu leisten. Denn diese Wiedereinführung hieße, der Willkür gerade auch gegenüber gewerkschaftlich aktiven Jugendlichen Tür und Tor zu öffnen.

Aus „Klassenkampf", Betriebszeitung der KPD bei Bayer/Leverkusen

„Im Herbst wird begonnen"

Daß die Krisenentwicklung auch die riesigen bundesdeutschen Chemiekonzerne vor Probleme stellt, daß auch sie getreu kapitalistischer Logik auf Kosten der Belegschaften ihre Profit sichern wollen, das ist in den letzten Wochen auch öffentlich deutlich geworden (der „Rote Morgen" berichtete ebenfalls verschiedentlich). Wie dies nun im einzelnen und konkret abläuft, dafür gibt der folgende Artikel der Bayer-Betriebszeitung der Leverkusener Genossen gute Anhaltspunkte.

Gemeint ist die Umstrukturierung und die Ausgliederung von Betriebsteilen. Sparten sollen zusammengelegt werden und der vorerst dickste Hammer trifft wohl die Kolleginnen und Kollegen der Sozialabteilung, zumindest in den Kantinen.

Sie sollen von der Bayer-Restaurations-GmbH übernommen werden, einer 1981 extra gegründeten Firma. Damit soll der Anfang gemacht werden zur Ausgliederung ganzer Betriebsbereiche wie Schlossereien, Transportwesen usw.

Der Vorteil für die Bayer AG ist offensichtlich:

- Die Restaurations-GmbH fällt unter die Tarifverträge der Nahrungsmittel- und Genuß-Branche, die wesentlich niedriger liegen als in der Chemieindustrie. Auch wenn jetzt noch von einer Besitzstandsregelung die Rede ist, kommt es zu einer starken Personalkostensenkung.
- Auf die gesamten Sozialleistungen der Bayer AG besteht kein Anspruch mehr. Auch hier wird einiges gespart.

Doch hinter diesem Anfang verbirgt sich weit mehr. Es ist ein Angriff auf unsere Arbeitsplätze und den sozialen Besitzstand.

- Durch die Aufspaltung in einzelne „selbständige" Betriebe wird die Belegschaft gespalten.
- Eine einheitliche Interessenvertretung wird unmöglich gemacht.
- Die paar Rechte, die Belegschaft und Betriebsrat nach dem Gesetz haben, sind in solchen „Kleinbetrieben" noch mehr beschnitten.
- Entlassungen sind in einer Restaurations-GmbH viel eher durchsetzbar, als wenn z. B. die Kolleginnen und Kollegen in den Kantinen Beschäftigte der Bayer AG sind.

Der Bayer-Vorstand geht hier nach dem Grundsatz vor:



Spalte und herrsche

Wenn wir dieser Entwicklung tatenlos zusehen, werden bald die Schlosser gegen die Elektriker, beide zusammen gegen die Schichtkollegen, das Küchenpersonal gegen die Kantinenbenutzer usw. ausgespielt.

Die führenden Leute im Betriebsrat und der IG Chemie stehen dem nicht nur tatenlos gegenüber, sie verteidigen dieses Vorgehen sogar noch.

Bezirksleiter Gläsner von der IG Chemie auf der Belegschaftsversammlung: „Die Ausführungen von Herrn Professor Grünewald kann ich nur voll unterstützen".

Gläsner ist zugleich Aufsichtsratsmitglied der Bayer AG.

Solche Art „Interessenvertreter" können wir uns natürlich schenken. Sie sind so sehr in die Profitlogik der Kapitalisten verstrickt, daß sie nicht mehr fähig sind, auch nur den leisesten Widerstand zu organisieren.

Die einzige Sprache, die solche Gewerkschaftsführer verstehen, ist organisierter Druck von unten. Diesen Druck von den Mitgliedern hat die IG Chemie auch in Leverkusen bitter nötig.

Den Kampf um unsere Arbeitsplätze müssen wir jetzt selber in die Hand nehmen. Von Gläsner und Co. können wir nichts erwarten.

- Alle Pläne der Werksleitung zur „Umstrukturierung" und zu Ausgliederungen müssen auf den Tisch.
- Der Betriebsrat darf keine Zustimmung zu Ausgliederungen geben!
- Einberufung einer Vertrauensleuteversammlung zur Beratung von Gegenmaßnahmen.
- **Durchkreuzen wir die Pläne der Werksleitung!**
- **Es darf keine Ausgliederungen geben!**
- **Sichern wir unsere Arbeitsplätze!**

Die Tricks des „Herrn" Herlitz

(Leserbericht aus Düren)

DÜREN/KREUZAU. — Hundert Werktätige liegen zu Weihnachten auf der Straße. Am 16. Juni teilte der Unternehmer Herlitz dem Betriebsrat und der Belegschaft mit, daß der Betrieb zum Ende des Jahres geschlossen werde.

Vorgeschichte

Seit Jahrzehnten produzierte die Firma Bentz-Papier in Kreuzau bei Düren hochfeines Briefpapier, das für seine gute Qualität in der ganzen Welt bekannt war.



Unter der Last des Konkurrenzdrucks ging der Inhaber Klaus Bentz im November 1981 in Konkurs.

Der Dürener Großunternehmer Viktor Schroeder (Roteck-Gruppe) übernahm daraufhin das Bentz-Werk. Er konnte aber den Betrieb nur wenige Stunden halten, da Herlitz-Berlin den Außendienst- und Kollektionsapparat klammheimlich aufgekauft hatte.

Ohne diesen war es unmöglich geworden, Bentz-Papier weiter zu betreiben. Viktor Schroeder mußte vom Vertrag zurücktreten, in den Herlitz eintrat.

Nachspiel

Im April 1982 verkündete Herlitz, daß die Produktion gesteigert würde. Er sprach von einer Verdoppelung der Arbeitsplätze.

Jedoch im März 1983 kam der erste Tiefschlag. Herlitz wollte das Grundstück mit dem Betriebsgebäude für 530000 DM kaufen. Ein Objekt, das 10 Millionen DM wert ist.

Vermittlungsversuche der Gewerkschaft schlugen fehl. Herlitz blieb stur und unerbittlich. So ging es einige Wochen hin und her, bis am 15. Juni das endgültige k.o. für den Betrieb kam.

Mit diesen brutalen Methoden versuchte Herlitz zum einen, billig Grunderwerb zu tätigen. Zum zweiten schafft er einen Konkurrenten vom Markt weg, der in der gegenwärtigen Krise unbequem ist.

Zudem, so Herlitz, schaffe er in Berlin die gleiche Produktionsmenge mit 20 Arbeitskräften, wofür er in Kreuzau 100 benötigte.

Hier in Kreuzau wurde es wieder deutlich, wie brutal die Kapitalisten mit der Arbeiterklasse umgehen, wenn es ihren Profitinteressen dient.

Daß in Berlin steuerlich günstiger produziert werden kann, hat bei den Überlegungen des „Herrn" Herlitz sicher auch eine große Rolle gespielt: Profite auf Kosten der Arbeiterklasse.

Asyl

Wie leicht ein politisch Verfolgter, der in der Bundesrepublik Asyl sucht, durch die guten Beziehungen der BRD zu Folterstaaten in die Mühlen der Klassenjustiz gerät und sich plötzlich in Abschiebehaft wiederfinden kann, das verdeutlichte das im letzten „Roten Morgen" veröffentlichte Interview mit der Hamburgerin Hella Franke, die mit einem aufsehenerregenden Sitzstreik ihren Teil zur Freilassung des Asylbewerbers Hüseyin Incis beitrug.

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." So heißt es in Artikel 16 Absatz 2 des Grundgesetzes.

Die Wirklichkeit sieht anders aus, erschütternde Einzelbeispiele dafür wurden auch auf dem Frankfurter Kongreß gegen Ausländerfeindlichkeit wieder gegeben.

Kaum ein politisch Verfolgter wird bei uns von den „unabhängigen" Gerichten noch anerkannt. Flucht vor Folter- und Mordterror ist längst kein Asylgrund mehr. Wer in einem Asylverfahren ausführlich seine politische Tätigkeit in der Heimat offenlegt, um damit den hohen Grad seiner Gefährdung durch reaktionäre und faschistische Regimes zu verdeutlichen, muß damit rechnen, daß die Behörden und auch der Geheimdienst seines Heimatlandes umgehend darüber informiert werden und er deshalb erst recht mit um so härterer Verfolgung zu rechnen hat, wenn er wieder abgeschoben wird.

Asylbewerber werden zunehmend in Lagern konzentriert. Sie erhalten kein Geld mehr, sondern nur noch Sammelverpflegung. Sie dürfen nicht arbeiten, es sei denn, sie werden zum Hungerlohn zwangsverpflichtet, doppelt ausgebeutet und als Lohndrükker mißbraucht.

Auch ein Lehrstück darüber, was der Verfassungstext eines kapitalistischen Staates wert ist, wenn nicht die Arbeiterklasse und alle Demokraten ständig wirksamen Druck für die Verwirklichung solcher Rechte ausüben.

Die KPD tritt in ihrem Ausländerprogramm der Beseitigung des Asylrechts und der menschenunwürdigen Behandlung der Asylbewerber durch den Staat entgegen.

Mit dem folgenden „Ausflug in die Geschichte" soll nicht in erster Linie gezeigt werden, daß solche Forderungen bei den Kommunisten und in der KPD gute Tradition sind. Wir wollen einmal daran erinnern, wie die Debatte über das Asylrecht im Parlamentarischen Rat gelaufen ist, wie die KPD damals betrogen wurde, welche Grundgesetz-Auslegung damals gängig war, an die heute die Reaktionäre nicht erinnert werden und die sie auch nicht gelten lassen möchten.

Es folgt ein Auszug aus dem Protokoll der 44. Sitzung des Parlamentarischen Rates vom 19. Januar 1949. Der „Vorsitzende Dr. Schmidt" ist Carlo Schmid (SPD). Karl Renner war stellvertretender Fraktionsführer der KPD in der ersten Legislaturperiode des Bundestages. Zur Debatte stand unter anderem die Formulierung „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", damals als Absatz 2 in Artikel 17 vorgesehen. (Alle Hervorhebungen vom RM).

Renner (KPD): Darf ich mir zu dem Begriff Asylrecht einige Bemerkungen erlauben. Das Asylrecht, wie es die Welt im allgemeinen kennt, beinhaltet nur das Aufenthaltsrecht. Die politischen Flüchtlinge, die vom Asylrecht Gebrauch machen müssen, sind in der Regel angewiesen auf die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln bzw. aus Mitteln, die private Organisationen aufbringen, weil das Asylrecht in den meisten mir bekannten Ländern nicht das Recht auf Arbeit einschließt. Ich bitte zu überlegen, ob es nicht berechtigt ist zu sagen: **Politisch Verfolgte genießen Asylrecht einschließlich des Rechtes auf Arbeit.**

Vorsitzender Dr. Schmid: Das haben wir doch schon irgendwo anders.

Renner (KPD): Namhafter volkswirtschaftlicher Schaden kann dadurch nicht entstehen. Es hat sich in den Asylländern herausgestellt, daß die aus den fremden Ländern kommenden Menschen, vor allen Dingen die Handwerker, sich sogar sehr förderlich eingeschaltet haben. Auf diese Weise sind in den Asylländern langsam ganze Industrien entstanden. Die Frage, daß die politische Flüchtlinge den Arbeitsmarkt belasten könnten, ist meines Erachtens absolut nicht existent. Ich sehe also nicht ein, weshalb man diesen Satz nicht bringen soll. Die Praxis, die wir politischen Emigrierten hinter uns haben, läßt es wünschenswert erscheinen, diesen Zusatz einzufügen.

Vorsitzender Dr. Schmid: Herr Kollege Renner, wir brauchen den Zusatz nicht. In Artikel 2 haben wir ja die Bestimmung, daß jeder das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hat.

(Renner: Nein, das bezieht sich nur auf deutsche Staatsbürger!)

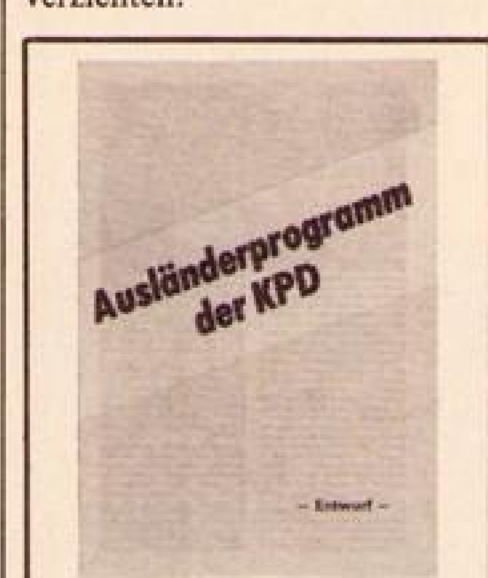
— Nein, „jeder" heißt es dort ausdrücklich, also jedermann.

(...)

Renner (KPD): Was die Frage des Asylrechts in Verbindung mit dem Arbeitsrecht betrifft, so bin ich nicht der Auffassung, daß die Formulierung „Jeder" in Artikel 2 schon genügt, um auch politisch verfolgte Ausländer darunter zu fassen.

Vorsitzender Dr. Schmid: Doch; **„Jeder" bedeutet: jeder Mensch, ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit.**

Renner (KPD): gut; wenn in das Protokoll aufgenommen wird, daß das auch für politische Emigranten gilt, dann kann ich auf die Einbringung meines Antrags verzichten.



Die Verteidigung des Asylrechts ist ein Teil des Kampfes gegen den Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten. Wir fordern deshalb:

- **Zügige Anerkennung aller Asylbewerber.**
- **Beseitigung aller Maßnahmen, die die Einreise von Flüchtlingen erschweren (z. B. Visumszwang).**
- **Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber.**

(Ausländerprogramm der KPD — Entwurf —)

1. Sitzung des Koordinationsausschusses

Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit trafen sich in Frankfurt

Vorschläge für bundesweite Aktionen erarbeitet

Am 2. und 3. Juli fand in Frankfurt das erste Treffen des Koordinationsausschusses der Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit statt. Vertreter aus etwa 20 verschiedenen Initiativen und Organisationen aus zehn Städten und verschiedene Einzelpersonen diskutierten vor allem über bundesweite Aktionen im Herbst und den geplanten großen Staffettenlauf auf Bonn Anfang nächsten Jahres, vor der Bundestagsdebatte über die von der Regierung beabsichtigte reaktionäre Neufassung der Ausländergesetzgebung.

Die bei diesem Treffen anwesenden Initiativen und Parteienvertreter repräsentierten nur einen Teil der bundesweiten Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit und auch nur einen Teil der Initiativen und anderen Organisationen, die nach dem Frankfurter Kongreß gegen Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzungen" ihre Bereitschaft zu bundesweiter Zusammenarbeit und den Willen zur gemeinsamen Vorbereitung von Aktionen gegen die im „Zimmermann-Papier" — dem Papier der Bund-Länder-Kommission zur Änderung der Ausländerpolitik — niedergelegten Absichten bekundet hatten. Dennoch war dieses Treffen nützlich. Es hat für die genannten Aktionen einige brauchbare Anstöße geliefert und konkrete Vorbereitungen getroffen, die die weitere Arbeit beschleunigen und erleichtern können.

Da vor allem im Norden die Urlaubs- und Ferienzeit bereits begonnen hat, ist die relativ geringe Beteiligung am 1. Koordinationstreffen nicht weiter verwunderlich. Daß allerdings **von den politischen Parteien** allein die KPD und die DS Vertreter entsandt hatten, ist bestimmt nicht einfach mit der Urlaubszeit zu erklären bzw. zu entschuldigen.

Man kann davon ausgehen, daß eine Reihe sehr aktiver Initiativen, die diesmal nicht dabei sein konnten, auf dem von Anfang an für September — also nach der „Sommerpause" — vorgesehenen 2. Treffen anwesend sein und die Arbeiten aktiv mitgestalten werden. Natürlich ist das dann auch bereits eine Bewährungsprobe.

Im folgenden sollen die wesentlichen Ergebnisse des 1. Koordinationstreffens zusammengefaßt werden.

„Kernpunkt" der gemeinsamen Aktivitäten, wesentlicher Anstoß dazu ist das „Zimmermann-Papier". Seinen Kernaussagen, der Politik der Vertreibung, der Familienzerrüttung und der Existenzvernichtung vor allem gilt die Gegnerschaft aller Demokraten, die sich in den Initiativen zusammengeschlossen haben. Sie treten dagegen ein für ein sicheres Aufenthaltsrecht für die ausländischen Mitbürger, für die Sicherung des Rechts auf Familie, für vollständige Gleichberechtigung.

Diese Feststellungen sollen alle gemeinsamen Aktionen bestimmen.

In den verschiedenen Städten soll so schnell wie möglich damit begonnen werden, im Zusammenhang mit den geplanten konkreten Aktionen alle Kräfte, die gegen die Regierungspolitik in dieser Frage aktiv sind oder werden wollen, zusammenzufassen, die örtlichen Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit zusammenzubringen, gemeinsame Foren in den Orten zu schaffen.

Im **November** sollen, so der Vorschlag des Koordinationsausschusses, in den Städten, wo die Kräfte dazu vorhanden sind, zwei Aktionen durchgeführt werden: Am **9. November** werden ausländerfeindliche und faschistische Parolen übermalt. Diese Aktion soll vorbereitet werden durch eine Aufforderung an die jeweilige Stadt, bestimmte genau bezeichnete und möglichst fotografierte Parolen selbst zu entfernen; verbunden damit wird die Ankündigung, daß andernfalls die Initiativen selbst aktiv werden. Bundesweit und örtlich werden die Medien darüber informiert. Zum anderen sollen **zwischen dem 6. und 13.11.** Plakatwände gestaltet werden — eine gemeinsame Losung, die überall mit auftauchen soll, ist in Arbeit —, verbunden mit Informationsständen und nach Möglichkeit „Straßenrummel". Im November sollen als Hilfe für die Initiativen auch bereits ein Flugblatt, Unterschriftenlisten mit dem „Frankfurter Appell" sowie ein Plakat vorliegen, das bis zum Ende des Staffettenmarsches benutzt werden soll.

Für **die erste Dezemberwoche** wurden bundesweite Sitzstreikaktionen, Mahnwachen und „Besuche" vor bzw. in Behörden vorgeschlagen, vor allem bei Ausländerämtern, Rathäusern, Sozialämtern, Abschiebegefängnissen. Genaueres wird im September geplant.

Im **Januar 1984** soll bundesweit (Pressekonferenz und Aktion in Bonn) und in den einzelnen Städten der Staffettenmarsch vorgestellt werden, dessen genaue Planung **auf einem 3. Treffen des Koordinationsausschusses Anfang Januar** abgeschlossen sein soll (und muß). Diese Vorstellung, der Startschuß für die breiteste bundesweite Mobilisierung, soll möglichst öffentlichkeitswirksam gestaltet werden. Kulturveranstaltungen und ähnliches sind vorgesehen. Besonders die Städte, in denen die Staffette Station machen wird, sind hier gefordert. (Im Januar findet ein Treffen der Innenminister der Bundesländer mit Zimmermann zur Ausländerpolitik statt.)

Zum Staffettenmarsch (oder „Staffellauf", wie er auch genannt wurde, man wird sich wohl noch auf eine „zugkräftige" Bezeichnung einigen) selbst wurde, auch wegen der regionalen Beschränktheit des Kreises der Teilnehmer, ein grober Plan für verschiedene Routen vorgelegt — es wird vor allem von Hamburg, Westberlin und München aus auf Bonn zugehen. Zwischen bestimmten Städten, in denen es Initiativen gibt, die in der Lage sind, an einem Tag (zusammen mit möglichst vielen Bürgern, auch „Prominenten", Politikern usw.) etwa auf die Beine zu stellen, soll sich ein Zug bewegen, der dann jeweils empfangen wird. Von jeder Station aus wird ein neuer Zug losgeschickt. Dabei kommt es gar nicht darauf an, daß da immer Hunderte von Menschen unterwegs sind. Auch die Frage, ob zwischen den einzelnen Stationen marschiert wird oder ob bestimmte Strecken gefahren werden, wird im Herbst noch geklärt. Das hängt sowohl von den vorhandenen Kräften als auch von dem Zeitraum ab, den man für diese Aktion veranschlagt. In Bonn soll statt einer Demonstration dann ein Open-air-Fest mit großem Programm stattfinden. Dem Bundestag wird eine Art Resolution mit der Forderung nach Rücknahme des Zimmermann-Papiers übergeben werden. Eventuell wird das der Frankfurter Appell sein, zusammen mit den Unterschriften, die bis dahin und vor allem während der Aktionswochen beim Marsch gesammelt worden sind.

Betont wurde die Notwendigkeit, bei der Vorbereitung und während der Durchführung der Aktionen, vor allem in den einzelnen Orten aber auch zentral besonders in die Gewerkschaftsverbände sowie in Kirchenkreise hineinzuwirken und auch ein Engagement der großen Ausländer-Dachorganisationen zu erwirken.

Das ist in groben Zügen der gegenwärtige Stand. Den Initiativen, deren Adressen inzwischen in Frankfurt vorliegen, geht ein Protokoll des ersten Koordinationstreffens zusammen mit einer detaillierten Darstellung der Aktionsvorschläge zu. Jeder andere Interessierte kann das auch bestellen, und zwar bei der Initiative Ausländerpolitik und Menschenrechte, Mainzer Landstraße 239 — 241.

Das nächste Koordinierungstreffen findet am 24./25. September 1983 in Köln statt. Alle Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit sind aufgerufen, Vertreter zu schicken. Nähere Informationen, Anmeldung usw. bei der Informationsstelle Türkei e.V. Schildergasse 101a 5000 Köln 1 Tel.: (0221) 2401820 oder 2401830

NPD-Deutschlandtreffen

Korrespondenz aus Schweinfurt

Am 17. Juni versammelten sich in Bad Neustadt/Saale Mitglieder und Anhänger der NPD in der Stadthalle, die sie ohne Probleme von der Stadt erhalten hatten, zu ihrem jährlichen „Deutschlandtreffen"

Die Vermietung der Stadthalle erfolgte bereits, unter Zustimmung der SPD-Stadtratsfraktion, im Februar und sollte erst am 15. Juni bekanntgegeben werden. Durch eine „undichte Stelle" im Stadtrat wurde das NPD-Treffen allerdings bereits am 13. Juni bekannt, und der DGB begann sofort zu einer Gegendemo mit Kundgebung zu mobilisieren, an derca. 450 Menschen teilnahmen. Auch Volksfront und KPD waren vertreten.

Als Prof. Tischer um ca. 14 Uhr bei der DGB-Kundgebung auf dem Markt seine Rede beginnen wollte, erfüllten Sprechchöre wie „Hoch die nationale Solidarität" und „Rotfront verrecke" den Marktplatz. Ca. 40 Jungfaschisten, fast alle zwischen 14 und 18 Jahren, waren auf dem Marktplatz erschienen. Sofort bildete sich aus den Reihen der Antifaschisten eine Menschenkette, die mit dem Ruf „Nazis raus" versuchte, die Gruppe abzudrängen.

Als dies geschah, drängte sich ein Trupp Bereitschaftspolizei zwischen die Antifaschisten und die Nazis und „drängte" diese sanft und höflich vom Marktplatz, und Prof. Tischer konnte seine Rede beenden, in der er betonte, daß die NPD kein Recht habe, den 17. Juni in Anspruch zu nehmen, denn sowenig wie die NSDAP sozialistisch gewesen sei, sei die NPD demokratisch.

Nun begannen sich der Demonstrationszug zu formieren. In der Hohnstraße kam auf einmal ein Trupp JN (Junge Nationaldemokraten — RM) dem Zug entgegen, worauf die BdPo (Bereitschaftspolizei — RM) sofort Ketten zwischen den Nazis und den Demo bildete.

Die Nazis setzten sich auf die Straße und blockierten sie total. Nun wollte die Demoleitung dem Druck der Faschisten nachgeben und die Demo umleiten, was aber auf heftigen Protest bei den Demonstranten stieß und nicht erreicht werden konnte. Nachdem die Polizei nun wieder sehr höfliche Gespräche mit den Nazis darüber geführt hatte, ob diese nicht aufgeben möchten, erkannte sie endlich, daß dies nichts einbrachte und mußte sie teilweise wegtragen. Am Röhntor verbarrikadierten sich die Nazis erneut und wurden auch hier von der Polizei sehr höflich durch Diskussion dazu bewegt, aufzugeben.

Erst nach geraumer Zeit gelang es der Polizei, den Weg soweit freizumachen, daß die Demonstration fortgesetzt werden konnte.

Am Schluß der Demo standen sich beide Gruppen, von der Polizei voneinander getrennt, gegenüber, wobei BePo und Faschisten gemeinsam Demonstranten filmten und fotografierten. Nach der Aufforderung des DGB-Sekretärs Hübner, die Demo nun zu beenden, verlor sich ein Großteil der Menschenmenge wieder.

Am Abend marschierten ca. 1000 Mitglieder und Anhänger der NPD, von der BePo gut beschützt und leider fast ungestört, singend und mit Fahnen zum Marktplatz, wo der Vorsitzende der JN, Klaus Kruse, eine Rede hielt.

Schweinfurt, 9. Juli:

Demonstration gegen NPD-Parteitag

Der Skandal von Bad Neustadt — die zuvorkommende Behandlung der Nazis durch die städtischen SPD-Behörden — hat eine Fortsetzung in Schweinfurt gefunden: Auch diese Stadt wollte der NPD ihre Festhalle zur Verfügung stellen. Für ihren Landesparteitag am 9. Juli.

Nach massiven Protesten sah sich die Stadt gezwungen, den Mietvertrag wieder aufzukündigen. Die NPD hat darauf mit einer Klage beim Verwaltungsgericht Würzburg geantwortet und „recht" bekommen. Jetzt klagt die Stadt vor dem Oberverwaltungsgericht München.

Gegen den NPD-Parteitag rufen der DGB und eine Bürgerinitiative, in der auch die KPD vertreten ist, zu einer Demonstration auf. Sie beginnt am 9. Juli um 10 Uhr vor dem DGB-Haus. Abschlußkundgebung 12 Uhr, Grüner Markt.

Arbeiter gegen Hitler

Betrieblicher und gewerkschaftlicher Widerstand im „Dritten Reich“ (Teil 9)

Im Dezember 1937 kam noch ein Arbeitsgesetz heraus. Es schrieb jeder Frau vor, einen Arbeitsdienst zu absolvieren, bevor sie sich irgendwo um eine Beschäftigung kümmern durfte. So war endgültig jeder Deutsche erfaßt, um in das Räderwerk der Kriegsmaschinerie eingegliedert zu werden. Deutschland wurde so ein Jahr vor dem Krieg ein Zwangsarbeitslager. Die Arbeit rollte wie im Krieg, obwohl dieser noch gar nicht da war.

Der perfekte faschistische Staat hatte aber auch nicht vergessen, die „arbeitslosen“ Juden in Betrieben usw. einzusetzen — natürlich weit abgesondert von der deutschen „Gefolgschaft“. Kurz vor dem Krieg wurde den älteren Kollegen verboten, in Rente zu gehen. Sie durften, soweit sie noch gesund waren, ihren Arbeitsplatz bei Strafe nicht verlassen. Sogar Blinde und Invaliden mußten in die Fabrik. Man holte die Menschen aus Heimen und Obdachlosenasylen. Wie eingefangene Sklaven trieb man alles, was Hände und Beine hatte in die Rüstungsproduktion. So beseitigte Hitler die Arbeitslosigkeit, um dann die Arbeitslosen selbst zu beseitigen. Ja, er holte sogar als Krönung Gewerkschafter aus den Konzentrationslagern, um sie in den Wirtschaftsprozeß einzugliedern.

Unter diesen Umständen gelang es in vielen Betrieben auch den Arbeitern, ihre Arbeitskraft etwas teurer zu verkaufen. Durch gut organisierte Oppositionsarbeit konnten Lohnerhöhungen durchgesetzt werden, wegen des herrschenden „Arbeitskraftmangels“. Hier kämpften besonders die Werftarbeiter erfolgreich. Auch die Mansfelder Kupferbergarbeiter konnten Lohnerhöhungen durchsetzen. Insgesamt stiegen die Löhne 1939 um 1 Prozent. Dies förderte auch das Bewußtsein für den Widerstandskampf. So heißt es z.B. in einem Flugblatt, das die Werftarbeiter verbreiteten:

„Wir wollen keinen Krieg, wir wollen mehr Lohn, und zwar schon heute! Wir wollen mehr Geld [aber nicht durch Überstundenschufterei] und dadurch bessere Nahrung, mehr Freiheit und das Recht, selbst zu entscheiden, wie wir unsere Erholung und Bildung organisieren! Mehr Lohn! Weniger Granaten!“

Und in einem Bericht des ZK der KPD Anfang 1938 heißt es:

„In einem sächsischen Großbetrieb schickte die Betriebsleitung Angestellte des technischen Büros mit Stoppuhren in die Abteilung. Zwei Stopper stellten sich zugleich hinter einen Arbeiter; er stürzte sich auf die beiden Stopper, um sie aus der Abteilung hinauszuwerfen. Es kam zu einem regelrechten Handgemenge zwischen dem Arbeiter und den ihm zur Hilfe eilenden Kollegen und den beiden Stoppern. Der Betriebsobmann wurde herbeigeholt. ieser wandte sich an die DAF, weil aufgrund dieses Vorfalls die Empörung im ganzen Betrieb groß war. Es erschien sogleich ein höherer DAF-Beamter, der eine Ansprache hielt. Die Arbeiter hätten das Recht, sich zu wehren, wenn sie in ihrer Arbeiterehre gekränkt würden. Zum Schluß versprach er den Arbeitern, daß das Stoppsystem abgeschafft würde. Die Arbeiter waren sich einig darüber, daß allein ihr Widerstand zum Erfolg geführt und die Neukalkulation für ein raffinierteres Antreibersystem verhindert hat“. („Deutschland-Information“ Jg. 1938, Nr. 2, Seite 20)

Eines Morgens fanden die Arbeiter einer Flugzeugmotorenfabrik an allen Maschinen ein Schild: „Kampf gegen den Ausschuß!“ Die Kollegen empörten sich darüber. Erst Antreiberei, schlechtes Material usw. und dann noch sowas. Ohne, daß vorher illegal etwas vorbereitet wurde oder Anweisungen erfolgten, waren sich die 200 Kollegen wortlos einig. Die Maschinen blieben still. Keiner sprach von Streik und doch war es einer.

Als in einer Abteilung des Siemens-Werkes in Berlin die Mitteilung kam, statt um 7.00 Uhr schon um 6.00 Uhr anzufangen, erschienen die Arbeiter am nächsten Tag weiterhin um 7.00 Uhr. Sie zwangen so die Direktion zum Rückzug. Auf der Burbacher Hütte bei Saarbrücken nahmen die Bewegungen den Charakter einer offen politischen Demonstration an. Ein Teil des Lohnes sollte in Form von Steuergutscheinen ausgezahlt werden. Wegen der starken Protestaktionen wurden bewaffnete Polizeieinheiten eingesetzt. Mehrere Protestaktionen und Streiks fanden bei den am Westwall beschäftigten Arbeitern statt. Ihre Aktionen — sie reichten von Tausenden von Schreiben an das Sozialamt der DAF und an Radio Saarbrücken bis zu allgemeinen Arbeitsniederlegungen auf dem Abschnitt Gersweiler bis Saarbrücken am 10. Juli 1939. Sie richteten sich gegen die schlechte Ernährung, ungenügende Unterstützung der Familien, fehlende Arbeitsschutzbekleidung usw. Die Nazis mußten eine einmalige Prämie von 50 Mark zahlen. Andere Vergünstigungen wurden noch zusätzlich gewährt.

Kurz vor Einmarsch der Hitler-Soldaten in Polen richtete die KPD an die SPD Vorschläge zum einheitlichen Vorgehen aller Antifaschisten und Kriegsgegner. Kurt Geyer, Rudolf Hilferding und Friedrich Stampfer gehörten zu der Gruppe sozialdemokratischer Führer, die an ihrem bisherigen Standpunkt festhielten, die Zusammenarbeit mit der KPD unverändert abzulehnen. Dies konnte Hitler nur recht sein. Vor den Arbeitern konnte es für diese Haltung jedoch keinerlei Rechtfertigung geben. Sie haben selbst eine Antwort darauf gegeben, nämlich gemeinsam gegen den Kriegsbrandstifter Hitler zu kämpfen, auch unter noch so schwierigen Bedingungen.

So wurde die Gewerkschaftsarbeit in Frankreich empfindlich eingeengt unter dem Druck der Polizeipräfektur. Der Koordinationsausschuß deutscher Gewerkschafter mußte sich auflösen. Schwierigkeiten tauchten auch im Zusammenhang mit dem 8. Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes vom 5. — 8. Juli 1939 in Zürich auf. Der Zweite Weltkrieg stand auf der Tagesordnung. Mit 46 gegen 37 Stimmen setzten sich auf diesem Kongreß wieder die einheitsfeindlichen Kräfte unter der Führung der amerikanischen Gewerkschaften AFL durch. Diese Beschlüsse gingen jedoch an den in Deutschland illegal wirkenden Gewerkschaftern vorbei, die weiterhin, wenn auch unter erschwerten Bedingungen zusammenarbeiteten.

Widerstand im Kriege

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges verlangte von der Gewerkschaftsbewegung erneute Anstrengungen. Die Rüstungswirtschaft versuchte rücksichtslos die Lasten des Krieges auf den Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen. Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland stand vor der schwersten Prüfung in ihrer Geschichte. Von nun ab stand der 1. Mai im Zeichen des Kampfes gegen den Krieg. Die Menschen wurden von ihrem Abreitsplatz weggerissen und an die Front geschickt, die Familien zerstört, der Krieg raubte den Kindern ihre Väter, den Müttern ihre Söhne und den Frauen ihre Männer. Die Ausbeutung der Arbeitskraft nahm in den Rüstungsbetrieben bestialische Formen an. In den Betrieben arbeiteten Rentner, Frauen, Kinder, Ausländer und Kriegsgefangene. In den Betrieben hatte die uneingeschränkte Willkür der Kapitalisten, der staatlichen Verwaltung und der Militärbehörden Einzug gehalten — aber auch ein entschlossener Widerstandskampf. Bis 1945 wirkten z.B. in den Siemensbetrieben Berlins Gewerkschafter für den Sturz der faschistischen Diktatur. Im September 1939 zum Kriegsausbruch wurde in einem Flugblatt aufgerufen, sich zu weigern, Munition herzustellen. In einem weiteren Berliner Flugblatt vom November 1940 hieß es:

„Die Rheinmetall-Borsig AG erzielte im ersten Kriegsjahr einen Reingewinn von 3900000. Diese Summe erhalten die Aktionäre dieser Gesellschaft. Die Aktionäre haben keinen Finger gerührt. Finden Sie das gerecht? ist das etwa die vielgepriesene ‚Volksgemeinschaft‘?“ Das Flugblatt ist unterschrieben von der **„Arbeiteropposition in der NSDAP“.**

In Berlin, Dresden, Magdeburg und an der Front erschien im Dezember 1941 ein Flugblatt, in dem es hieß: *„In verschiedenen chemischen Werken Deutschlands wurden anstelle von Knallquecksilber minderwertige Stoffe in die Bomben eingefüllt. Die Wirkung dieser Bomben ist gleich null. Recht so! Deutsche Arbeiter! Verhindert den Mord an unschuldigen Zivilpersonen! Sabotiert die Arbeit! Überall sabotieren die deutschen Werktätigen! In den U-Boot-Werften werden die U-Boote falsch repariert! Schmirgel wird in die Maschinenlager geworfen. Arbeiter! Bauern! Soldaten! Dreht die Gewehre um! Hitler hat uns verraten! Seine Hitlerei ist um!“*

Viele Widerstandskämpfer vertraten die Ansicht, daß man den Faschismus nicht mit Flugblättern und Parolen vernichten konnte, und sahen daher ihre Aufgabe auch darin, neben einer wirksamen antifaschistischen und Antikriegspropaganda unter allen Gegnern des Hitler-Regimes bewaffnete Erhebungen vorzubereiten.

Dies tat u.a. auch die ADV (Antinazistische Deutsche Volksfront) in München: *„Es gibt bereits viele Millionen Deutsche, die sich mit unserer Sache solidarisch fühlen. Leider fehlt vielen der Mut, aktiv zu sein. Wir müssen diesen Ängstlichen sagen, daß es ohne Kampf niemals eine Rettung geben kann und daß jeder, der nicht mittut und mit verschränkten Armen beiseite steht, tatsächlich nur Hitler unterstützt.“*

Die ADV sorgte für die Bewaffnung ihrer Mitglieder und organisierte die Sabotage in der Industrie und im Verkehrswesen, Aktivitäten liefen in der Maschinenfabrik Deckel, im Agfa-Werk und in der Lokomotivfabrik Krauss-Maffai. Es schlossen sich auch Arbeiter und Angestellte einer Münchner Kohlenhandlung, eines Baumateriallagers, der BMW und anderer Werke an. Die ADV baute einen Sender und hielt Kontakt zur Auslandsorganisation des Nationalkomitees „Freies Deutschland“. Man nahm auch Kontakt zu ausländischen Widerstandsgruppen auf, die in den großen Betrieben unter den Kriegsgefangenen kämpften. Der Widerstand gegen Hitler nahm von Kriegsjahr zu Kriegsjahr zu. Er nahm auch immer organisiertere Formen an. Nach einer unvollständigen Statistik der Gestapo wurden allein im Jahre 1944 auf dem Gebiet des „Deutschen Reiches“ wegen oppositioneller und vor allem wegen marxistischer Betätigung 33000 Deutsche und rund 53000 Ausländer verhaftet. Der Justizminister Thierack gab gekannt: daß in den ersten 6 Monaten des Jahres 1944 in Deutschland 193024 „Arbeitsniederlegungen“ ausländischer und 12945 „Arbeitsniederlegungen“ deutscher Arbeiter registriert waren. Nach Angaben des Westberliner Instituts für Wirtschaftsforschung legten im Jahre 1944 in den Betrieben des „Dritten Reiches“ insgesamt 250000 ausländische Bürger die Arbeit nieder.

Wenn auch durch das Eingreifen der Gestapo viele Widerstandsaktivitäten verhindert werden konnten, so konnte dem Hitler-Regime beträchtlicher Schaden zugefügt werden.

Schluß im nächsten „Roten Morgen“



Stoppt den Amoklauf des CDU-Senats!

5000 — 10000 Menschen demonstrierten am vergangenen Wochenende in Westberlin gegen die mit brutalem Polizeieinsatz vollzogene Räumung von sieben besetzten Häusern und für die Freilassung der „radikal“-Herausgeber Klöckner und Härlin.

Die „Berliner Linie“, das von Innensenator Lummer so gepriesene Modell des Vorgehens gegen Hausbesetzer, stellte wieder einmal ihre wahre Qualität unter Beweis. Und bis Ende des Jahres, so hat Lummer bereits vor einiger Zeit erklärt, will er mit allen „illegalen“ Objekten und „Rechtsbrüchen“ endgültig Schluß machen. Wieder einmal gab der DGB-eigene Wohnungsbaukonzern Neue Heimat Lummer und der Polizei freie Bahn.

200 Menschen wurden obdachlos. In einem extra hergestellten „Merkblatt für obdachlose Hausbesetzer“ wird ihnen das städtische Obdachlosenheim als längerfristige Unterkunft angeboten. Bislang zelten sie, müssen aber auch ihren Platz in Charlottenburg bereits Anfang Juli wieder räumen.

Nach den Räumungen gab es in der Stadt und vor allem in Kreuzberg kaum noch eine Ecke, in der nicht Polizisten und Mannschaftswagen standen. Eine Demonstration am Dienstag letzter Woche war von Polizeitruppen während des ganzen Weges regelrecht eingekreist. Am Samstag hielt sich die Polizei etwas zurück. Sie steht aber bereit, um die mit Sicherheit kommenden nächsten Räumungen wieder mit vollem Einsatz zu sichern.

Die Kriminalisierung der Hausbesetzer geht weiter, die dabei angeschlagenen Töne werden immer hetzerischer. Die „anständigen“ Bürger der Stadt sollen aufgehetzt werden. Von „kriminellen Nestern“, „Brutstätten der Kriminalität“ (Abgeordneter Legien, CDU) ist die Rede. Interessant in diesem Zusammenhang die Begründung für die andauernde Haft Klöckners und Härlins — wegen „bindungsloser Lebenszusammenhänge“, so die übliche Abqualifizierung von Wohngemeinschaften und Wohngruppen in besetzten Häusern, bestünde Fluchtgefahr.

Die CSU-Freunde und Faschisten der Konservativen Aktion, die zum 17. Juni Westberlin heimsuchte und provokatorische Reden vor besetzten Häusern abhielt, hat die Westberliner CDU wegen ihrer Schlappheit im Umgang mit kriminellen Chaoten“ gescholten. Sie wird mit Lummers neuester Aktionen einigermaßen zufrieden sein, wenn es diesen Rechtsaußen auch nie schnell genug gehen kann.

Was in Westberlin exerziert wird, ist jedenfalls auch die Probe des totalen CDU-Staates, es ist — und da hat die taz einmal recht — ein „Vorgeschmack auf die CDU-regierte Republik“.

Krefeld und kein Ende

„Deutsche Demokratie — und das sind die Lehren der Geschichte — muß, wenn es not tut, wehrhafte, streitbare Demokratie sein. Wir werden nicht dulden, daß dieser große Versuch einer neuen Republik, eines freiheitlichen Rechtsstaats im Terror der Straße zusammenbricht.“

Helmut Kohl schöpfte alle Möglichkeiten seines brillanten Wortschatzes voll aus, als er zu den „brutalen Übergriffen“ beim Bush-Besuch in Krefeld Stellung nahm.

Er meinte natürlich nicht die Polizei, sondern die, die auf das Auto des atomkriegslüsternen US-Vize Steine und Farbbeutel geworfen hatten. Aber das versteht sich ja von selbst.

Der Freund des Pazifistenjägers und Auschwitz-Demagogen Geißler meint, die Lehren der Geschichte beschwören zu müssen. Dementsprechend sehen die politischen Vorstöße der Union nach Krefeld aus: Beschleunigte Verschärfung des Demonstrationsrechts, noch schneller zum Polizeistaat. So lief es doch tatsächlich schon einmal, vor 1933. Eine Neuauflage, „dieses großen Versuch einer neuen Republik“, wie Kohl sie sich in Wirklichkeit vorstellt, die sollte man in der Tat verhindern. Gegen Kohl.

Unter dem sogenannten Terror der Straße bricht im Moment gar nichts zusammen. Noch nicht einmal Bush's Auto. Werden die Raketen eingesetzt, die Bush und Kohl stationieren wollen, bricht womöglich die halbe Welt zusammen. Das Geschrei wegen der Steine von Krefeld ist, so absurd es einem zum Teil vorkommen mag, Zeichen der Wende, ein weiteres Zeichen. Aber die besagten Steine sind sicher nicht der Grund für die Verschärfung des Demonstrationsrechts, die war längst geplant. Und zielt, wie der gesamte Abbau demokratischer Rechte, letztendlich vor allem darauf, die geplante und begonnene Politik des sozialen Kahlschlags, der Ausländervertreibung und der Rüstungspolitik abzusichern. Gegen das eigene Volk.

Atomwaffen — Nein! Volksbefragung — Ja!

Die Idee der Volksbefragung über die Stationierung der amerikanischen Atomraketen hat breite Zustimmung innerhalb der Friedensbewegung gefunden. Daß auch die KPD sie unterstützt, ist bekannt. Jetzt geht es darum, wie sie zu organisieren ist, was man dafür tun kann.

Die Volksbefragung wäre ein wirksames Mittel zur Ausübung großen politischen Drucks auf die Regierung. Eine offensive Antwort auf die Stationierungs- und Kriegsvorbereitung durch Werbefeldzüge großen Stils, wie sie zusätzlich zu allem bisher schon Erlebten noch auf uns zukommen. Ein gutes Mittel, die öffentliche Auseinandersetzung mit der „Nachrüstung" zu verstärken, Millionen Menschen zu erreichen, gleichzeitig von Seiten der Friedensbewegung Aufklärung über die wahren Hintergründe der Stationierung zu betreiben. Ein Mittel, das nicht alternativ zu den anderen Widerstandsformen stehen darf, der Friedensbewegung aber auch die Teile der Bevölkerung erschließen kann, die nicht zum *aktiven* Widerstand bereit sind.

In der Vorbereitungsphase können zudem auch all die angesprochen werden, die sich selbst noch nicht schlüssig sind, die aber den gesunden demokratischen Standpunkt vertreten: Darüber soll die Regierung nicht allein entscheiden, dafür hat sie kein Mandat, darüber muß das Volk selbst seine Meinung sagen.

An diese Menschen gilt es auch zu denken, wenn man einen allgemeinen Text für Unterschriftenlisten festlegt. Es wäre unklug, hierbei die Forderung nach Volksentscheid bereits mit der Ablehnung der Raketen zu koppeln. Am besten für solche allgemeinen Listen wäre etwa folgender Text:

„Ich fordere die Bundesregierung auf, eine Volksbefragung über die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) durchzuführen."



Diese Volksbefragung soll auf folgender Fragestellung beruhen: „Ich lehne die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ab und fordere den Bundestag und die Bundesregierung auf, keine Aufstellung zuzulassen: Ja/Nein.'"

Um wirklich eine Volksbefragung durchzusetzen, kommt man (zumindest unter den gegebenen Bedingungen) am Parlament nicht vorbei. Nur erheblicher Druck durch die Friedensbewegung wird das erreichen können, was dazu notwendig ist: Daß sich eine einfache Mehrheit der Abgeordneten für ein Gesetz über eine Volksbefragung ausspricht. Einen Gesetzentwurf einzubringen, dazu haben sich bisher die Grünen bereiterklärt. Sicher darf man sich keinen großen Illusionen hingeben. Aber der Versuch muß unserer Meinung nach auf jeden Fall gemacht werden.

Örtliche Aktionskomitees für Volksbefragung sind sinnvoll und entstehen bereits, um die Idee zu vermitteln und dafür zu sorgen, daß die Forderung wirklich massenhaft erhoben wird. In einem Schreiben zur Volksbefragung, über das in einer Dortmunder Initiative diskutiert wird, wird dieses Problem gut aufgeworfen. Wir zitieren es als ein Beispiel dafür, wie man diese Sache anpacken kann.

„Kein Flugblatt, kein Plakat, keine Rede, keine Stelltafel, kein Gespräch zum Thema Frieden ohne die Losung „Atomwaffen — Nein / Volksbefragung — Ja". Aufgabe wäre weniger, Unterschriften zu sammeln, als möglichst viele Organisationen — Gewerkschaften, Kirchen (...), Parteien (z.B. SPD im Hinblick auf den Parteitag usw.), Institutionen (Betriebsräte, Stadträte, Schülervertretungen usw.) wie Einzelpersönlichkeiten, Betriebsversammlungen usw. — zu Entschließungen zu veranlassen, mit denen die Abgeordneten in Bonn aufgefordert werden, eine „Volksbefragung" zur „Nachrüstung" zu beschließen. Und es gälte, die Idee einer „Volksbefragung" möglichst breit in die Öffentlichkeit, in die Bevölkerung zu tragen (Medien, Informationsblätter, Versammlungen usw.) Diese Kampagne könnte auch gut in engen Zusammenhang gebracht werden mit anderen Aktionen wie „Atomwaffenfreie Zonen" oder mit den einzelnen Widerstandstagen während der Aktionswoche im Herbst. Im Zusammenhang mit dieser Aktionswoche könnte übrigens dann auch ein Gesetz zur Durchführung einer „Volksbefragung" in den Bundestag eingebracht werden.

Selbst wenn es nicht zu einer offiziellen Volksbefragung kommen sollte, bliebe der Effekt eines erheblich gesteigerten politischen Drucks. Eine solche Kampagne dürfte auch bei vielen zu einer positiven Einstellung zu weiteren außerparlamentarischen Aktionen führen. Erst recht, wenn die Regierung sich über die sie ja nicht bindende Volksbefragung hinwegsetzen würde. Außerdem könnten dann auch Volksbefragungen autonom durchgeführt werden. Z.B. durch „exemplarische Volksbefragungen", Gewerkschaften fragen ihre Mitglieder und anderes.

Eine Kampagne „Volksbefragung" wäre im übrigen auch eine Aktions- und Widerstandsform über die Aktionswoche im Herbst hinaus. (...)

Fragestellung und Terminplan

(...) Klar ist aber auch, daß neben den Grünen, alle SPD-Abgeordneten und ca. 30 der Rechtskoalition für ein Gesetz gewonnen werden müssen. Um eine Chance zu haben, ist es eventuell sinnvoll, die Genfer Verhandlungen abzuwarten, deren Mißerfolg sich abzeichnet.

So könnte sich folgender Terminplan anbieten und ergeben:

1. **Vor** dem Ende der Genfer Verhandlungen müßte eine Volksbefragung beschlossen werden.
2. Diese könnte stattfinden
   • **nach** Abschluß der Genfer Verhandlungen
   • **vor** dem Stationierungsbeginn
   • ggf., natürlich auch **vor** einer Bundestagsentscheidung
3. Dazu wäre **bald** eine Gesetzesinitiative erforderlich **ohne** parteitaktische Profilierungsversuche, weder von den Grünen noch von der SPD. Es wäre von Anfang an wichtig, daß es entweder
   • zu einer **gemeinsamen** Initiative von Grünen und SPD-Vertretern kommt
   • oder einer getrennten aber **gleichlautenden** und möglichst **gleichzeitigen!**"

Über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen für die Herbstaktionen der Friedensbewegung in Nord- und Süddeutschland berichten wir im nächsten „Roten Morgen".

Öffentliche Rekrutenvereidigung in Lüneburg

Leserbericht

Liebe Genossen!
Die letzte öffentliche Vereidigung von Bundeswehrsoldaten fand in der Garnisonsstadt Lüneburg 1980 unter einer SPD-Regierung statt. Über die Protestaktionen berichtete seinerzeit der „Rote Morgen".

In der heute von der CDU regierten Stadt wurde das militärische Spektakel gezielt zum 17. Juni durchgeführt, um damit die innenpolitischen Absichten der Bundesregierung zu unterstreichen — Aufpolierung des Feindbildes von Osten.

Außer den Grünen riefen alle Parteien der Stadt und des Kreises die Bevölkerung auf, die „wahre Mehrheit" für das Gelöbnis zu demonstrieren. So kam es auch. Die überwiegende Mehrheit der Bewohner klatschte Beifall. Aber Lüneburg hatte sich nicht umsonst in ein Polizei- und Feldjägerlager verwandelt. An der Gegendemonstration nahmen rund 500 Demonstranten teil. Veranstalter war der „Aktionskreis gegen das Rekrutengelöbnis". Vor dem Stadion kam es zu Übergriffen von Polizei und Feldjägern, während Brigadeführer Prange in sein Mikrophon rief: „Man darf sich durch lautstarkes Geschrei und Trillerpfeifen nicht irremachen lassen. 90 Prozent der Bürger sind keine Grünen und keine Kommunisten." Vom NATO-Gegner Bastian distanzierte er sich mit markigen Worten: „Wir haben nichts gemein mit diesem Mann, der sich wie ein Wegelagerer an den Kasernentoren unserer Verbündeten niederläßt, der die Sicherheitspolitik unseres Staates mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln bekämpft, gleichzeitig aber keinerlei Hemmungen hat, sich von diesem Staat finanziell aushalten zu lassen."

Und zu guter Letzt meinte Brigadegeneral Prange: „Für Halbheiten ist die Bundeswehr in jedem Fall zu teuer."

Halbheiten gab es auch bei Hitler nicht. Am 20. Juli 1932 sagte Hitler auf dem gleichen MTV-Platz, auf dem das öffentliche Gelöbnis stattfand: „Ich habe die Absicht und den unerschütterlichen Willen, die 30 Parteien, von denen jede die Rettung Deutschlands auf ihre Fahnen geschrieben hat, zu vernichten!"

Diese Absicht hat Hitler verwirklicht; das ist historische Tatsache. Die Revancheabsichten der Bundesregierung sind noch nicht verwirklicht. Verhindern wir sie rechtzeitig, damit sie nicht auch noch zur historischen Tatsache werden.

Gesetzlicher Feiertag:

1. September statt 17. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Friedensfreunde!

Die beiliegende Resolution zur Abschaffung des 17. Juni als Feiertag und zur Ernennung des 1. September, des Antikriegstages, zum gesetzlichen Gedenktag wurde von der Friedensinitiative Furtwangen auf ihrem Treffen am 15. Juni 1983 einstimmig verabschiedet. Wir wenden uns in erster Linie an den Deutschen Bundestag und die darin vertretenen Parteien mit der Aufforderung, ein entsprechendes Gesetz zu beschließen. Wir bitten aber auch alle anderen Friedensgruppen, Parteien und Organisationen um Unterstützung. Diese Unterstützung kann verschieden aussehen: Unterschreiben unserer Resolution, eigene Resolution zum 17. Juni, Appell an den Deutschen Bundestag und die darin vertretenen Parteien, Unterschriftensammlung usw. Wir erhoffen uns, daß durch eine schrittweise Unterstützung durch andere unser Vorschlag Gehör findet und die Ablehnung des Feiertags 17. Juni durch die Bevölkerung zum Ausdruck kommt. In jedem Fall bitten wir alle, die unseren Vorschlag unterstützen, sich an den Deutschen Bundestag zu wenden und uns über ihre Schritte zu informieren, damit wir einen Überblick bekommen. Wir sind zwar nur wenige Menschen, von denen diese Initiative ausgeht, aber wir hoffen auf diesem Wege mehr zu werden bei unserer Forderung:

Schafft den 17. Juni als Feiertag ab!
Macht den 1. September, den Antikriegstag zum Gedenktag!
Vielen Dank für jede Art von Unterstützung

Diethard Möller

Erklärung der Friedensinitiative Furtwangen zum 17. Juni

Die Friedensinitiative Furtwangen fordert den Deutschen Bundestag auf, den 17. Juni als gesetzlichen Feiertag abzuschaffen und stattdessen den 1. September, den Antikriegstag zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Wir gehen davon aus, daß der 17. Juni seit seinem Bestehen nicht dazu genutzt wurde, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu verbessern. Im Gegenteil wird — nach unserer Auffassung — dieser Tag dazu benutzt, sich in einseitiger Selbstgerechtigkeit auf das Podest des Richters zu heben und den Graben zwischen den beiden deutschen Staaten zu vertiefen. Verschiedene Gruppierungen und Politiker verbreiten an diesem Tag Ansichten, die unserer Überzeugung nach Volksverhetzung darstellt, indem sie die nach 1945 bestehenden Grenzen in Frage stellen. In der nun wieder einkehrenden Atmosphäre des kalten Krieges stellen solche Äußerungen einen Beitrag zur Verschlechterung der politischen Atmosphäre dar. Sie werden genutzt zur Begründung der eigenen Hochrüstung gegen den „Feind" im anderen deutschen Staat. Und sie werden im anderen deutschen Staat zur Begründung seiner Hochrüstung genutzt. Statt alles zu unternehmen, um die politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu verbessern, werden so die bestehenden sowieso schon wackligen Brücken abgebrochen.

Wir sind nicht mit den heute bestehenden Verhältnissen in der DDR einverstanden, aber wir halten die BRD nicht für den geeigneten Richter. Ein Staat wie die BRD, der selbst Militärdiktaturen wie z.B. die Türkei politisch, wirtschaftlich und mit Waffen unterstützt und sich damit mitschuldig an der dort stattfindenden Unterdrückung und Ermordung der politischen Opposition macht, sollte doch lieber den „Dreck vor der eigenen Tür kehren", als auf den Dreck vor der Nachbartüre zu zeigen.

Als Alternative schlagen wir die Ernennung des 1. September zum gesetzlichen Gedenktag vor. Am 1. September 1939 wurde durch das damalige Deutsche Reich der Zweite Weltkrieg begonnen und ganz Europa mit Leid und Schrecken überzogen. Dieser Tag wird heute bereits in aller Welt als Antikriegstag begangen. Wir sind der Meinung, daß dieser Tag in der gemeinsamen Geschichte beider deutscher Staaten wurzelt. Die gemeinsame Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit, wenn auch aus unterschiedlichen Positionen heraus, könnte die Verbindungen zwischen den beiden Ländern stärken. Zugleich könnte ein solcher Gedenktag dazu genutzt werden, die Bemühungen um Frieden zu verstärken, aus der Geschichte zu lernen und das deutsche Volk gegen Krieg und Aufrüstung zu mobilisieren.

Wir bitten daher die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, den 17. Juni als gesetzlichen Feiertag abzuschaffen und den 1. September zum gesetzlichen Gedenktag zu erklären.

Diesen Schritt könnte man mit weiteren Maßnahmen verbinden, die den Friedenswillen der Bevölkerung der BRD unterstreichen, z.B.:
• feierliche Erklärung des Verzichts auf „Nach"rüstung und jede weitere Aufrüstung;
• völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der Nachkriegsgrenzen;
• jährliche Treffen zwischen dem Staatsratsvorsitzenden der DDR und dem Bundeskanzler der BRD am 1. September zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten;
• gemeinsames Gedenken am 1. September in der DDR und der BRD.

Sie können diese Liste gerne mit viel Phantasie für den Frieden erweitern, wenn sie diese Phantasie bei allen „Nach"rüstungsbegründungen noch haben. Wir würden uns dies sehr wünschen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie zu unserem Antrag Stellung nehmen würden.

Furtwangen, den 15.6.1983
Friedensinitiative Furtwangen

Brief des Vorsitzenden des Ministerrats der SVR Albanien an den griechischen Ministerpräsidenten

„Für Balkanversammlungen sind Voraussetzungen nötig"

Die Meldung ging in den letzten Tagen erneut durch die Presse: Der Vorschlag des griechischen Ministerpräsidenten Papandreou an die Regierungschefs der Balkanstaaten (Albanien, Bulgarien, Rumänien und die Türkei), eine Konferenz über Abrüstung auf dem Balkan abzuhalten sei von allen, außer der albanischen Regierung, angenommen worden.

In der Regel wurde dazu, wenn nicht direkt gehetzt wurde, eine Haltung des „Unverständnisses" bezeugt. Dabei fiel es den betreffenden Pressekommentatoren natürlich weder ein, sich mit den Argumenten der Regierung der SVR Albanien zu befassen noch gar diese Argumente ihren Lesern bekanntzumachen.

Dies wollen wir für unsere Leser nachholen, indem wir den Brief des Genossen Adil Carçani, Vorsitzender des Ministerrats der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, an den griechischen Ministerpräsidenten widergeben. (Hervorhebungen im Text sind von der Redaktion RM).



Maidemonstration in Tirana — stets auch eine Kundgebung gegen die Kriegspläne der Imperialisten

An Seine Exzellenz
Herrn Andreas Papandreou
Ministerpräsident
Griechenlands

Sehr verehrter
Herr Ministerpräsident!

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß ich Ihren Brief vom 14. Mai 1983 erhalten habe, in dem Sie mir die Sorgen des griechischen Volkes und der griechischen Regierung über die Unsicherheit, die heute auf der Welt und auf regionaler Ebene herrscht, sowie Ihre Meinung über die Möglichkeit der Schaffung einer atomwaffenfreien Balkanzone mitteilen.

Die albanische Regierung teilt Ihre Beunruhigung über die schwierige internationale Lage. Die Gefahren, die sie erwähnen, existieren wirklich, aber ebenso ist es notwendig, daß alle Regierungen der friedliebenden Länder energisch eingreifen, um diese Gefahren aufzuheben. Jeder konstruktive Schritt, der zur Verbesserung der Lage auf dem Balkan und auf der Welt auch nur ein bißchen beitragen würde, wird stets beim albanischen Volk und bei seiner Regierung Unterstützung und gutes Einvernehmen finden.

Wir sind der Meinung, daß die Quelle der Spannungen und der gefährlichen Lage, die es heute auf der Welt gibt, die aggressive, von den Positionen der Macht aus betriebene Politik der USA und der Sowjetunion ist, ihres politischen, wirtschaftlichen und militärischen Drucks, sowie ihrer brutalen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten. Es ist eine greifbare Tatsache, daß die Außenpolitik der imperialistischen Supermächte ein militärischer und abenteuerlicher Kurs Vorrang hat. Sie haben nicht nur ihre Kriegsmaschinen mit modernsten Waffen ausgerüstet und ihre Kriegsausgaben in nie dagewesenen Ausmaßen erhöht, sondern auch Europa mit Militärstützpunkten, Atomwaffen und -raketen übersät, die als Mittel eingesetzt werden, die Völker unseres Kontinents zu versklaven und die anderen freiheitsliebenden Völker zu bedrohen; das Mittelmeer, dessen Wasser auch die Küste Albaniens und Griechenlands umspülen, ist von den Supermächten in ein militarisiertes Meer verwandelt worden. Von all dieser fieberhaften kriegstreiberischen Tätigkeit ist auch der Balkan nicht ausgeschlossen. Bekanntlich existieren auf unserer Halbinsel eine Reihe von Faktoren, die die Sicherheit all ihrer Länder bedrohen und die Realisierung der Bestrebungen der Balkanvölker verhindern, miteinander in Freundschaft und Frieden zu leben. Diese Gefahren und Hindernisse entstanden in erster Linie aus den internationalen Verpflichtungen einiger Balkanstaaten. Von den sechs Staaten unserer Halbinsel sind zwei Mitglieder der NATO, zwei Mitglieder des Warschauer Paktes, die SVRA gehört keinem politisch-militärischen Block an, während die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien mit beiden Supermächten gleichzeitig verbunden ist.

Unsere Meinung, Herr Ministerpräsident, ist, daß die Sicherheit auf dem Balkan nicht gewährleistet werden kann, wenn man diese Realität ignoriert oder übersieht. Ein Gipfeltreffen der Balkanländer oder ein Treffen, auf welcher Ebene es auch stattfinden möge, wäre zur heutigen Zeit illusorisch, und jeder Beschluß, der dort gefaßt würde, hätte nur den Charakter einer Deklaration. Daher kann unsere Regierung an einer Konferenz zur Behandlung des Vorschlags zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone nicht teilnehmen.

Unter den gegebenen Umständen der internationalen Verbindungen der Balkanstaaten hätte die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone keine praktischen Auswirkungen, weder für die Sicherheit der Balkanländer noch für die Sicherheit auf der Welt.

Selbst wenn wir davon ausgehen, daß die Balkanländer sich über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf ihrer Halbinsel einigen würden, würde sie jemand fragen, solange die imperialistischen und sozialimperialistischen aggressiven Mächte Atomwaffen besitzen und ihre eigenen expansionistischen und hegemonistischen Ziele haben?

Man kann auch eine andere berechtigte Frage stellen: Ist der Balkan schon einmal von den Weltkriegen oder von zwischen den verschiedenen kapitalistischen Staaten geführten Kriegen verschont geblieben? Niemals!


Albanische Streitkräfte — ausschließlich zur Landesverteidigung

Die Geschichte beweist, daß die imperialistischen Mächte ihn zu einem Zankapfel in ihren Händen gemacht und in eine Kriegsarena gegen den Willen der Balkanvölker verwandelt haben. Nur der Kampf der Völker der Welt gegen die aggressiven Mächte und gegen ihre räuberische Politik für die Verteidigung des wahren Friedens kann die Menschheit vor imperialistischen Kriegen retten. Das ist seit langem unsere Meinung und Haltung, und das hat auch das Leben bewiesen.

Wenn wir von atomarer Abrüstung des Balkans reden, müssen wir unbedingt sehen, wer über Atomwaffen verfügt und wer nicht. Die SVRA verfügt nicht über solche Waffen, weil sie weder zur NATO noch zum Warschauer Pakt gehört. Sie beteiligt sich nicht am Wettrüsten, sei es auch nur um konventionelle Waffen, wie es die anderen tun. Nach eigenen Stellungnahmen verfügt auch Jugoslawien nicht über Atomwaffen, während Griechenland, die Türkei, Rumänien und Bulgarien in Funktion ihrer Beteiligung an jenen Militärblöcken über diese Waffen verfügen.

Daher müssen sich die Staaten unserer Halbinsel, bevor sie über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan sprechen, den gleichen Bedingungen unterstehen, das bedeutet, sie dürfen mit keinem Militärblock verbunden sein.

Außerdem möchte ich, Herr Ministerpräsident, noch hervorheben, daß zu einer Zeit, da von der Bannung der Kriegsgefahr und von der Verwandlung des Balkans in eine atomwaffenfreie Zone die Rede ist, in Griechenland seit 40 Jahren das „Kriegsgesetz" mit Albanien inkraft ist, ein ganz unbegründetes und absurdes Gesetz, das der einfachsten Logik widerspricht und vom griechischen Volk selbst verurteilt wird. Denn dieses weiß sehr gut, daß das albanische Volk niemals gegen das griechische Volk gekämpft hat. Die Nichtaufhebung eines solchen ganz unlegitimen Aktes, ein einzigartiger Fall in den Beziehungen zwischen Staaten, verhindert die Schaffung von gleichen Bedingungen und trägt zu jener Atmosphäre bei, über die Sie, Herr Ministerpräsident, mit Recht in Ihrem Brief Beunruhigung äußern. Allgemeine Sicherheit des Balkans ohne die Sicherheit jedes einzelnen Landes kann es nicht geben.

Wir sind der Meinung, daß unter den gegebenen politischen Bedingungen der Weg zur Lösung der Frage des Friedens und der Sicherheit nicht über Konferenzen und Versammlungen geht. Von welchem Nutzen sie sind, zeigt auch die Konferenz über die Europäische Sicherheit. In bestimmten Kreisen entstand die Illusion, daß mit der Unterzeichnung der Charta von Helsinki und mit den Sitzungen von Madrid, die politisch-militärischen Spannungen beseitigt und der Friede in Europa gefestigt werden könnte. Doch das Leben bewies, daß heute Europa im Gegensatz zu dem, was behauptet wurde, unsicher wie nie zuvor ist und von den beiden imperialistischen Supermächten und durch einen von ihnen vorbereiteten Atomkrieg bedroht wird, wie auch die SVRA stets betont hat.

Wir sind der Auffassung, daß es für die Schaffung von Voraussetzungen für politische Balkankonferenzen und -versammlungen notwendig ist, konkrete Schritte zum Abzug der fremdländischen Truppen aus den Balkanländern, zur Auflösung von fremden Militärstützpunkten, zur Aufkündigung der politisch-militärischen Verträge der NATO und des Warschauer Paktes zu tun. Dazu darf man keine Schiffe der Militärflotten der Supermächte versorgen und reparieren und muß sich entschlossen der Politik der Einmischung der Supermächte in die inneren Angelegenheiten jedes Balkanlandes und ihren Machenschaften entgegenstellen, um den Geist der Konfrontation aufzuhalten. Zugleich ist es notwendig, daß jedes Land konstruktive Anstrengungen und Schritte unternimmt, um die Zusammenarbeit zwischen den Balkanländern auf der Grundlage der Politik der guten Nachbarschaft und der Prinzipien, die die Beziehungen zwischen souveränen Ländern regeln, zu entwickeln. Die SVRA wendet diese Erfordernisse in ihrer Politik streng an. Sie hat offen erklärt, daß sie keinem aggressiven politisch-militärischen Block bzw. Pakt angehören will, sie hat sich gegen das Wettrüsten, gegen die atomare Rüstung und den Atomschirm der Supermächte ausgesprochen. Ihre Verfassung verbietet die Vergabe von Militärstützpunkten an fremdländische Mächte, und die SVRA hat feierlich erklärt, daß sie es nie zulassen wird, daß vom Territorium Albaniens aus den Nachbarvölkern irgendetwas Schlimmes zustößt oder ihre Freiheit bedroht wird. **Das albanische Volk und seine Regierung sind für das absolute Verbot von Atomwaffen und für die Zerstörung der bereits bestehenden Atomwaffen.** Wir sind für alles, was den Balkan, ganz Europa und die ganze Menschheit vor den Atomwaffen schützt.

Ich hoffe, Herr Ministerpräsident, daß die griechische Regierung die Ansichten der albanischen Regierung über die scharfen politischen Fragen, mit denen unsere Region fertigwerden muß, richtig verstehen wird.

Ausgehend von den freundschaftlichen Gefühlen zwischen unseren beiden Völkern und Ländern und auch vom allgemeinen Interesse, betrachten wir es als angebracht, unsere Meinung offen und vorbehaltlos zu äußern, überzeugt davon, daß wir der Sache des Friedens, der Stabilität und der wahren Sicherheit auf dem Balkan dienen.

Ich nutze die Gelegenheit, Herr Ministerpräsident, zu unterstreichen, daß die albanische Regierung der Entwicklung der Beziehungen der guten Nachbarschaft zwischen Albanien und Griechenland eine besondere Bedeutung beimißt. Die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern werden wir ununterbrochen bewahren und entwickeln.

Unsere Regierung wird nichts unversucht lassen, Anstrengungen zu unternehmen, um die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern voranzubringen, damit zwischen ihnen stets gute Nachbarschaft herrscht, was zum gegenseitigen Vorteil und zugunsten des Friedens auf unserer Halbinsel ist.

Nehmen Sie, Herr Ministerpräsident, meine höchste Achtung entgegen.

Adil Carçani,
Vorsitzender des Ministerrats der SVRA
Tirana, 9. Juni 1983

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
14.30-15.00	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
16.00-16.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
18.00-18.30	9375	31 Meterband KW
	7310	41 Meterband KW
19.00-19.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
23.00-23.30	7310	41 Meterband KW
	5985	49 Meterband KW
	1458	206m MW
6.00-6.30	7310	41 Meterband KW
	9375	31 Meterband KW
	1395	215m MW



Welch aktive Rolle die Bundesrepublik bei der militärischen Besetzung Nordirlands und der blutigen Unterdrückung jeglichen Widerstands dort spielt, weist mit vielen Daten und Fakten der folgende Artikel nach.

Diese Arbeit, die wir in Auszügen veröffentlichen, stammt vom Anti-H-Block/Armagh-Komitee aus Frankfurt, einem antiimperialistischen Solidaritätskomitee, das sich in besonderer Weise um die Verbrechen des britischen Imperialismus in Irland kümmert und für die Unterstützung des irischen Volkes eintritt.

Der Artikel war auch Grundlage eines Referats, daß ein Genosse des Komitees auf einer Veranstaltung der KPD in Frankfurt am 11.05.1983 gehalten hat.

Die militärischen Mittel zur Besetzung Nordirlands und deren Unterstützung durch die BRD-Imperialisten

In Nordirland stehen gegenwärtig vor allem in den Großstädten über 30000 Mann armeemäßig ausgerüsteter Einheiten. 12000 Mann sind Einheiten der regulären Britenarmee. Weitere 8000 Mann sind Sondereinheiten. Diese Sondereinheiten bestehen einerseits aus dem lokal rekrutierten „Ulster Defence Regiment" (UDR) der Briten. Das UDR besteht natürlich allein aus Siedlern. Andererseits gehören den Sondereinheiten an eine nicht genannte Anzahl von Einheiten des Special Air Regiment (SAS). Das SAS ist eine der westdeutschen GSG9 vergleichbare Killertruppe. Ausweislich des staatlichen irischen Fernsehens RTE und Zeitungen des Freistaats ist das SAS verantwortlich für wahllose Terroranschläge gegen Iren bzw. für Anschläge gegen die Zivilbevölkerung, die hernach der IRA oder INLA in die Schuhe geschoben werden. Unter anderem die „Sunday Times" hat das berichtet.

Dazu muß man erwähnen, daß allen Einsätzen, die sich nicht gegen die britische Armee richten, Vorwarnungen vorausgehen, sofern sie von der IRA oder INLA durchgeführt werden. Wie gesagt, die Zahl der eingesetzten SAS-Killer ist nicht zu erfahren. Aus Parlamentsdebatten des Unterhauses erschließt sich aber, daß es nicht weniger als 400 und nicht mehr als 800 SAS-Angehörige in Nordirland geben dürfte.

Die Paramilitärischen Freiwilligengangs der Loyalisten bestehen aus weiteren 5000-8000 Bewaffneten. Die Polizeieinheiten der Royal Ulster Constabulary machen weitere 10500 Bewaffnete aus, einschließlich Reserve und 700 weiblichen Kräften. Das bedeutet, daß auf je 12 Iren ein bewaffneter Angehöriger der Kolonialtruppen kommt.

Diese Kolonialtruppen werden gemeinsam geführt vom Büro des General Coordinator of the Security Forces in Northern Ireland.

Wenn wir sagen, sie sind bewaffnet, dann meinen wir, daß diese Einheiten über Sprengmittel, Panzer, Maschinenwaffen und Gaskampfstoffe verfügen, egal um welche speziell es sich handelt. Alle Einheiten verfügen auch über Hubschrauber.

Mit der BRD hat das insoweit zu tun, als von den eigentlichen Armeeinheiten zwischen 5000 und 8000 aus der BRD nach Irland kommen. Sie sind Angehörige der „British Army on the Rhine", der Rheinarmee. Die britische Regierung hat, bevor sie diese Einheiten ab August 1971 nach Irland gesandt hat, bei dem zuständigen NATO-Kommandeur angefragt, ob er mit einer entsprechenden zeitweiligen Verringerung der Rheinarmee einverstanden sei. Dieser Kommandeur war und ist der NATO-Oberbefehlshaber Mitteleuropa, General von Senger und Etterlin, der erste militärische Erfahrungen in der Nazi-Armee mitbekommen hat, dafür auch ausgezeichnet wurde.

Die Rheinarmee umfaßt Heereseinheiten von 60000 Mann. Durchschnittlich sind davon 4000 für drei Monate in Nordirland, 1300 werden in England zwei Monate auf den Einsatz in Nordirland trainiert. Alle Einheiten stellen Abordnungen für Nordirland: Fernmelde-, Funk-, Heeresflieger-, so gut wie Artillerie- und klassische Infanterie-Einheiten. Der direkt dem NATO-OB Mitteleuropa unterstellte Befehlshaber der Rheinarmee ist gleichzeitig entsprechend dem internen Stellenbesetzungsschlüssel der NATO traditionell OB des NATO-Abschnitts Europa Nord (NORTHAG).

Weitere 10000 Mann Britensoldaten befinden sich als Royal Air Force Germany in der BRD. Sie bilden den Kern einer der beiden nördlichen NATO-Luftflotten, ihr Kommandeur ist in Personalunion auch Kommandeur der 2. Allied Tactical Air Force (2. ATAF).

Stabszentrale für alle Briteneinheiten und die entsprechenden NATO-Kommandos ist Rheindahlen bei Mönchengladbach. Weitere 3100 Mann Britensöldner stehen als „Berlin-Brigade" in West-Berlin.

Die Briten haben sich verpflichtet, im Spannungsfall, also vor Eintritt der Kriegshandlungen, die Divisionsstärke von 8500 auf 11500 Mann aufzufüllen. Der Stationierungsraum der Rheinarmee und der 2. ATAF-Einheiten ist die Norddeutsche Tiefebene. In 14 Großgarnisonen konzentriert, liegen die Haupteinheiten in den Städten bzw. im Raum der Städte Soltau, Osnabrück, Holzminden, Celle, Düsseldorf. Verschiedene Truppenübungsplätze der BRD werden ausschließlich von den Briten genutzt. Die Spezialität ist dabei der von Bergen-Hohne bei Paderborn, wo sie Straßenzüge Belfasts originalgetreu nachgebaut haben, um ihre Söldner auf den Straßenkampf zur Unterdrückung der irischen Arbeiterbevölkerung vorzubereiten. Seit 1971 sind insgesamt über 2000 Menschen den Britensöldnern zum Opfer gefallen: zu Tode gefoltert, aus dem Fenster geworfen, an Gummigeschoßverletzungen gestorben, an Schußwaffenverletzungen gestorben, bei Killereinsätzen zu Tode gesprengt. Das sind nur die Zivilisten. Verluste bei bewaffneten Auseinandersetzungen sind nicht berechnet.

Die Blüte der Britenarmee in Nordirland pflegt ihren Mut zu verlieren, wenn sie Großeinheiten der IRA oder INLA gegenübersteht. Am Tag, als Mountbatten mitsamt seiner Yacht von der INLA in den Himmel gesprengt wurde, standen sich die IRA und eine Kompanie britischer Fallschirmjäger gegenüber. Der Tod des ehemaligen Vizekönigs und Kommandeurs der Britenarmee, der Tausende von Befreiungskämpfern umbringen ließ, verdrängte aus den Schlagzeilen der Weltpresse, daß in Nordirland an dem Tag mit der IRA 14 Fallschirmjäger ihr Leben im „Dienst für ihre Majestät" lassen mußten. Die IRA hatte nicht einen Toten zu beklagen.

Zwischen 1954 und 1982 stieg der Anteil der Einheiten der Rheinarmee an den gesamten britischen Heereseinheiten von 14 auf 35 Prozent. 10 Prozent aller Flugzeuge der Briten sind in der BRD stationiert.

Die Rheinarmee in der BRD ist mit dem modernsten Material der Briten ausgerüstet. Als erste Großgliederung wird sie den neuen Kampfpanzer Challenger V erhalten, die Ausrüstung mit zusätzlichen 60 Harrier-Senkrechtstartern ist vorgesehen. Von 900 Kampfpanzern der Briten stehen 660 in der BRD.

Jedes Jahr befinden sich zusätzliche 16000 Mann freiwilliger Reservisten zur Reserveübung in der BRD.

Die Bundesregierung setzt für die Britenarmee und für alle anderen ausländischen Armeen jährlich 300 Millionen Mark in den Bundeshaushalt ein.

Unter dem Titel „Kosten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD" steht dafür einer von 60 Einzelplänen des Bundeshaushalts zur Verfügung. Diese Zahlungen waren bis 1977 weit höher. Zwischen 1961 und 1977 wurden insgesamt fünf sogenannte Devisenausgleichsabkommen zwischen der BRD und GB geschlossen. Auf Grundlage dieser Abkommen erhielt die britische Regierung insgesamt 6,5 Milliarden Mark in Form von Zuschüssen zu Kasernenbau- und anderen Infrastrukturmaßnahmen, v. Krediten zu günstigen Zinskonditionen, von Ausrüstungshilfen und anderen Maßnahmen.

Quellen:

- **Internationale Institut for Strategic Studies, Military Balance Yearbook, 1971-1982**
- **Ulster Statistical Yearbook 1982**
- **BGBl II/1961**
- **Europäische Wehrkunde 1980-82**

Meldungen

El Salvador

Todesschwadron mordet wieder

Trotz den von den USA behaupteten Verbesserungen der Beachtung der Menschenrechte in El Salvador geht der Terror der herrschenden weiter.

Die berüchtigten Todesschwadronen morden weiter. Zwei Leichen, die von den Mördern auf einen Hotelparkplatz geworfen wurden, trugen Zettel an den Hälsen, in denen sich eine geheime antikommunistische Armee (ESA) zu den Morden bekannte. Die Opfer waren ganz deutlich vor ihrer Ermordung gefoltert worden.

Die Terrororganisation ESA wird nachweislich von Militärs und Polizeibeamten des salvadorianischen Regimes gebildet.

....

USA

2000 Kriegsgegner festgenommen

Bei der wachsenden Anzahl von Demonstrationen und sonstigen Aktionen gegen Reagans kriegstreiberische Politik sind in den USA allein im Monat Juni rund 2000 Demonstranten festgenommen worden. Die meisten wurden an Produktionsstätten oder Stationierungsorten der neuen Erstschlagwaffen verhaftet.

....

Spanien

Proteste gegen Stahlwerksschließung

Aus Protest gegen die geplante Stillegung des staatlichen Stahlwerks Solchaga in Sagunto bei Valencia in Spanien kam es in der Stadt am 27. Juni zu einem Generalstreik. Sämtliche Geschäfte, Banken, Industrie- und Handwerksbetriebe blieben aus Solidarität mit den 4000 Arbeitern des Hochofen- und Walzwerkkomplexes „Altos Hornos del Med terraneo" geschlossen. Dies war schon der zweite Generalstreik in der Stadt, in der Zehntausende von der Hütte abhängig sind.

Die ganze Stadt war mit Transparenten, Plakaten und Parolen versehen „Nein zum Tod einer Ortschaft" stand darauf. Rund 4000 Bürger fuhren dann mit 60 Bussen zu einer Protestkundgebung in die Hauptstadt Madrid. Die letzte Aktion der Stahlarbeiter von Sagunto war eine Autobahnblockade. Die Arbeiter besetzten die Autobahn Barcelona-Valencia, bis sich der Verkehr auf einer Länge von 35 Kilometern staute.

Die Belegschaft des Stahlwerks verlangt im Gegensatz zu den Stillegungsplänen der Regierung eine umfassende Modernisierung des Werks, das immerhin eines der größten Hütten werke Spaniens ist.

....

Der militärische Druck wird stärker

Konkrete Kriegspläne gegen Nicaragua

MANAGUA. - Während die Soldaten und Milizen Nicaraguas noch an den südlichen und nördlichen Grenzen des Landes gegen die dauernden Invasionsversuche kämpfen, bereiten die Gegner des befreiten Landes eine unerhörte Eskalation des Krieges vor. Der nicaraguanische Innenminister Thomas Borge berichtete über konkrete Pläne in der vergangenen Woche auf einer Pressekonferenz in Managua.

Demnach hat vor kurzem in Honduras eine Zusammenkunft des Oberbefehlshabers der honduranischen Streitkräfte, General Gustavo Alvarez, mit hohen CIA-Angehörigen und prominenten Vertretern der von Honduras aus operierenden „Contras" stattgefunden.

Dabei soll nach Thomas Borges Informationen ein Dreistufenplan zur Eskalierung des Krieges besprochen worden sein. Nach diesen Plänen sollen demnächst verschiedene Ziele in ganz Nicaragua von Flugzeugen ohne Hoheitsabzeichen bombardiert werden. Danach sollen ehemalige Nationalgardisten des Diktators Somoza in Uniformen des sandinistischen Heeres einen Überfall auf eine Grenzstadt in Honduras verüben. Diese Aktion als Vorwand nehmend, will Honduras dann Nicaragua den Krieg erklären. Diese Geschichte, ziemlich genau dem „äußeren Anlaß" zum Beginn des zweiten Weltkriegs abgeschaut, als ein angeblich polnischer Überfall auf Gleiwitz, verübt von SA und SS Anlaß war, um „zurückzuschießen", ist durch die Enthüllung in Managua erst mal recht unwahrscheinlich geworden. Aber klar wird dabei, daß die Feinde Nicaraguas mit allen Mitteln versuchen, ihr militärisches Eingreifen gegen das befreite Land zu rechtfertigen.

Thomas Borge, der Innenminister Nicaraguas, rechnet damit, daß Nicaragua in einen Zweifrontenkrieg von Honduras und Costa Rica aus verwickelt werden soll. So hat auch Eden Pastora, der von Costa Rica aus gegen die Sandinisten kämpft, nach Angaben Borges kurz nach der Konferenz seinen vorübergehend eingestellten Kampf wieder aufgenommen.

An dieser Front im Süden will die nicaraguanische Regierung jetzt die Grenzgebiete evakuieren, nachdem die Übergriffe zugenommen haben.

Die Hauptfront aber liegt im Norden, an der Grenze nach Honduras. Nach Darstellung des offiziellen Organs der Sandinistischen Befreiungsfront „Barricada" sind rund 1500 honduranische Soldaten an die Grenze zur nicaraguanischen Provinz Segovia verlegt worden. Hier konzentrieren sich zur Zeit insgesamt fast 7000 Söldner der von den USA ausgerüsteten und trainierten konterrevolutionären Truppen.

Der Chef der größten konterrevolutionären Organisation, der „Fuerzas Democraticas Nicaraguenses" (FDN) Edgar Chamorro hat in einem Interview mit der „New York Times" jetzt für „irgendwann im Juli" eine Offensive mit 5000 Mann angekündigt. Ferner teilte er mit, seine Organisation hätte regelmäßige Kontakte mit Agenten des Geheimdienstes CIA und honduranischen Militärs.

Die großangelegte Hetzkampagne der USA gegen Nicaragua hat kürzlich eine dicke Schlappe erlitten. Luftbilder, die in Washington veröffentlicht wurden, sollten angebliche Waffenlieferungen aus der Sowjetunion beweisen. Die Presseagentur apia allerdings konnte kurz danach schärfere Aufnahmen vorlegen: Bei der Lieferung handelte es sich um Gulaschkanonen.



Thomas Borge, Innenminister Nicaraguas (links) während einer Veranstaltung in Managua



Chile kämpft. Am 1. Juli besetzten zahlreiche Menschen das höchste Gericht in Santiago de Chile. In Sprechchören forderten die Demonstranten Aufklärung über das Schicksal von hunderten Verschwundenen. Die faschistische Junta hat vor allem in der letzten Zeit verstärkt wieder politische Gefangene gemacht. Auf dem Transparent steht geschrieben: „Sie wurden lebend mitgenommen und wir wollen sie lebend zurück!"

Diese Aktion war nur eine von vielen, die trotz des Abbruchs des Generalstreiks Mitte Juni vom Kampfeswillen des chilenischen Volkes zeugen. Obwohl Pinochet ankündigte, er werde „mit allen Mitteln sicherstellen", daß es keine neuen Demonstrationen geben werden, haben die Gewerkschaften für den 12. Juli zum nächsten Tag des Nationalen Protests aufgerufen.

Während die Fuhrunternehmer über Verhandlungen mit der Junta ihr Wohl suchen, gibt es für das Volk, die Arbeiterklasse Chiles nur den Weg des konsequenten Widerstands und Kampfes gegen die Diktatur.

Türkei wirbt um Investoren

Die Generale betreiben den Ausverkauf des Landes

Das westdeutsche Großkapital ist zufrieden. Die Entwicklung in der Türkei stimmt es zuversichtlich. Das Kapitalistenblatt „Wirtschaftswoche" nennt die Türkei wieder „kreditwürdig". Es empfiehlt kapitalkräftigen westdeutschen Anlegern, in der Türkei zu investieren.

Nachdem die faschistischen Militärs über das Verbot demokratischer und Arbeiterparteien, der Zerschlagung der Gewerkschaften „Ruhe und Ordnung" im Land hergestellt haben, ist jetzt der Weg frei für die großen Monopole.

Die Entwicklung, die so positiv für's Kapital ist, beschreibt die „Wirtschaftswoche" Nr. 27 vom 1.7.83 so: „Die marktwirtschaftliche Roßkur des ehemaligen Weltbank-Direktors Özal, der sich gern mit Ludwig Erhard vergleicht, stürzte zwar Millionen Türken ins wirtschaftliche Elend, doch die Abkehr vom Etatismus (staatliche Einmischung, RM) machte die außenwirtschaftlich bankrotte Türkei für die OECD-Staaten wieder kreditwürdig."

So lockt die Türkei nun ausländische Großkapitalisten mit Sonderabschreibungen, Zinssubventionen, der Garantie freien Gewinntransfers, mit Zollerleichterungen und vielem anderen mehr. Vor allem natürlich mit dem Attribut „Billiglohnland", garantiert durch zerschlagene Gewerkschaften und eine starke Militärdiktatur.

Allerdings muß man sehen, daß diese Lockrufe aus Ankara nicht etwa dort ausgedacht worden sind. Die meisten dieser Maßnahmen, die so günstig für ausländisches Kapital sind, mußten die herrschenden Militärs einführen, um überhaupt ihre Kredite, ihre weitgehende militärische und finanzielle Unterstützung zu bekommen.

Denn immerhin wollen die westlichen Geldgeber auch Gewinne sehen, sie stützen die faschistische Junta ja nicht aus Nächstenliebe. Und so bieten die Generale ihr Land den ausländischen Konzernen zum Ausverkauf an. Die Folgen liegen auf der Hand.

Die ohnehin schon schwach entwickelte nationale türkische Industrie wird die Konkurrenz der westlichen Multis nicht überleben. Gewinne, die gemacht werden, werden nicht dem Aufbau einer türkischen Industrie - schon gar nicht im Sinne und zum Wohl der dort lebenden Menschen — eingesetzt, sondern an die Zentralen der Konzerne ins westliche Ausland gehen. Alles in allem erinnert der Weg der Türkei fatal an die Ökonomie der chilenischen faschistischen Junta, die das Land vollständig ruiniert und abhängig gemacht hat.

Und dieser Weg wird zur Zeit mit Riesenschritten begangen: Allein seit 1980 strömten 600 Millionen Dollar Investitionskapital in die Türkei. Die Zahl der ausländischen Anleger schnellte von 100 im Jahre 1979 auf 170 heute empor. Der türkische Ministerpräsident Bülent Ulusu, der immer wieder betont, „Unser Land bietet seit drei Jahren ein Bild der politischen und wirtschaftlichen Stabilität", lobt vor allem den Anteil westdeutscher Unternehmen an der Ausbeutung der Türkei. Zitat Ulusu: „In der Türkei sind derzeit 170 ausländische Unternehmen tätig, und die Bundesrepublik stellt hier mit 37 die größte Gruppe. 19 Prozent des ausländischen Kapitals, das bisher in der Türkei investiert worden ist, stammt aus der Bundesrepublik. Wir erwarten, daß der Zustrom deutscher Investitionen anhalten wird ..."



Originalbild und Unterschrift aus der „Wirtschaftswoche": *„Industriearbeiter in Istanbul: Der Niedrigstlohnstandort Türkei verheißt gute Renditen.*

Kommentar

Die ungleichen Teilnehmer der Welthandelskonferenz UNCTAD VI

163 Teilnehmer hatte die sechste Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Belgrad. Wie unterschiedlich die Ausgangspositionen, das Stimmengewicht verschiedener teilnehmender Länder ist, soll ein Beispiel verdeutlichen.

Die 125 Entwicklungsländer — zusammengeschlossen in der „Gruppe 77" — sind mit insgesamt 800 Milliarden Dollar verschuldet, müssen allein pro Jahr 200 Milliarden Dollar Zinsen aufbringen an die großen westlichen imperialistischen Staaten oder deren Finanzierungsorgane, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond.

Zur Lösung der großen wirtschaftlichen Probleme gerade der armen Länder wurden in Belgrad viele Vorschläge gemacht. Beschlossen wurde nichts. Absichtserklärungen, Appelle an den Westen — mehr war nicht drin. Das liegt nicht nur an der Komplexität der „Gruppe 77", in der Militärdiktaturen wie Argentinien zusammen mit befreiten Ländern wie Nicaragua zusammengeschlossen sind, sondern auch am uneinheitlichen Vorgehen dieser Länder. Die meisten versuchen, in bilateralen Verhandlungen mit den großen imperialistischen Geldgebern ihre Probleme zu lösen. Und ein lediglich verbaler Protest gegen westliche Industrienationen, wie ihn die Abschlußerklärung von Belgrad formulierte, wird von den „Großen" gar nicht ernst genommen. „Ein belangloses Papier", meinte der westdeutsche Wirtschaftsminister Lambsdorff, „zu negativ und politisch einseitig" fanden es die USA. Man distanzierte sich von der Schlußerklärung, die mit großer Mehrheit verabschiedet wurde und macht weiter wie bisher.

Dabei ist ein Hauptmittel die wirtschaftliche Erpressung der armen Länder durch die enormen Zins- und Rückzahlungsverpflichtungen, die an die Imperialisten bestehen. Der nicaraguanische Außenhandelsminister nannte denn auch die „Schuldenwaffe" viel gefährlicher als die „Ölwaffe", die auch schon viele weniger entwickelte Länder hart getroffen hat.

Gegen diese imperialistischen Druckmittel werden aber weder Appelle an den guten Willen der Imperialisten noch zweiseitige Verhandlungen zum Erfolg führen, sondern nur die geschlossene Solidarität der in der erdrückenden Umarmung des Imperialismus befindlichen Länder.

NEU IM VERLAG ROTER MORGEN



Mit 5,— DM sind Sie dabei ...
... denn soviel zuwenig kostet ein Einzelheft der Reihe „Kommunistische Hefte" (Theoretisches Organ der KPD) im Abonnement.



Am obenstehenden Buch des Genossen Ernst Aust („Fürs Vaterland?"), das soeben als Doppelnummer 3/4 dieser Reihe erschienen ist, spart man z. B. als Abonnent ganze **4,80 DM** — genug, um sich davon glatt noch ein Taschenbuch kaufen zu können, vielleicht von Karl Marx ... (oder u. U. eine Schachtel Zigaretten, fürs gemütliche Schmökern ...)

In den „Kommunistischen Heften" wird Wichtiges, Strittiges, Nützliches und Informatives aus allen Bereichen, in denen sich Menschen gegen die Herrschenden in Bewegung setzen, tiefergehend beleuchtet und vom marxistischen Standpunkt diskutiert.

Die Reihe umfaßt sowohl Bücher als auch Aufsatzsammlungen usw.

Es lohnt sich!

Hiermit bestelle ich ein Abonnement der „Kommunistischen Hefte"

☐ ab Nr. 3/4 (E. Aust: Fürs Vaterland?)

☐ ab Nr. 5

*Zutreffendes bitte ankreuzen

Ein Abo umfaßt vier Nummern. Den Betrag von 25,— DM (einschließlich Porto und Verpackung) überweise ich nach Erhalt der Rechnung.

Name: ....

Straße: ....

Ort: ....

Das Abo verlängert sich automatisch, wenn es nicht nach Ablauf gekündigt wird.

Coupon ausschneiden und schicken an:
Verlag Roter Morgen
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30

ROTER MORGEN 1982 komplett

Der komplette Jahrgang 1982 des „Roten Morgen" liegt jetzt gebunden vor. Der stabile Band kann für 40,— DM bezogen werden bei:
Verlag Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Der rote Jahresrückblick

Sämtliche Ausgaben des Roten Morgen von 1982 stabil gebunden. Ein revolutionäres Nachschlagewerk
Nur 40,— DM

N' Gedicht

Wollt ihr nicht den Wunsch
erfüllen —
Ich bescheide mich — jawohl!
Heuer nur, um Gottes Willen,
Liebe Mutter, keinen Kohl!
(Original Goethe; eingesandt von J. aus Karlsruhe)

Mutig

Ich begrüße den Entschluß der Redaktion „die Meinung anderer" zu veröffentlichen. Das zeigt euren Mut und fördert die Auseinandersetzung der RM-Leser mit anderen Anschauungen. Nicht durch Verschweigen der Kritiken, sondern durch die Auseinandersetzung gilt es den eigenen Standpunkt zu festigen (oder auch zu korrigieren). Nicht zuletzt Lenin empfahl seinen Lesern, immer wieder die Artikel und Bücher der politischen Gegner zu studieren und so die revolutionäre Anschauung zu festigen. Ich möchte euch auch meinen Dank aussprechen für die sachliche Auseinandersetzung mit anderen Organisationen.

Ich meine auch, so eine plumpe Verzerrung und geistlose Polemik wie die „Rote Fahne" es sich seit Jahren immer wieder leistet, haben wir nicht nötig. Wer auf solche Mittel zurückgreifen muß, zeigt nur seine eigene Schwäche. Eine Schande für eine kommunistische Zeitung, wie die „Rote Fahne" sich versteht. Zu ihrem Artikel zur RGO möchte ich nur sagen, prüft die MLPD in Wort und Tat, so heißt es da. Wo sind die Taten? Wo haben den Genossen der MLPD sichtbar und konkret in die gewerkschaftlichen Kämpfe eingegriffen? Da erscheint es der MLPD-Führung wohl einfacher, große Worte zu tun und die Taten anderer gering zu achten und zu verdrehen.

H. aus Köln

Tempo

Liebe Genossen vom „Roten Morgen",

bitte sorgt doch in Zukunft dafür, daß Leitartikel und sonstige wichtige Artikel nicht immer verspätet im „Roten Morgen" erscheinen.

Natürlich verlangt niemand, daß der „Rote Morgen" als Wochenzeitung immer auf die aktuellsten Ereignisse eingehen kann, das können nicht mal „Stern" und „Spiegel".

Aber Ereignisse, die abzusehen sind, sollten wenigstens rechtzeitig im „Roten Morgen" erscheinen, und nicht immer eine Woche zu spät.

Zum Beispiel die Nummer 22 vom 3. Juni „Heraus zum Arbeitslosen-Solidaritätsmarsch". Diese Nummer erhielten wir am Tag der Demo und konnten sie erst in den Tagen nach der Demo verkaufen. Oder die Nummer 24 mit dem ausführlichen Artikel zum 17. Juni erhielten wir am 18. Juni, in den Tagen nach dem 18. Juni ist dieser Artikel natürlich nicht mehr besonders zugkräftig, die Veranstaltungen zu diesem Thema sind gelaufen, neue Ereignisse sind aktuell.

Also, sorgt bitte dafür, daß vorhersehbare Ereignisse auch rechtzeitig im „Roten Morgen" behandelt werden.

Außerdem würden sich die Genossen meiner Zelle eine ausführlichere Auseinandersetzung mit Positionen der Friedensbewegung wünschen. Auch eine etwas ausführlichere Berichterstattung über die Konferenz in Hannover wäre nützlich gewesen.

Rot Front,
B.S. aus Tübingen.

Kurz gesagt

Was in den Konzentrationslagern an Menschenverbrechen geschah, ist ausgefüllt von Nazi-Grausamkeiten. Dazu darf aber nicht in Vergessenheit geraten, daß die US-Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki auch Massenmord brachten. Nur mit dem Unterschied, daß Menschen auf dem kürzeren Weg ihr Leben lassen mußten.

Imperialistische Machenschaften werden von Unmenschen erzeugt und müssen von Menschen bekämpft werden.

Mit freundlichem Gruß
W.K. aus Essen

Unklar

Im RM, Nr. 23 vom 10. Juni habt ihr verschiedene Veranstaltungen zum 17. Juni angekündigt. Dabei fiel mir auf, daß fast alle Veranstaltungen gemeinsam mit dem Bund Westdeutscher Kommunisten durchgeführt werden. Diese Tatsache finde ich durchaus positiv, denn „Aktionseinheiten" mit anderen K-Gruppen oder auch Initiativen etc. halte ich für wichtig. Nur wenn sich die fortschrittlichen Kräfte zusammentun, kann ein politischer Kampf auch Siege erzielen, sei es auf Teilgebieten wie Startbahn West, Gewerkschaftsbewegung, Friedenskampf etc.

Aus diesen Überlegungen heraus ist es unbedingt notwendig, die Diskussion nicht nur mit dem BWK sondern auch mit MLPD, GIM, MG, Gruppe Arbeiterpolitik bis hin zu DKP zu führen.

Nun komme ich aber noch einmal zurück auf das Thema 17. Juni. Mich verwundert doch sehr, daß zwar Veranstaltungen mit dem BWK stattfinden, aber ein Demonstrationsaufruf von BWK und MG in Bonn nicht von der KPD unterstützt wurde. Falls es dafür eine Erklärung gibt, bitte ich euch, diese gleich abzugeben,

J. aus Darmstadt

Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung sind folgende Spenden für den „Roten Morgen" bei uns eingegangen:

I.G., Wallertheim	50,— DM
Zelle Krankenhaus, Duisburg	158,— DM
Zelle TAG, Duisburg	50,— DM
Zelle Neustadt, Bremen	150,— DM
LBV Westfalen-Lippe	273,— DM
Zelle Düsseldorf/linksrheinisch	300,— DM
S. K., Braunschweig	50,— DM
KPD Rems-Murr	23,— DM
M. L., Bielefeld	3480,— DM
T. R., Hamburg	20,— DM
H. J. und E., Oldenburg	50,— DM
LBV Weser-Ems	183,— DM
J. R., Köln	24,— DM
W. und E. A., Müden	100,— DM
INSGESAMT	4911,— DM

Damit sind bisher 7355,09 DM an Spenden für den „Roten Morgen" bei uns eingegangen.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Alles wird teurer, nur der „Rote Morgen" nicht. Diese wundersame Erscheinung hat ihre Ursache darin, daß der Herausgeber der Zeitung, die KPD, das große Defizit für ihre kommunistische Wochenzeitung abdeckt.

Mehr als das zweifache des Verkaufspreises von 1 DM kostet ein Exemplar des „Roten Morgen", wenn man alle echten Kosten einrechnet. Diese beginnen bei den Löhnen für die Redakteure und andere Mitarbeiter des Verlages, umfassen die Ausgaben für Zeitungsabos und Fachliteratur für die Redaktion, die anteiligen Büromieten, Heizungs-, Strom- und Telefonkosten, die für die Arbeit am „Roten Morgen" aufgebracht werden müssen. Weitere Kostenfaktoren sind Verpackungsmaterial und Portokosten, die EDV-Buchhaltung — und natürlich nicht zuletzt die Satz-, Repro- und Druckkosten.

Eine eigentlich notwendige drastische Preiserhöhung kann abgewendet werden, wenn es gelingt, das zur Zeit bestehende Defizit, die „Subvention" des „Roten Morgen", durch die Partei zu senken. Der beste Weg wäre eine enorme Auflagensteigerung. Politisch sicherlich und auch ökonomisch der beste Weg. Doch die bevorstehenden Sommermonate und die realistische Einschätzung des „Marktes" lassen diesen Weg als den einzigen nicht als sehr erfolgreich erscheinen. Darum wollen wir über eine Spendenkampagne alle Genossen, Freunde und Leser des „Roten Morgen" auffordern mitzuhelfen, das Defizit des RM um 30000 DM zu reduzieren. Damit eine Preiserhöhung verhindert wird, und der notwendigen Verbreitung des „Roten Morgen" nicht die „2-DM"-Hemmschwelle entgegensteht.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467

ROTER MORGEN AKTION

Schon über 100 neue Abos!
Nachmachen! Noch bis zum 15. Juli Billigabos! Zum halben Preis

RM zum halben Preis!

Jeder, der jetzt schnell den „Roten Morgen" abonniert, bekommt ihn zum halben Preis!
Also, ein Jahresabo für 30 DM, ein Halbjahresabo für 15 DM.

Name ....

Vorname ....

Straße ....

Plz/Ort ....

Hiermit bestelle ich das tolle Sonderangebot:
........Abonnement/s
0 für 1 Jahr
0 für 1/2 Jahr

0 Ich lege Post/Bankschenk bei über DM.........
0 Ich habe den Betrag von DM..........an den Verlag überwiesen
0 Ich bitte um Vorausrechnung
Bitte einsenden an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103 oder Postfach 300526, 4600 Dortmund 30
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290; Postscheckkonto Dortmund 79600-461.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 27, 8 Temmuz 1983 Yıl: 17 1 DM

KONGRE

Nükleer silahlanma üzerine olan Tabiat Bilim Adamlarının Mainz Kongresi'nde, bir "Mainz Açıklaması"nın kararlaştırılmasının yanı sıra, Federal Hükümet'in orta menzilli füzelerin yerleştirilmesine desteğini geri alması talep edildi.

Tabiat Bilim Adamlarının uzun ve kötü bir geleneklerinini olduğu, kendilerini geniş çapta siyasi yaşamdan uzak tuttukları bir ülkede (bir iki tanınmış istisna hariç) onlardan da binlercesinin silahlanmaya karşı çıkması önemli ve olumlu bir adımı teşkil etmektedir.

Polis, Hannover'de gençlere saldırdı

Saldırıda Naziler polise yardımcı oldular

Geçen hafta sonunda Hannover'de meydana gelen olayların burjuva basını tarafından ön ve sonraki hazırlığı tamda polisin arzu edeceği şekildeydi. Springer basını ta başından "korku" gibi manşetlerle polis saldırısının zeminini hazırlamaya çalışırken, daha sonra ise Aşağı Saksonya polisinin her iki tarafa da sopa atılmasında tarafsız davranmışmış gibi bir tavır içine girildi. Ne var ki, eyleme katılanlar ve görgü tanıkları, yani uniformalı olmayanlar başka şeyler açıklamaktalar...

Hannover Buluşmasının "ön ayakçıları", gençlik grupları olan ve içinde çeşitli görüşlerden gençler yer alan ve Punk'larla buluşan Skins'ler arasındaki Nazi çetelerinin çalışmalarının dışlanmasını amaçlıyorlardı.

Nitekim Hitler selamı vs. veren türden şahıslar geldiklerinde olay çıktı. Bununla ilintili olarak çok sayıda sivil polisler de provoke edici bir rol oynadılar. Onlar zaten daha başından sözümona "koruma" amacıyla bu buluşmaya geleceklerini duyurmuştular.

Görüldüğü kadarıyla, gençlerin çeşitli gruplarına karşı polisin haftalık saldırısı sözü çok edilen kötü şöhretli dönüşüm politikasının içişleri bölümlerine dahildir. Geçen hafta Berlin'de ev işgalcilerine karşı uygulanan "model"den sonra şimdi Hannover'de de Punk'lara karşı bir "örnek" izlendi.

Gerçi polisin tek tek Nazilerle çatışması oldu, ancak polisin ana saldırısı Punk'lara ve o anda orada onlardan kimse yoktuysa, diğer gençlere de ya da hatta yoldan geçenlere yöneldi. Bu saldırıda polisin silah çektiğini de çekilen fotoğraflar çok açık bir şekilde göstermektedir. Olayı yakından seyreden ve polislerin sözümona nasıl "yaralandığını" gören birisi, Hannover'de yapılan açıklamalara inanamaz. Nitekim bu açıklamalarla amaçlanan, polisin devlet tarafından daha da silahlandırılmasının zeminini oluşturmaktır. Daha sert kanunların çıkartılmasını haklı çıkarmanın ortamını yaratmaktır.

Blüm'ün Ankara ziyareti

Son bir kaç aylık süre içinde Ankara'daki faşist cunta ile Federal Alman işveren temsilcileri ve hükümet yetkilileri arasındaki trafik sıklaştı. Faşist cuntaya yapılan her ziyaretin konularından birini Federal Almanya'da yıllardan beri çalışan ve yaşayan biz Türkiyeli göçmen işçi ve ailelerimizin geri gönderilmesi ve bunun için cuntanın açıkça desteğinin sağlanması oluşturuyordu.

Nitekim son yapılan ziyaretten bu yana fazla bir zaman geçmeden bir yenisi bunu izledi. Şimdi Federal Çalışma Bakanı Norbert Blüm karma bir heyetle Ankara'ya gitti. Blüm, cuntayla Federal Hükümet'in "geri dönüş primi tasarısını" görüşmek istiyor.

Şu an tasarı olan ve Bakanlar Kurulu tarafından onaylanarak Meclise gönderilen "geri dönüş tasarısı"nın şimdiki biçimi ile kararlaştırılması beklenmektedir. Nitekim Federal Meclis'te şu anki hükümeti oluşturan partiler çoğunluğu temsil ettiklerine göre sorun açık.

Diğer yandan Blüm, Türkiye'nin tutumunun bu konuda belirleyici olmayacağını açıkladı. O halde Blüm Ankara'ya yaptığı ziyaretle neyi amaçlıyor? Açık olan şu ki, faşist cunta ile süren görüşmelerde ne denli, Federal Almanya'da çalışan biz Türkiyeli göçmen işçilerin sorunlarına "sahip çıkar" görünürse görünsün, aslında onun amaçladığı Türkiye'ye daha fazla dövizin girmesini sağlamaktır. İşte Blüm'ün ziyaretinin amacı da, bu konuda faşist cuntaya döviz girdisini garantileyecek uygun bir yol üzerine anlaşılması ve her şeyden öncede onun Federal Hükümet'in "tasarısı"na açık desteğinin garantilenmesidir. Örneğin bunun için daha öncede gündeme getirilen, "dönüş primleri"nin Türkiye'ye aktarılması ve burada karşılığı geri dönen işçiye Türk Lirası olarak ödenmesi düşünülmektedir.

Öte yandan Blüm cuntayla, Türkiye'ye dönecek işçilerin Alman yatırımlarında çalıştırma hedefi üzerine görüşmek amacını güdüyor. Bunun için de Türkiyeli göçmen işçilerinin sözümona "işçi şirketlerinin" yatırımlarına Alman sermayesinin ortak olmasını öneriyor ve bu yolla burada haklarının üzerine yatılarak "gönüllü" olarak sınırdışı edilen işçilerin orada ucuz maliyetli ve tecrübeli işgücü olarak kullanılması ve Batı Alman kapitalistleri için sırtlarından ek kârların sağlanması amaçlanıyor...

Bakanlar Kurulu Stoltenberg'in bütçe tasarısını onayladı

İşte yoksulluk bu şekilde yaratılmaktadır!

En büyük saldırı, emeklilik maaşlarında yuvarlak olarak 5 milyon Mark tasarruf yapılması öngörülen emeklilere yöneliktir. Ancak ne var ki, bir dizi diğer sosyal bölümlerde de kısıtlama yapılmaktadır. Ve aynı şekilde eyalet ve yerel alanda vergi dağılımında da kısıtlama yapılmaktadır. Bu ise eyaletlerde ve yerel alanda yeni kısıtlamaların yapılacağı anlamına gelmektedir. Federal Hükümet bunun için somut öneride bulundu, yani kısıtlamanın sosyal yardımda yapılması yönünde görüş belirtti. Bir yandan bütçede işçi ve emekçilerin her türlü haklarına saldırılar düzenlenirken, diğer yandan kapitalistlere vergi kolaylıklarının sağlanması bu politikanın sınıfsal karakterini çok belirgin bir şekilde ortaya koymaktadır: Yoksullardan alıp zenginlere vermek!

Ancak ne var ki, bu noktada CDU/CSU/FDP bütçesi kendisinden önceki SPD/FDP hükümetinden yalnızca kapsamı ile bir farklılık göstermektedir. Fakat bu kapsamda çok büyük ve etkili farklılıklar mevcuttur.

"Stoltenberg'in eseri"nde önemli olan nokta, (bak yoruma) bunda sosyal hakların bir bütün olarak kaldırılmasını öngören saldırıların da yer almasıdır.



Örneğin başka bir meslek öğrenen sakatlara yapılan harcamaların yüzde 50'nin üzerinde kısıtlanması öngörülmektedir. Böylece sayıları 20 binin üzerinde olan bu insanlardan yuvarlak olarak 150 milyon Mark tasarruf yapılması amaçlanmaktadır. Ve fiili olarak bu bir kanunun, yani sakatlar kanunun maddi olarak kaldırılması demektir. Fiili olarak bu sakatlar için 1974 yılında kurulan ve daha sonra bir dizi tasarruf planlarının kurbanı olan bir başka mesleği öğrenme özel imkânları yolunun gelecekte az ya da çok tüm sessizlik içerisinde (ki bunun etkilenenlerin protestosu hariç) kapatılmak istendiği anlamına gelir.

Ve bu tür belirleyici kısıtlamaların sıralamakla bitmez. Örneğin emeklilik hakkında yapılması öngörülen tüm değişiklikler de bu kategoriye dahildir.

İşsizleri etkileyen tüm önlemler üzerine yeterince yazıldı. Ve bu önlemler bu hükümetin anti-sosyal, yoksulluk yaratan girişimini tüm açıklığıyla gün ışığına çıkarmaktadır.

Ancak diğer yandan ise "ekonomiye" yuvarlak olarak 2,5 milyar Mark doğrudan ve yeni vergi hediyelerinin yapılması amaçlanmaktadır. Bunun yanı sıra daha şimdiden 50 milyar Mark sınırını aşan resmi "silahlanma harcamaları" vardır.

Bunun ötesinde kapitalistlerin kasasına akması öngörülen hesaplanmamış diğer harcamalar da var: Örneğin tekeller için yurtdışı ticaretlerinde miktarı kesin olarak belirlenmemiş kefaletlik ve tekellerin Ortak Pazar ticaretleri için ortaya çıkacak ek masraflar söz konusudur.

Kuşkusuz ki, tüm bunlar bir dizi saçma sözlerin arkasında gizlenerek, bu bütçenin "herkese" yarar sağladığı belirtilmektedir. Bu düzenbazlığa tüm gerçeklerin ortaya konması ile karşı durulabilir. Bütçe hiç bir şekilde herkese yarar sağlamıyor. Aksine, bu, tüm sosyal kazanımları "başkalarının sırtından yaşamak" olarak karalayan—çünkü bu paraları kendileri cebe indirmek istiyorlar—ve küçük bir radikal azınlık olan büyük kapitalistlere doğrudan yaramaktadır. Ve burada gerçek asalağın kim olduğu açıkça ortadır.

Lambsdorff 35 saatlik iş haftasına karşı cephe alıyor

Haziran ayı sonunda Federal Ekonomi Bakanlığı'nın sözümona "Bilimsel Danışma Kurulu" çalışma süresinin kısaltılması üzerine bir yazı yayınladı. Hiç kuşkusuz bunun, sanayi tarafından doğrudan finanse edilen "Ren-Westfalye Ekonomik Araştırma Enstitüsü"nün aynı gün açıkladığı bir incelemesi ile içerik olarak aynı olması bir rastlantı değildir. Her ikisi de aynı tanıtlarla, hatta kısmen aynı sözlerle çalışma süresinin her türlü kısıtlanmasına, 35 saatlik iş haftasına karşı çıkmaktadırlar.

Her ikisi arasında süren anlaşmazlık yalnızca çalışma saatinin tam ücret karşılığı olmadan kısıtlanmasının da mahkum edilip edilmeyeceği ya da yalnızca karamsar olarak mı değerlendirilip değerlendirilmeyeceği üzerinedir...

İzin döneminden kısa bir süre önce açıklanan bu iki görüş, görüldüğü kadarıyla kapitalist birliklerinin uzun zamandan beri 35 saatlik iş haftasına karşı sürdürdükleri kampanya finişin başladığını ilan etmektedir. Vergi paralarından ödenen Lambsdorff'un sözümona bilim adamlarının düşüncelerinde aynı sonuçlara varabilmeleri, şeflerinin planları için bir sürpriz değildir.

Görüşme tarihi yaklaştıkça, bu talebe karşı sermayenin ve gericiliğin kampanyasının daha yoğunlaştırılacağı ve sertleştirileceği tartışma götürmez bir gerçektir. Bugün bu noktada sermaye kendisi için kamuoyu oluşturmaya çalışmaktadır.

Buna karşılık İG Metall sendikası ise 35 saatlik iş haftası için tanıtları içeren yönetici yayın organı "Der Gewerkschafter"rin (Sendikacı) özel sayısını yeni yayınladı. Şimdi bu talep uğruna sendikal kampanyayı yoğunlaştırmak ve tam ücret karşılığına ilişkin net açıklamalar yapmak için zaman gelip çatmıştır!

İşverenlerin işyerlerini yok etme planlarına karşı

Çelik işçileri yeniden mücadele eylemleri düzenlediler

Bir yandan tek tek çelik işletmelerinde, çelik "uzmanları"nın hazırladığı plan çerçevesinde işyerlerinin yok edilmesi sürdürülürken, diğer yandan ise son haftalar içinde kamuoyunda "çelik cephesinde sessizliğin" sağlandığı izlenimi uyanmıştı. Haziran ayının son günlerinde Dortmund'da, Saarland'da düzenlenen büyük eylemler, Duisburg ve Oberhausen'de yapılan diğer eylemler, Bremen ve Salzgitter'deki protesto eylemleri bunun hücumdan önce bir sessizliğin olduğunu gösterdi.

Geçen hafta yapılan eylemler, işyerlerindeki zorunlu programlar çerçevesinde çelik uzmanları planının tek tek işletmelerde yaşama geçirilmesini, yoğun bir şekilde işyerlerinin yok edilmesini öngören kararları hedefliyordu.

Bununla ilintili olarak bazı eylemlerin odak noktasında geçmişe göre şimdi "hiç bir çıkış verilmemelidir" basit ve haklı talebi daha belirgin bir şekilde vurgulanıyordu ve bu yakın bir gelecekte daha da ön plana çıkarılmalıdır. Çelik işletmelerindeki gelişme çok açık: Hemen hemen hepsi bugün AET tarafından kendilerine taksim edilen payın üzerinde üretim yapmaktadırlar. Diğer yandan aynı dönemde bu girişimin arka planında canlı bir pay değiştirilmesi ve pay satın alımı başlatıldı. Bu ise bazı tekeller için planların daha şimdiden tespit edilmesine hizmet etmektedir. Bu ortamda tekel patronlarını ilk planda ilgilendiren güncel satım rakamları değil, tam tersine geleceğe yönelik planlardır.

Bu adım işyerlerinin yok edilmesindeki keyfiliği daha da durulaştırmaktadır. Aynı dönemde açıkça çıkış vermek sorunu daha da belirgin bir şekilde gündeme gelmektedir, çünkü Bonn'la fiili olarak yalnızca işletmelerin kapatılması ve çıkış primleri üzerine görüşme yapılabilecektir.



İşte çelik işçilerinin yoğun direnişine yol açan neden bu idi. Ne var ki, bu İG Metall sendikası için şimdiye kadar sosyal ortaklık görüşünü terk etmesi için bir neden teşkil etmiyordu.

Bu tutum için ilgi çekici olan yalnızca İG Metall Dortmund Başkanı, Möller'i yürüyüşteki tutumu değildi, aynı şekilde Denetleme Kurulu'nda P4 ünitesinin kapatılması sorununa ilişkin önergenin "şimdilik" ele alınmasının reddedilmesidir. Bu durumda çelik patronlarının planlarının ancak kararlı mücadele eylemleri ile bozguna uğratılacağı daha da belirginleşmektedir.

Görüldüğü kadarıyla patronlar, kararlarını izin dönemine verme amacını güdüyorlar...

Signal sigortasına karşı mahkeme kararı:

Beate Hasenjürgen'in çıkışı haksız bulundu

Kendi bölümünde çalışan işçi arkadaşlarına işletme yönetiminin randımanın ve tavrın denetlenmesi sistemi planı üzerine bilgi verdiğinden dolayı, Signal-Versicherung tarafından 24 Ocak'ta çıkışı verilen bayan işçi temsilcisi Beate Hasenjürgen'nin 29 Haziran 1983'te Dortmund İş Mahkemesi'nde açtığı davaya bakıldı. 80 kişinin izlediği bu duruşmada iş mahkemesi hakimleri, işçi temsilcisinin çıkışının haksız olduğunu kararlaştardılar.

Daha davaya başlanılmadan önce HBV sendikası yönetim kurulundan ve Bochumlu Krupp işçilerinden son dayanışma mesajları iletildi.

Mahkeme davasından bir hafta önce de HBV sendikası çıkışı verilen işçi arkadaşla bir dayanışma toplantısı düzenledi. Bu toplantıya 120 kadın ve erkek işçi arkadaş katıldılar. Toplantı aynı zamanda işçi temsilcisinin Signal-Versicherung yönetiminin çıkış kararına karşı iş mahkemesinde açtığı ve bir hafta sonra yapılan davaya hizmet etti.

Bu davaya kamuoyu tarafından gösterilen ilgi, yalnızca sayıları kabarık olan ve duruşma salonuna sığmayan seyirci kitlesinde kendisini ifade etmiyordu, aynı şekilde bu seyirci kitlesinin çok sayıda sendika ve işyerindeki işçi organları yöneticilerinden ve çeşitli siyasi partilerin elemanlarından oluşmasında da dile getiriliyordu. Kuşkusuz ki, bu oluşum net bir kararın alınmasına katkıda bulunan bir faktördü.

Çıkışı verilen işçi temsilcisi ile dayanışmanın bu denli geniş olmasının nedenlerinden birini, işçi arkadaşın çıkışı için gerekçe gösterilen nedenin temel bir sorun olduğu, yani bir işçi temsilcisinin arkadaşlarına neyi açıklayıp açıklamayacağının açık olması oluşturmaktadır.

Bu davaya hazırlık çalışmalarının tümünde patronun işçi temsilcisine verdiği süresiz çıkışı onaylayan Signal-Versicherung işçi temsilciliğinin çoğunluğu sert bir şekilde eleştirildi.

Patronların işçi temsilcilerinin haklarına bu saldırısı geri püskürtülebildi. Ve verilen mahkeme kararının önemi de zaten bu noktada yatmaktadır. Aynı şekilde bu çıkış olayı üzerine eylemlerde şehirde kamuoyunun, kısa adı PAİSY olan tüm Personel Enfermasyon Sistemi üzerine dikkatleri toplanmaya çalışıldı.

Bonn'da DDR'de tutuklu bulunan komünist muhalefetçi

Andreas ve Manfred için açlık grevi yapıldı

1 Temmuz Cuma günü, Alman Demokratik Cumhuriyeti'nde (DDR) hapis yatan komünist muhalefetçi Andreas Bortfeld'in kardeşi Dr. Knut Bortfeld, tutuklu Manfred Wilhelm ve Andreas Bortfeld için toplanan geniş kapsamlı imzaları ikisinin ailelerinin adına DDR'in Bonn'daki Daimi Temsilciliğine iletti. Aynı anda DDR'in Bern şehrindeki Elçiliği'ne Açıklama verildi.

DDR'de Hapis Yatan Komünist Muhalefetçilerle Dayanışma Komitesi'nin dört üyesi 29 Haziran Çarşamba gününden beri Bonn-Münsterpltaz'da bir açlık grevi yaptılar. Kamuoyunun dikkatini çeken bu açlık grevinde yuvarlak olarak Açıklama için 250 imza daha toplanabildi ve bu konu üzerine bir dizi bildiri ve broşür dağıtıldı.

Açlık grevinin yapıldığı yerden defalarca telefonla DDR'in Daimi Temsilciliği aranarak protesto edildi, Haber Ajansı ADN'ye haber verildi. İki Alman Devleti "Arası" İlişkiler Bakanlığı'na telefon edildi.

Cuma günü öğleden önce Dr. Bortfeld imza listelerini teslim etmek istediğinde DDR'in Daimi Temsilciliği'nin bulunduğu binanın kepenkleri aşağı indirilmişti. Böylece o istemini ancak kapıda bulunan mikrofon üzerinden iletebildi ve imza listelerini posta kutusuna atmak zorunda kaldı. Daha sonra ise oradan uzaklaşmaya çağrıldı ve oradan ayrıldıktan sonra ancak uzaktan listelerin posta kutusundan alınarak içeri götürüldüğünü izledi.

Hiç bir Yabancı Temsilciliği'nin Bonn'da gösteremeyeceği, DDR Temsilciliği'nin bu abes tutumuna rağmen, Açıklama'nın verilebilmesi Manfred Wilhelm ve Andreas Bortfeld'le Dayanışma Komitesi'nin bir başarısıdır.

Aynı şekilde 25.6. tarihinde Wilhelmshaven'li yoldaşlar da DDR'deki KPD'li yoldaşlarla dayanışma için bir masa açtı ve iki saat zarfında 25 imza topladılar.

YORUM

Federal Maliye Bakanı CDU'lu Stoltenberg, 1984 yılı bütçe tasarısını açıkladı. Bu tasarı, bir önceki hükümetle olan farkı çok açık bir şekilde göstermektedir. Bu, özellikle 1983 yılı bütçesi ile olan farkı da ortaya koymaktadır. Örneğin 1981 ve 1982 yılında SPD/FDP Koalisyon hükümeti büyük sermayenin çıkarları doğrultusundaki anti-sosyal tasarruf politikaları ile bir başlangıç yaparken, CDU/FDP Koalisyon Hükümeti bunu 1983 yılı için esas itibarıyle devraldı. Gerçi bazı şeyler daha katı bir şekilde ele alındı, daha fazla şey kısıtlandı, bu yöndeki eğilim daha belirgindi. Ancak esas itibarıyla Maliye Bakanı SPD'li Lahnstein'in tasarısının "devralındığı" inkâr edilemez.

Bunun bu yıl tamamen değişik olması amaçlanıyordu. Nitekim bu yapıldı da. Sadece Başbakan Schmidit'in yönetimi altında başlatılan sosyal kısıtlamaların daha da hızlandırılarak yapıldığı anlamında değil. Tabi ki bu da dahil. Şimdi yeni hükümet altında emeklilik maaşları, işsizlik parası, ve sosyal yardım yalnızca kısıtlanmamakta ya da bunların kısıtlanması öngörülmemekte, tam tersine bunlara hak tanıyan kurallara ve kararnamelere, haklara hemen ve doğrudan el atılmaktadır.

Stoltenberg'in eseri!

Ne var ki, bu tutucu tasarruf politikasının, bu tür karekteristik özelliklerinin yanında Federal Kabinenin onayladığı bütçe tasarısı ile ilintili olarak billurlaşan bazı diğer şeyler daha var.

Ve bu da CDU/CSU partilerinin kendisi için kimleri seferber etmek istediği veya etmek zorunda olduğu ile ilintilidir. Çünkü büyük sermaye tek başına onun Federal parlamento'ya girmesi için bile yeterli değildir. Bu noktada net vaadlerde bulunuldu, "yetenekliler" için her türlü engellerin kaldırılmasının gerektiği belirtildi. Nitekim hangi kapitalist, hangi serbest meslek sahibi kendisinin "yetenekli" olmadığını düşünüyor ki? Örneğin Federal Parlamento seçimlerinin öncesinde "yatırım boykotu" kampanyasına katılanların esas itibariyla "orta dereceli" işletmelerin olması bir tesadüf değildi. Nitekim kapitalist krizin yol açtığı iflaslardan büyük çoğunluğu ile tam da bu kesimler etkilenmektedir. Ve bu noktada faizlerin düşürüleceği, sermayenin güçlendirileceği, yeniden oluşumlar vs. vb. için yardım vaadinde bulunuldu. Tabi ki aynı şekilde vergilerin düşürüleceği de vaad edildi.

İzlenen politika bir kez daha küçük burjuvazinin klasik anlamda seferber edildiği vaadlerin büyük çoğunluğu ile boş birer vaad olmaktan öteye gitmediklerini gösteriyor. Kuşkusuz ki, bundan istisna olarak hemen hemen yalnızca büyük sermaye, bu cumhuriyette ekonomik ve siyasi yaşama hakim olan en güçlü maliye grupları kâr sağlamaktadır.

Onların cevapları ise işçilere, sendika hareketine karşı yeni önlemlerin alınması çığlıklarının daha gür bir sesle haykırılmasıdır. Gericiliğin cephesi bölünmüyor, tam tersine işçileri ezmek isteklerinde daha da pekişiyor.

İşçilerin ve yoksulların hesabına yapılan önceki sosyal demokrat tasarruf bütçeleriyle nitel bir farkı olan yeni bütçe tasarısı bu cephe oluşumunu tüm açıklığıyla göstermektedir.

Her alanda karşı reformun yapılacağı ilan edildi ve bunlar somutlaştırıldı bile. Çalışan halkın lehine en küçük "reformlar"ın — bunların gerçekleştirilmesi bir yana — tartışılması bile öngörülmüyor. Kâr sağlanılması gerektiği ilan edildi. Bu yılın başında "büyük dağılımın" yaşama geçirildiğini yazdığımızda, bazıları aşağıdan yukarıya dağılımın Schmidt Hükümeti döneminde başladığını söylüyordu. O zaman bu başlığı kullandığımızda bu gerçekten başlamıştı ve bu doğruydu. Nitekim bugünkü gelişmeler bunu tüm açıklığıyla ortaya koymaktadır.

Stoltenberg'in eseri, onun ilk bütçe tasarısı tamda bu gelişmeyi noktalıyor. Ve bu ekonomik ve sosyal politikada genel olarak bir karşı reformun somut başlangıcı için bir işarettir.

Kohl'un hükümet açıklamasını formüle eden Deutsche Bank (Alman Bankası) uzmanlarının, bu noktada da yeterince destek olmuş olmaları gerekir.

Ruhr bölgesinde yeni kömür ocaklarının kapatılması gündemde

Geçen yıldan bu yana yeni kömür ocaklarının kapatılacağı üzerine süren söylentileri, uzun bir dönem yalanlayan Ruhrkohle şefi Karlheinz Bund nihayet bunu sonunda bizzat kendisi tasdikledi. Böylece uzun zamandan beri çekmecede hazır bulunan kömür ocaklarını kapatma planları resmi olarak tasdiklenmiş oldu.

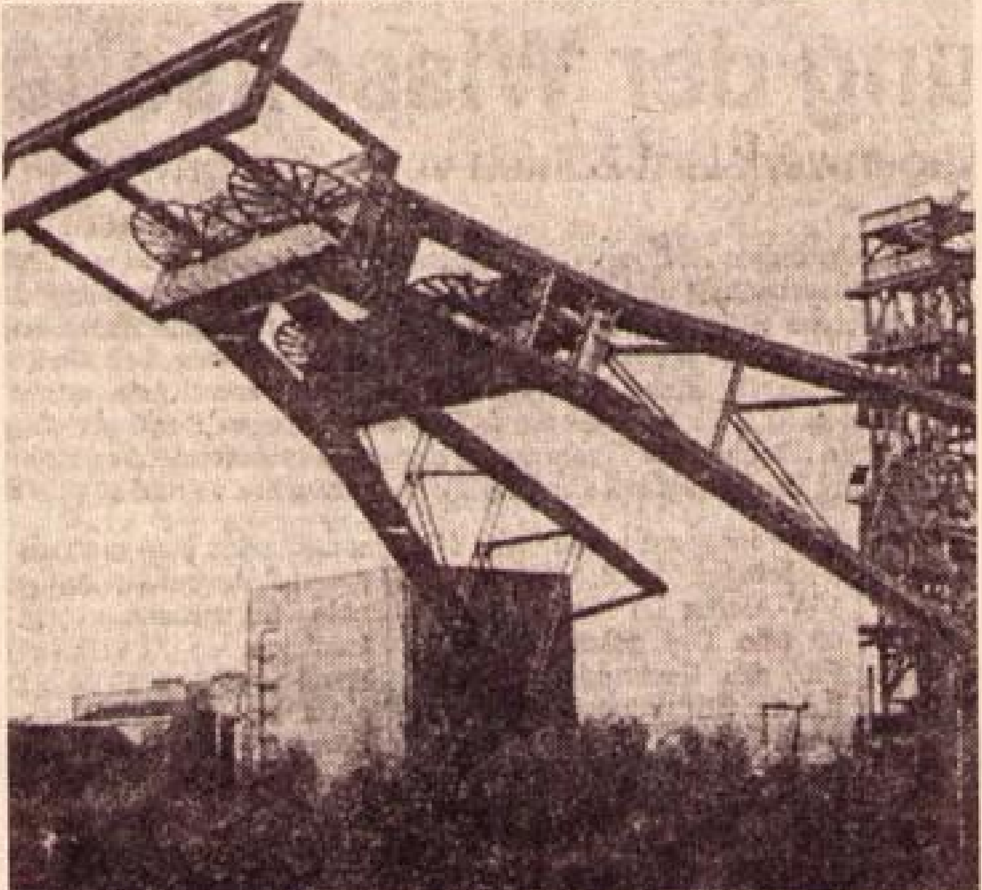
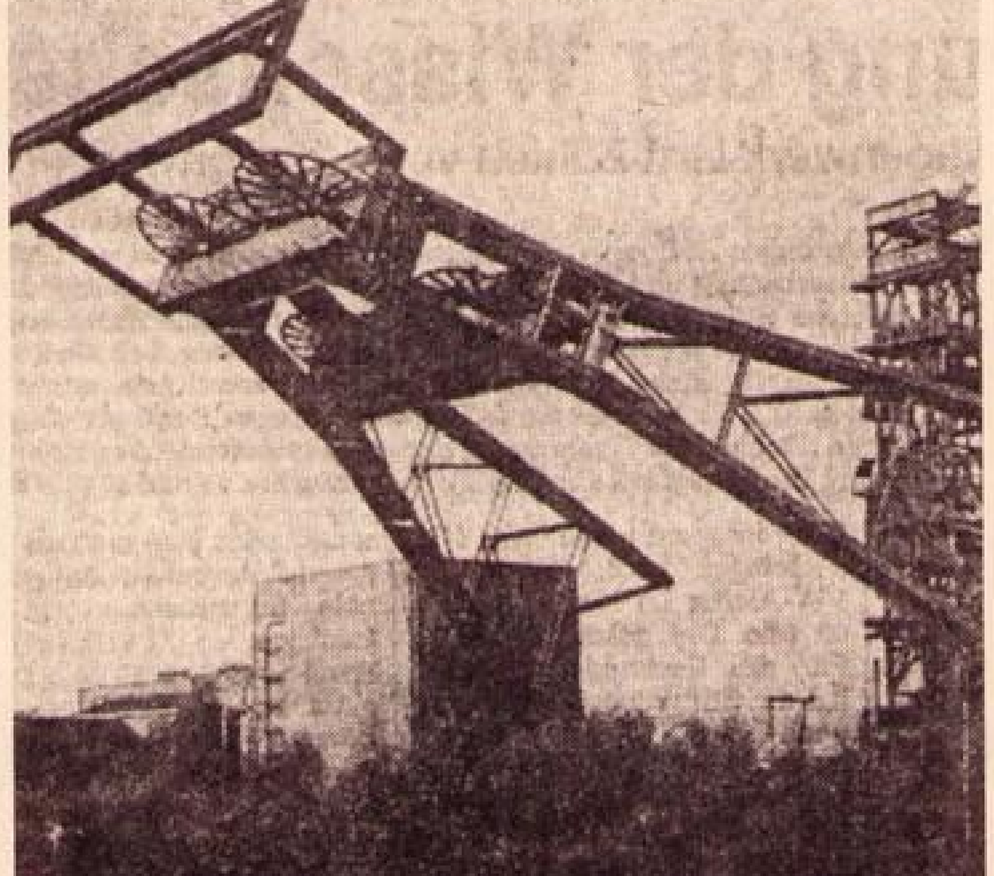
Yönetim Kurulu'nun yaptığı bir açıklamada Haziran 1983'e kadar geçen son bir buçuk yıl içerisinde toplam olarak 5500 işyeri yok edildi, 1000 işyerinin ise bu yıl yok edilmesi öngörülmektedir. Yapılan açıklamada tüm bu önlemlerin "hiç bir çıkış verilmeden" alındığı vurgulanmaktadır.

Ayrıca bu yıl içerisinde 17 gün üretimin durdurulması, kömür çıkartımının 6 milyon ton azaltılarak 57 milyon tona düşürülmesi öngörülmektedir. Ancak Yönetim Kurulu yaşama geçirilecek bu önlemlerin yeterli olmadığını belirtti. Çelik sanayisinin kok kömürüne olan ihtiyacının giderek azalmasından dolayı bir yıl içerisinde yuvarlak olarak yüzde 20 "gerilemenin" kaydedildiği belirtilmektedir. Üç kok kömürü ocağının kapatılması gündemde.

Gerçekte ise çelik sanayisi krizi ve cereyan ihtiyacının başka daha pahalı kaynaklardan sağlanması, taş kömürüne olan ihtiyacın azalmasının en önemli nedenidir. Örneğin yönetim kurulu bu konuda son yıl içerisinde 500 milyon Mark "zarar ettiklerini" ve yer altı tesislerinin vergiden düşürülmesinin bir ürünü olarak bilançosunun "biraz normal olmasının" sağlandığını ileri sürmektedir.

Ve yönetim kurulunun yaptığı açıklamalar başında kelimesi kelimesine aktarılmaktadır. Bununla uyandırılmak istenen izlenim, Ruhrkohle AG'nin artık normal bir "serbest piyasa işletmesi" (kastedilen bir kapitalist işletme) olmadığıdır. Böylece yeni kömür ocaklarının kapatılmasının zemini oluşturulmaya çalışılıyor.

Diğer yandan bugün kömür sanayisinde krizin baş göstermesinin ana nedenlerinden biri, kapitalistlerin kendileri için daha fazla kâr sağlayan atom santrallerinin yapımına öncelik tanımalarıdır. Ve bu amaç uğruna Bonn'daki hükümet kömür sanayisine her türlü desteği kesmeye yönelmekte ve hatta kapatma primleri vermektedir.

Kömür ocaklarının kapatılması Ruhr'da tekrardan mı günlük bir mesele olsun? Bu kez bu maden işçileri için yedek işyerleri yaratılmadan mı gerçekleştirilsin?

Bu nedenle maden işçilerinin, halkın işyerlerinin yok edilmesine seyirci kalması için hiç bir neden yoktur. Çünkü bugün kömür ocaklarının kapatılmasının "kaçınılmaz olduğu" kapitalistlerin bir mantığıdır. O halde önceden hazırlanan kararlı direniş yeni kömür ocaklarının kapatılmasını önleyebilir. Nitekim yıl sonunda kapatılması öngörülen ve Dortmund yakınında bulunan Castrop-Rauxel'deki "Erin" kömür ocağının kapatılması planını IG Bergbau und Energie sendika ağaları onaylamasına rağmen, personelin bir kısmı buna bağlı kalmadı...

Kızıl Şafak'a bağış kampanyasına katıl!

Hedef: 30 bin DM

Her gün her şeyin pahalılandığını duyuyoruz. Ancak buna karşılık Kızıl Şafak'ın fiyatı değişmemektedir. Bu tuhaf belirtinin nedeni, onun yayımcısı olan KPD'nin, haftalık komünist gazetesinin açığını kapatmasında yatıyor.

Tüm gerçek masrafları hesapladığımızda, Kızıl Şafak'ın bir adeti satış fiyatı olan 1 DM'ın iki katından daha fazla miktarda bir paraya mal olmaktadır. Bu masraflar, yazarlar ve yayın evinde çalışan diğerleri için ödenen ücretlerden başlayarak, Yazı Kurulu için gazete aboneleri ve ihtisas literatürü giderlerini, Kızıl Şafak'ın büro kirasındaki payını, kalörifer, cerayan ve telefon masraflarını kapsamaktadır. Diğer gider faktörlerini ise paketleme materyalleri ve posta ücretleri, defter tutma, ve tabiki dizgi, film ve basım masrafları oluşturuyor.

Gerçekten gerekli olan çok tesirli bir fiyat artışı, şu an var olan mevcut açığı, partinin Kızıl Şafak'a yaptığı "para yardımlarını" düşürmekle, önlenebilir. Bunun en iyi yolu, muazzam bir şekilde trajı yükseltmektir. Bu hem siyasi hem de ekonomik olarak en iyi yoldur. Ne var ki, önümüzde bulunan yaz ayları ve "pazarın" gerçek değerlendirilmesi, tek bir yol olarak bu yolun pek başarılı olacağını göstermiyor. Bunun için tüm yoldaşları, arkadaşları ve Kızıl Şafak okurlarını KŞ'ın açığını 30 bin DM düşürmeye katkıda bulunmak için bağış kampanyasına katılmaya çağırıyoruz. Böylece gazetenin fiyatının yükseltilmesi önlenmiş ve Kızıl Şafak'ın gerekli yaygınlaştırılmasında "2 DM" engeli mani olmamış olur.

Bağışlarınızı şu hesap numarasına havale edin: KPD, 46 Dortmund 30
Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Konto-Nr. 321004547
ya da Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Konto-Nr. 6420-467

KŞ'a bağışlar

Son açıklamadan bu yana Kızıl Şafak'a gönderilen bağışların miktarı şöyle:

İ.G.,Wallertheim	50,-
Hastane hücresi, Duisburg	158,-
TAG hücresi, Duisburg	50,-
Neustadt hücresi, Bremen	150,-
Westfalen-Lippe Bölge Birliği	273,-
Düsseldorf-Linksrheinisch hücresi	300,-
S.K., Braunschweig	50,-
KPD Rems-Murr örgütü	23,-
M.L., Bielefeld	3480,-
T.R., Hamburg	20,-
H.J. ve E., Oldenburg	50,-
Weser-Ems Bölge Birliği	183,-
J.R., Köln	24,-
W. ve E.A., Müden	100,-
Toplam	4911,-DM

Bununla birlikte şimdiye değin elimize geçen Kızıl Şafak'a bağış miktarı 7.355.09 DM'dir.

Tüm arkadaşlara ve yoldaşlara bağışları için teşekkür ederiz.

Yabancı düşmanlığına karşı insiyatifler Frankfurt'ta buluştular

Federal Almanya çapında eylemler için öneriler yapıldı

2 ve 3 Temmuz 1983 tarihleri arasında Frankfurt'ta Yabancı Düşmanlığına karşı insiyatiflerin koordinasyon kurulunun ilk merkezi buluşması yapıldı. On şehirden yaklaşık olarak 20'ye yakın insiyatifin ve örgütün temsilcileri ve çeşitli şahıslar, özellikle sonbaharda Federal Almanya çapında yapılacak eylemler ve Yabancılar Kanunu'nun yeniden düzenlenmesi üzerine Parlamento tartışmasından önce gelecek yılın başında Bonn'da yapılacak olan "bayrak koşusunu" tartıştılar.

Bu buluşmaya katılan insiyatifler ve parti temsilcileri Federal Almanya çapında yabancı düşmanlığına karşı faaliyet gösteren hareketin yalnızca bir kısmını oluşturuyordular. Ve bunlar aynı zamanda "Yabancı düşmanlığına ve insan haklarının çiğnenmesine karşı "Frankfurt Kongresi'nden sonra Federal Almanya çapında ortak çalışmaya hazır olduklarını ve "Zimmermann-Tasarısı" olarak bilinen Federal, Eyalet ve Yerel Komisyonun yabancılar politikasında öngördüğü değişikliklere karşı eylemlerin hazırlanmasına isteklerini bildiren insiyatif ve örgütlerin de bir kısmını oluşturuyordu. Buna rağmen bu buluşma faydalı oldu. Söz konusu eylemlere faydalı bir kaç itilim sağlandı ve gelecek çalışmanın hızlandırılmasını ve basitleştirilmesini sağlayan bir kaç somut hazırlık yapıldı.

Özellikle Kuzey Almanya'da izin ve tatil dönemi başladığından dolayı Koordinasyon Kurulunun ilk toplantısına az katılımın olmasında şaşılacak bir şey yoktur. Ne var ki, **siyasi partilerden yalnızca** partimiz KPD'nin, ve Demokrat Sosyalistler'in (DS) temsilci göndermeleri hiç bir şekilde izin dönemi ile gerekçelendirilemez.

Bu buluşmaya katılamayan bir dizi aktif insiyatifin, Eylül ayı başında, yani "yaz tatilinden" sonra yapılacak Koordinasyon Kurulu'nun ikinci buluşmasına katılacaklarından ve çalışmaları aktif bir şekilde birlikte hazırlayacaklarından hareket edebiliriz. Hiç kuşkusuz bu o zaman bir sınav olacaktır. Yapılması planlanan eylemlerin hazırlığı için genel izin döneminden önce başlama düşüncesi, yapılan ön hazırlıklarla haklılığını çıkardı.

Şimdi ise Koordinasyon Kurulu'nun ilk buluşmasında elde edilen başlıca sonuçların kısa bir özetini aktarmaya çalışacağız.

Ortak çalışmaların "ana noktasını", bunun için başlıca teşviki "Zimmermann-Tasarısı" oluşturmaktadır. Bunun yaptığı ana açıklamalara, yabancıları kovma, aileleri sarsma ve geçim kaynaklarını yok etme politikasına karşı özellikle çeşitli insiyatiflerde birleşen tüm demokratların karşı durması gereklidir. Diğer yandan bu insiyatifler yabancı yurttaşlar için garantili bir oturma hakkını, aile hakkının garantiye alınmasını, tam eşitliği savunuyorlar.

Bu tespitlerin tüm ortak eylemleri belirlemesi öngörülüyor.

Böylece daha şimdiden çeşitli şehirlerde hükümetin bu sorundaki politikasına karşı aktif çalışma sürdüren ya da aktif olmak isteyen tüm güçlerin mümkün olduğunca kısa sürede birleştirilmesi amaçlanmaktadır. Yabancı düşmanlığına karşı yerel insiyatifler birleştirilerek, bölgelerde ortak cephenin oluşturulması sağlanmaya çalışılmalı.

Koordinasyon Kurulu **kasım ayında**, güçlerin mevcut olduğu şehirlerde iki eylemin yapılmasını önermektedir: **1.) 9 Kasım'da** yabancı düşmanı ve faşist sloganların silinmesi. Bu eylemler söz konusu şehrin belediyesine, yerleri tam olarak belirlenmiş ve fotografı çekilmiş sloganları silme çağrısı ile hazırlanmalı ve beraberinde kendileri yapmayacak olurlarsa, bunun insiyatifler tarafından yapılacağı duyurulmalıdır. **2.) 6 ve 13 Kasım'da** seyyar afiş yapıştırma tahtalarının hazırlanması — bunun için her tarafta yayılması öngörülen ortak bir şiar hazırlanıyor — bunun enfermasyon masalarının açılması ve imkâna göre "sokak şenliğinin" düzenlenmesi ile bağı kurulmalı. Kasım ayında aynı şekilde insiyatflere destek için bir bildirinin, "Frankfurt Açıklaması" ile imza listelerinin ve bir afişin hazır bulundurulması ve bunların bayrak yürüyüşünün sonuna kadar kullanılması öngörülmektedir.

Aralık ayının ilk haftası içinde özellikle yabancılar dairelerinin, belediyelerin, sosyal dairelerin ve sınırdışı etme hapishaneleri gibi makamların önünde veya içinde Federal Almanya çapında oturma grevi eylemlerinin, ihtar nöbetlerinin ve "ziyaretlerin" yapılması önerildi. Bu konuda somut adımlar eylül ayında planlanacak.

Ocak 1984'te merkezi olarak (Bonn'da basın konferansı ve eylem) ve tek tek şehirlerde bayrak yürüyüşü açıklanacak. Bu konuda kesin planın Koordinasyon Kurulu'nun gelecek yılın ocak ayı başında yapacağı 3. buluşmada kararlaştırılması öngörülmektedir. Federal Almanya çapında en geniş seferberliği sağlamak için başlangıç yapmanın mümkün olduğunca kamuoyunu etkileyecek şekilde hazırlanması düşünülmektedir. Özellikle bayrak yürüyüşünün geçeceği şehirlerin bu konuda adım atmaları gerekmektedir. (Ocak ayında Federal İçişleri Bakanı Zimmermann eyalet içişleri bakanları ile yabancılar politikası üzerine bir buluşma yapacak).

Bayrak yürüyüşü (ya da adlandırıldığı gibi "bayrak koşusu"; bu konuda "çekici" bir terim üzerinde muhakkaki görüş birliği sağlanacaktır) üzerine, katılanlar kesimjnin bölgesel olarak sınırlı olmasından da dolayı kaba güzergah olarak özellikle Hamburg'tan, Batı Berlin ve Münih'ten Bonn'a hareket edilmesi önerildi. Güzergah için çeşitli kaba planlar ileri sürüldü. İnsiyatiflerin olduğu şehirde bir gün içinde (halktan bir çok kişi ve "tanınmış" şahıslar, politikacılarla vs.) belirli bir gücü harekete geçirebilecek durumda olurlarsa, daha sonra karşılanacak olan bazı şehirler arasında bir yürüyüş kolunun harekete geçirilmesi düşünülmektedir. Güzergahın geçtiği bazı şehirlerden bir yeni yürüyüş kolunun harekete geçirilmesi öngörülmektedir. Bununla ilintili olarak belirleyici olan her seferinde yüzlerce insanın yolda olması değildir. Aynı şekilde yalnızca bazı bazı istasyonlar arasında yürünüp yürünmeyeceği ya da ulaşım araçları ile gidilip gidilmeyeceği sorunu sonbaharda aydınlığa kavuşturulacak. Bu, gerek mevcut güçlere, gerekse bu eylem için tespit edilecek süreye bağlıdır. Bonn'a gelindğinde ise bir yürüyüşün yerine geniş bir programı olan bir açık hava şenliğinin yapılması düşünülmektedir. Ayrıca Zimmermann-Tasarısı'nın geri alınmasını talep eden bir kararın Federal Meclise verilmesi öngörülmektedir. Belkide bu o zamana kadar ve özellikle de eylem haftasında yürüyüş esnasında toplanacak imzalarla birlikte "Frankfurt Açıklaması" olabilir.

Gerek eylemlerin hazırlanmasında gerekse bunların düzenlenmesi esnasında özellikle tek tek bölgelerde, aynı zamanda merkezi olarak sendika birliklerine ve kilise çevrelerine etki yapılmasının ve büyük yabancı kuruluşların angajmanının sağlanmasının gerekliliği vurgulandı.

Kaba konumuyla şu anki durum bundan ibarettir. Adresleri Frankfurt'ta Koordinasyon Kurulu'nun ilişki adresinde bulunan insiyatiflere, birinci koordinasyon toplantısının protokolü ve eylem önerilerin ayrıntılı anlatımını içeren yazı gönderilecek. Buna ilgi duyan herkes de isteyebilir. Bunun için adres şöyle: İnitiative Ausländerpolitik und Menschenrechte, Mainzer Landstr. 239-241, 6000 Frankfurt/a. Main.

Gelecek koordinasyon buluşması 24/25 Eylül'de Köln'de yapılacak.

Yabancı düşmanlığına karşı tüm insiyatifler temsilci göndermeye çağrılmaktadırlar.

Ayrıntılı bilgi ve kayıt vs. için şu adrese başvurun:
Informationsstelle Türkei e.V.
Schildergasse 101/a, 5000 Köln 1
Tel: (0221) 2401820 ya da 2401830

YORUM

Federal Çalışma Bakanlığınca hazırlanan ve Bakanlar Kurulu'ndan onaylanarak Federal Meclise gönderilen "Dönüşe Teşvik Yasa Tasarısı"nın şu anki biçimi ile kararlaştırılması öngörülmektedir.

Bonn'da yaptığı son basın toplantısında Türkiyeli ve Ortak Pazar dışı göçmen işçileri "geri dönüşe özendirme tasarısı"nın Federal Çalışma Bakanı bir yandan devletin bir hediyesiymiş gibi gösterirken, diğer yandan ise bunu "bir çeşit gelişme yardımı" olarak nitelemişti.

İşçilerin yararına olan her şeyi kısıtlamada ve kapitalistlere yeni hediyeler vermede kendini iyicene ispatlamış olan bu hükümet acaba biz yabancı işçilere bir şey hediye edebilir mi? Asla. Bırakalım hediye vermesini bir yana, bizim çalışarak kazandığımız hakların büyük çoğunluğunun üzerine yatmaktadır.

Yabancı işçilerin haklarına el koyma tasarısı

Ve sözümona "gelişme yardımının" içeriğine değinmeden önce bunun kime bir yardım olduğuna bakalım. Adı "yardım" olan bu şey Federal Hükümet'in Ortak Pazar dışı göçmen işçilere bir yardımı değil, tam tersine bizlerden Federal Hükümete zoraki bir "yardımdır". Örneğin primli dönüş tasarısına göre 1983 ve 1984 yılında 20 bin göçmen işçi geri dönecek olursa, bütçeden 220 milyon Mark çıkacak, bunun yerine ise 320 milyon Mark girecektir. Çünkü gerek işsizlik kasası gerekse çocuk parası kasası işçilere verilecek olan işsizlik ve çocuk parasından kurtulacaklardır. Emeklilik primlerinin (işçi payının) toptan ödenmesinde ise Emeklilik Sigortasından 680 milyon Mark çıkacak, (tabi ki bu rakam gerçekte bu miktarda değildir) bunun yerine sigorta 680 milyon Mark'ın üzerinde işveren payını cebe indirmiş olacak, hem de gelecekte işçiye emekli aylığı bağlama yükünden kurtulmuş olacaktır.

Kısacası Blüm bizzat kendisi uzun vaadede Almanya'nın yabancıların sırtından bu konuda 2-2,5 milyar Mark kâr sağlayacağını itiraf etmek zorunda kaldı. O halde burada hangi "gelişme yardımı"ndan söz ediyor acaba bakan? Herhalde Batı Alman devletinin yıllardan beri biz yabancı işçilerin posası çıkıncaya kadar ucuz işgücü olarak çalıştırılmamızdan, bu yolla sırtımızdan kâr etmekten ve bugün ise geri gönderilmemizde ek kârlar sağlamalarından bahsediyor olmalı.

Öte yandan geçen sayıda ayrıntılarıyla açıkladığımız şartları yerine getiren işçilere verilmesi öngörülen bu "geriye dönüş primi", geriye dönecek işçinin ve ailesinin yol masraflarını karşılamaya bile yetmemektedir. Peki geriye dönen bir işçinin bu durumda bakana göre bu parayla ülkesinde yaşamını nasıl garantileyeceğini sormak lazım?

Yıllarca çalışarak gelecek yaşamını garantilemek için elde ettiği emeklilik hakkını yitirmiş olacak, ülkesinde iş bulamayacaktır. Kısacası onu da uzun ya da orta süreçte ülkesindeki meslektaşlarının kaderi beklemektedir: Açlık ve sefaletle kol kola yaşamak!

Bu anlamda hazırlanan tasarı yabancı işçilerin kazandıkları haklara el koyma tasarısı olup, yabancı işçilere hazırlanan bir tuzaktan başka bir şey değildir. Bu durumda doğru olan ve izlenmesi gereken yol kanımızca bu tuzağa düşmemek, burada işyerlerimizi ve kazanılmış haklarımızı korumak ve eşit hakları elde etmek uğruna mücadeleyi yoğunlaştırmak, bu konuda Alman sınıf kardeşlerimizin desteğini sağlamaktır. Aynı şekilde bugün sorumlusunun kapitalistlerin ve onların Bonn'daki hükümetinin olduğu krizin yükünün bizim üzerimize yıkılarak sınırdışı edilmemize karşı mücadeleye atılmak ve bugünkü durumdan bağımsız olarak ülkesine geri dönen bir yabancı işçinin, kazandığı tüm sosyal hakların ülkesine transfer edilmesini sağlayan ve buradaki normlara göre ödemeyi öngören devletlerarası anlaşmanın yapılmasını sağlamaktır.

Batı Berlin'de

CDU Senatosunun saldırı çizgisi bozguna uğratılmalı!

Geçen hafta sonunda, sayıları 5 ile 10 bin arasında bir kitle Batı Berlin'de işgal edilmiş 7 evin polisin vahşice saldırısıyla boşaltılmasını ve "radikal" adlı derginin yayımcısı olan Klöckner ve Härlin'in serbest bırakılması için protesto ettiler.

Ev işgacilerine karşı İçişleri Senatörü Lummer'in izlediği "model", "Berlin çizgisi" bir kez daha gerçek niteliğini ispatlamaktadır. Ve Lummer yıl sonuna kadar tüm "yasa dışı" şeylere ve "yasaların ihlal" edilmesine nihai olarak son vereceğini ilan etti. Gene bu kez de DGB'ye ait olan yapı şirketi Neue Heimat Lummer'e ve polise olanak sağladı. Nitekim boşaltılan evler Neue Heimat'a aittiler.

Şimdi 200 kişi evsiz bırakıldı. Ve sanki son aylar içinde görüşme yapılmamışmış gibi, onlara "normal" evsizler olarak muamele görülmektedir. Özel olarak "evsiz ev işgalcileri için çıkartılan bir bildiride" onlara belediyeye ait evsizler yurdu uzun vaadeli yatacak yer olarak teklif edilmektedir. Onlar şimdiye değin çadır açmak zorunda kalmıştılar. Ancak onlar Charlotterburg'ta açtıkları çadırları da temmuz ayı başında toplamaya ve alanı terk etmeye zorlandılar.

Evlerin boşaltılmasından sonra şehirde ve özellikle de Kreuzberg'te polislerin ve ekip arabalarının bulunmadığı tek bir köşe yoktu. Geçen hafta salı günü düzenlenen bir yürüyüş polis birlikleri tarafından tüm yol boyunca kordon altına alındı. Buna karşılık cumartesi günkü eylemde polis biraz "ihtiyatlı" davrandı. Ancak o işgal edilmiş olan gelecek evin boşaltılması için her hallükârda tamamen harekete geçmeye hazır bulunuyor.

Ev işgalcilerinin "yasaları çiğneyenler" köşesine itilmeleri sürüyor, bununla ilintili yapılan açıklamalar daha da kışkırtıcıdır. Şehrin "aklı başında olan" halkı ev işgalcilerine karşı kışkırtılmak isteniyor: "cinai yuvalar"dan, "kanunlara aykırı hareketlerin türeme odaklarından" (CDU'lu milletvekili Legien) söz ediliyor.

Bununla ilintili olarak ilgı çekici nokta, Klöckner ve Härlin'in tutukluğunun sürmesidir. İşgal edilmiş evlerde gruplar halinde oturanlar adi bir şekilde "bağlantısız yaşam ilişkileri" olarak karalanarak aşağılanmakta, buralardan kaçma tehlikesinin olduğu ileri sürülmektedir.

17 Haziran'da Batı Berlin'de kendine bir yer edinmek isteyen ve işgal edilmiş evlerin önünde provoke edici kışkırtma mitingleri düzenleyen CSU'nun dostlarının ve faşistlerin "Konservativer Aktion"u Batı Berlin'li CDU'nun "yasaları çiğneyen kargaşıcılara karşı" yeterli önlem alamamasından dolayı amacına ulaşamadı. Aşırı sağda bulunan bu güçler için gene de yeterince hızlı olmamış olsa bile; onları Lummer'in yeni girişimiyle az ya da çok memnun olmaları gerekir.

Batı Berlin'de izlenen çizgi topyekün CDU devletinin bir sınavıdır.



Arnavut Kadınları ve kongreleri

Haziran ayı başında Arnavutluk Kadınlar Birliği'nin (BGSH) 9. Kongresi yapıldı. Kongreye yaklaşık olarak 1500 delege, Arnavutluk Emek Partisi (AEP) temsilcileri, Vietnam, Afrika, Filistin, Tanzanya, Mali, Zimbabve, Azanya, Brezilya, Danimarka, İspanya, Portekiz, Kanada, İngiltere, Federal Almanya, İsveç, Fransa, Peru, Ekvador, Kongo'dan misafirler ve kurtuluştan önce Amerika'ya göç eden Arnavut Kadınlar Topluluğu'ndan temsilciler katıldılar.

Kongrenin açılışında AEP Başkanı Enver Hoca yoldaş da hazır bulundu. AEP'nin Kadınlar Kongresi'ne gönderdiği mesajı Pali Miska yoldaş okudu.

Kongre Durres'te yapıldı. Arnavutluk'a bir kere gitmiş olan birisi Akdeniz sahilinde bulunan bu şehrin ne denli güzel olduğunu bilir. Sahildeki tüm oteller delegeler ve misafirler için ayrılmıştı. Arnavutluk'un tüm bölgelerinden süslenmiş düzinelerce otobüsler arka arkaya geldiğinde ve halk tarafından karşılandığında güzel bir manzara vardı.

Bu kongrenin yalnızca kadınlar tarafından değil, tüm Arnavutlar tarafından izlenmesi ve dikkate alınması göze çarpıyordu. Kongreye mesajımızda da olduğu gibi, bu kongre tüm Arnavutluk halkı ve aynı şekilde Arnavutluk Emek Partisi için birinci dereceden bir olaydı. Biz de böylesi bir şey düşünülemezdi, çünkü burada kadınların sorunları kadınların bir meselesi olarak görülmekte ve tüm toplumun bir meselesi olarak ele alınmamaktadır.

Her gün kongreye gidildiğinde, daha sabahleyin erkenden delegeleri müzik ve danslarla karşılayan insanlar topluluğu caddede vardı. Bunun için de bu günler güzel ve neşeli birer yaşantıydılar.



Yabancı misafirlerle birlikte görünen delegelerin bir kısmı.



Kongre binasının önünden bir görüntü

Kuşkusuz ki, Enver Hoca yoldaşın geldiği ilk gün çoşku alabildiğince büyüktü. Bu nokta da bile AEP'nin bu kadınlar kongresine hangi önemi verdiği görülebilmektedir. Ve kadınlar onun hazır bulunmasına şundan dolayı sevinmekteler, çünkü onlar için Arnavutluk halkı başında Enver Hoca'nın bulunduğu partinin önderliğinde kendisini ezenlerden kurtarmamış ve sosyalizmi inşaa etmemiş olsaydi, bugün de Arnavutluk'ta baskı altında tutulmuş ve haklardan mahrum bırakılmış olacakları açıktır.

Birlik Başkanı Lumturi Reca'nın raporu ve delegelerin konuşmaları, kadının eşit haklarını elde etmesinde kaydedilen başarı ve ilerlemeleri gösteriyordu. Belirgin bir şekilde göze çarpan, (işyerlerindeki kadınlar da da) devletin ve partinin yönetici kurullarındaki kadınlar arasında giderek artan yüksek okul eğitimi ve üniversite eğitimi görmüş olmalarıydı. Kadınların gerek işyerlerinde gerekse ziraat kooperatiflerinde yüzde 80'le yüksek okul eğitimine sahip oldukları, müdür ya da başkan oldukları pek nadir rastlanan bir olay değildir. Bu başarıları doğru bir şekilde tahlil edebilmek için, kadının Arnavutluk'ta kurtuluştan önce — tam 40 yıl önce — tamda bir eşek gibi az, ya da onun kadar değerleri vardı. Koyu baskıya uğruyorlardı, hiç bir şekilde toplumsal yaşama katılamıyorlardı. İlk olarak 6 bin de kadının partizanlar olarak katıldıkları kurtuluş mücadelesinin seyrinde ve Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nin kuruluşundan bu yana birden bire değişti. Ve bu eşitlik bizde olduğu gibi değil, (biz de burada kağıt üzerinde "eşit hakka sahibiz") tam tersine hem kağıt üzerinde **hemde** pratikte söz konusudur. (Burada biz yürüyüşlerde vs. "eşit işe eşit ücret" pankartları ile dolaşırken) eşit işe eşit ücret Arnavutluk kadını için doğal bir şeydir; kadının bir meslek öğrenmesi, yüksek eğitimi görmesi ve her şeyden öncede sonra ise gerçekten bir işyeri hakkının olması — tüm Arnavutluk'ta doğaldır. Çocuk bahçeleri ve yuvaları uygun açılış saatleri ile annelere annelik izninden sonra tekrardan çalışmayı olanaklı kılmaktadır.

Kuşkusuz ki, Arnavut kadınlarının da henüz karşı yönde mücadele sürdürmeleri gereken bazı problemleri var. Örneğin kadınlar evlendiklerinden ve çocuk sahibi olduktan sonra kısmen toplumsal ve siyasi yaşamdan geri çekildiklerine sık sık rastlanmaktadır. Burada Kadınlar Birliği'nin görevi bu kadınları tekrardan siyasi olarak aktifleştirmektir. Ayrıca erkekler tarafından toplantılarda vs. çok söz edildiği, ancak buna karşılık az şey yapıldığı da olmaktadır. Ne var ki bu sert bir şekilde eleştirilmekte ve daha sonra ise değişmektedir. Kadınlar Birliği, kadının eşit haklarının genişletilmesi ve pekiştirilmesi için siyasi ve tekniki bilincin daha da yükseltilmesini gelecekte de görevi olarak görüyor. Bunun için kadınlar yayınevlerinden yeni, güncel ve bilimsel kitapları yayınlamalarını talep ettiler.

Bir bütün olarak kongrede, kadının sosyalist Arnavutluk'ta teşkil ettiği önemli anlamın ve rolün sürekli vurgulandığını söyleyebiliriz. Aynı şekilde Partinin, Gençlik Birliği'nin ve sendikanın meşajlarında da kadının tüm yaşam alanlarındaki aktif rolü olmadan hiç bir şeyin başarılamayacağı dile getirilmekteydi. Sosyalist inşaa için kadının eşitliğini sağlamak en önemli zaferlerden biriydi. Diğer yandan Arnavutluk kadını için de sosyalist sistem her şeydir, çünkü o aksi takdirde henüz orta çağdaki gibi yaşamak zorunda olurdu. Bunun için kadınların iş alanındaki ve siyasi yaşamdaki katkıları orantılı olarak oldukça büyüktür.



Onlar için sosyalist inşaa ilerlemediği, tam tersine gerilediği zaman her şeyi kaybedecekleri açıktır.

Özel izlenimler...

Beni sürekli tesir eden, kongrenin yalnızca kadınları değil, tüm halkın bir sorunu olmasıydı (bu bizde hiç bir şekilde düşünülemez); bizim her tarafta, kadınları yönetici mevzilerde, işyerlerinde bakan, müdür vs. olarak görmemizdir. Hangi işi yaparlarsa yapsınlar bu kadınların birbirlerinden hiç bir farkı yoktu. Hepsi eşit şekilde dostaneydi, sade, açık ve bilinçliydiler. Kadınlar özellikle de ailevi bölümde henüz tam olarak aynı haklara kavuşmamış olsalar bile, buna rağmen kadın için eşit haklarını elde etmesi buradan daha basit olması gerekir. Çünkü — ve bu sorunun özelliğidir — onlar siyasi, kültürel vs. olarak aktif olmak istiyorlarsa, o zaman çabalarında kendilerini güçlendiren ve destekleyen toplum ve devlet var. Bir erkek için böylesi bir kadını alıkoymak ya da eve ve ocağın başına tabi kılmak oldukça zordur. Ayrıca bazı kadınları anlattığı gibi, sorun oldukça pratik bir şekilde çözümleniyor. Örneğin onların toplumsal yaşama katılmaları, görevleri yerine getirmeleri ile birlikte, erkekler de daha fazla ya da onlar kadar evle ve çocuklarla ilgilenmek zorunda kaldılar.



Sonuç: ayrı bir hareket durumundan dolayı sosyalist bir Almanya'da bazı şeyler biraz daha değişik yürüyecek olsa bile, Arnavutluk'tan edindiğim izlenimler bana kadının eşitliğinin ancak sosyalist toplumda mümkün olduğunu, bu hedef uğruna çalışmanın ve mücadele vermenin değeceğini çok açık bir şekilde gösterdi.

Bir kaç veri, sayı, faktör...

★ Arnavutluk Kadınlar Birliği 1943 yılında "Arnavutluk Antifaşist Kadınlar Birliği" olarak kuruldu, bunun baş sorumlusu Necmije Cuglini (Hoca) idi.
★ Kurtuluş mücadelesinde kadınlar aktif savaşçılardı.
★ İlk Kadınlar Kongresi 4 Kasım 1944'te yapıldı.
★ Bugün Birliğin 600 000 kadın üyesi var.
★ 9. Kongre'de 1500 delegenin çoğunluğu üretimden geliyordu; 470'i üniversite eğitimi, 700'ü yüksek okul eğitimi görmüştü; 798'i 35 ile 40 yaşları arasındaydı.
★ Kongre Lumturi Reca'yı başkanlığa seçti; Genel Konsey Yönetim Kurulu'nda 27 bayan yoldaş var.

★★★

Emekçilerin yüzde 46'sı kadınlardan olusuyor; aynı sekilde onlar ögrencilerin yüzde 51'ini, tüm öğrenci ve yüksek okul öğrencilerinin yüzde 47'sini, parti üyelerinin yüzde 30'unu, en yüksek devlet organı olan Ulusal Meclis'deki milletvekillerinin yüzde 33'ünü, Temiz Mahkemesi'ndeki hakimlerin yüzde 30'unu teşkil ediyorlar.

★★★

★ Tüm kadınlar için 6 ay annelik izni.
★ Bebekler için ilaçlar bir yıl ücretsizdir.
★ İlaçların tutarları bir bütün olarak düşürüldü.
★ 2700 anne ve çocuk danışma yerleri var.
★ 130 çocuk hastanesi,
★ 2500 çocuk yuvası ve bahçesi var.

Kongre binasının önünde takdirnameleri ile birlikte görünen bir grup delege.

Açıklama:
KŞ 3 hafta çıkmayacak-sonra ise Tükçe bölümü ayrı yayınlanacak

Sevgili Okurlar!

Başlayan bir şey genellikle fiyat artışlarıyla ile devam ediyor. Ne var ki, bu kez değil. Ya da daha doğrusu dolaylı olarak bu sonuca varmaktadır. Tabi ki, bu, bu yıl için (herhalde kural olarak gelecekte de) 3 haftalığına kollektif olarak yaz tatili yapacağımız çerçevede geçerlidir. Bu ise somut olarak 22 ve 29 Temmuz'da ve 5 Ağustos'ta Roter Morgen'in Almanca ve Türkçe olarak yayınlanmayacağı demektir. Ve bu süre zarfında (13.7.-6.8) yayınevi kapalıdır. Biz bu kararı iki nedenden ötürü aldık. Birincisi, bu ana tatil döneminde yayınlanan sayılar en az satılan sayılardır. İkinci olarak ise, Roter Morgen yazarlarının değişik tarihlerdeki yıllık izinlerinden dolayı, uzun bir dönem (duruma göre 2-3 ay) boyunca eksik bir kadro ile çalışma sürdürülüyor. Bu ise yazılara daha az özen gösterme, daha az esaslı davranma, diğer bir deyişle yazıların daha az iyi olması demektir. Buna karşılık şimdi seçtiğimiz alternatifi daha iyi olarak görüyoruz. Yaz tatilinden sonra düzenli olarak yayınlanan Roter Morgen'in ilişiğinde Türkçe sayfa çıkmayacak, yalnızca 12 sayfa yayınlanacak. Türkçe yayın bu tarihten sonra şimdiye değinki ismi olan "Kızıl Şafak" altında Türkiyeli işçi arkadaşlar ve yoldaşlar için aylık olarak ayrı çıkacak. Bu sadece tekniki bir değişme değil, aynı zamanda bu, KPD'nin politikasını Türkiyeli işçiler arasında şimdiye değin olandan daha sistemli bir şekilde yaymak için uygun olduğu görüşünden hareket etmektedir. Çünkü bu gerek sistemli olarak hazırlanmayı gerekse daha yoğun yaygınlaştırmayı gerektirmektedir.

Umarız ki, Roter Morgen'in Almanca ve Türkçe bölümündeki bu iki yeniliğin, ister Türk, Kürt, isterse Alman ulusundan okurlarına daha iyi bir kalitede faydalı olmasına katkıda bulunur.

Yazı Kurulu ve Yayınevi adına Helmut Weiss